

15

Del. XV. 233.

L. gent.
or 29
15

Der

TRENT - FALL.

Zur Lehre

von der Kriegscontrebände und dem Transportdienst
der Neutralen.

Von

Dr. Heinrich Marquardsen,

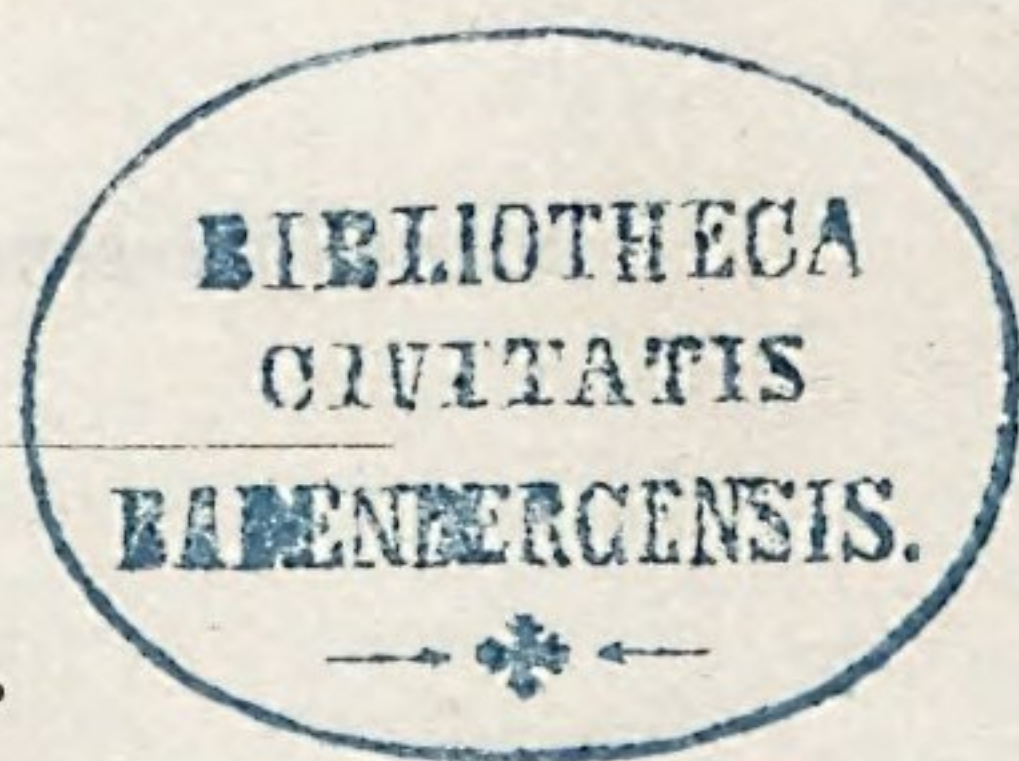
ordentlichem Professor der Rechte an der königl. bayerischen
Friedrich-Alexanders Universität zu Erlangen.

(Mit den Aktenstücken und Präcedenzfällen.)

Erlangen.

Verlag von Ferdinand Enke.

1862.



Der

FREIHEIT

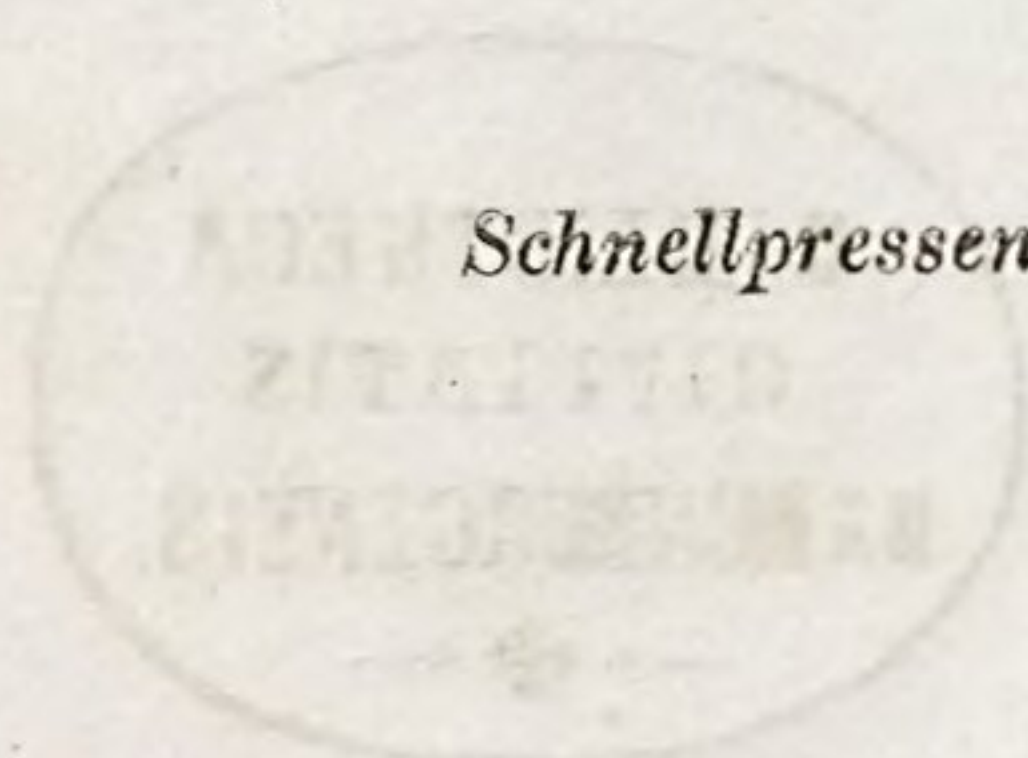
Zur Lehre

von der Kriegsgeschichte und dem Transportdienst
der Heere.

Dr. Heinrich Mühlhölzer.

Leipzig, Druck von C. H. Kunstmann in Erlangen.

Alle Rechte vorbehalten.



Schnellpressendruck von C. H. Kunstmann in Erlangen

Erlangen-Nürnberg

Druck von C. H. Kunstmann in Erlangen

1881

Dem

königlichen akademischen Senat

der

Friedrich - Alexanders Universität

zu

E r l a n g e n.

Dem

königlichen akademischen Senat

der

Friedrich-Alexanders-Universität

zu

Erlangen

Ergebenst

I n h a l t.

	Seite
Vorwort	
1. Kap. Der Thatbestand	1
2. Kap. Der Vorfall unter dem Gesichtspunkt des Völkerrechts in Friedenszeiten	8
3. Kap. Kriegführende und Neutrale im Allgemeinen . .	19
4. Kap. Die Lehre von der Contrebande	31
5. Kap. Der Transportdienst für die Kriegführenden . . .	50
6. Kap. Die Beförderung von Kriegsmannschaften . . .	58
7. Kap. Die Beförderung von Depeschen	67
8. Kap. Gesandte Kriegführender am Bord neutraler Schiffe.	71
9. Kap. Das Völkerrecht nach Capitain Wilkes	76
10. Kap. Rechtliche Beurtheilung der materiellen Fragen .	82
11. Kap. Die Form der Visitation und der Gefangennehmung.	96
12. Kap. Verantwortlichkeit und Genugthuungsforderung .	107
13. Kap. Der Depeschenwechsel	117
14. Kap. Zur Reformfrage	175
Nachtrag	191

I n h a l t

	Folien	Kapitel
1		1. Kap. Der Thaleskreis
		2. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
8		3. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
19		4. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
31		5. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
50		6. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
58		7. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
67		8. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
71		9. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
78		10. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
82		11. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
96		12. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
107		13. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
117		14. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
126		15. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte
131		16. Kap. Der Thaleskreis unter dem Einfluß der Kräfte

V o r w o r t.

Ein akademischer Akt hat den äusseren Anlass zur vorliegenden Arbeit gegeben, welche mitten in dem Zwiespalt der politischen Ansichten über den Streitfall zwischen den beiden grossen Hälften des Angelsachsenstammes eine wissenschaftliche unparteiische Entscheidung der zu Grunde liegenden Rechtsfragen zur Aufgabe nahm. Die Erörterung der hierher gehörenden völkerrechtlichen Grundsätze nach Vertrag und Herkommen überstieg schon bedeutend den für akademische Gelegenheitsschriften gebräuchlichen Raum, als die Nachricht von der friedlichen Beilegung des Conflicts eintraf, und so wurde der Entschluss, in möglichst grosser Vollständigkeit auch den ganzen diplomatischen Hergang, als Vorarbeit und Material für eine künftige Sammlung von Causes célèbres, in die Schrift hineinzuziehen, nur noch bestärkt; doch muss hier daran erinnert werden, dass die sieben ersten Druckbogen schon in den ersten Tagen des Januars d. J., also vor dem Bekanntwerden der Entscheidung der Unionsregierung und der Veröffentlichung der wichtigeren Aktenstücke vollendet vorlagen. An eine Einwirkung auf das öffentliche Urtheil vor der wirklichen Entscheidung war von Anfang an nicht zu denken, und die Wichtigkeit der Frage, ob Nordamerika oder England im Recht war, für die Wissenschaft und künftige Fälle bleibt ganz unab-

VIII

hängig von der Thatsache, ob der neuliche Streit eine friedliche oder kriegerische Lösung fand.

Bei allem Unheil, welches der nordamerikanische Bürgerkrieg im Gefolge gehabt, ist es für die richtige Anschauung des geltenden Völkerrechts zur See und seine Weiterentwicklung in Harmonie mit den allgemeinen Fortschritten der Staatenwelt von dem grössten Werth, dass die grossen europäischen Seemächte gegenwärtig in der Stellung von Neutralen sind, und die vermeintlichen oder wirklichen Rechte der Kriegführenden vom neutralen Standpunkte wahrnehmen und fühlen können. In einem solchen günstigen Momente wird es öffentliche Pflicht, nach Kräften dazu beizutragen, dass langbestrittene Punkte erledigt, unklare Grenzen berichtigt, und der Beweis geliefert werde, dass die Völkerrechtswissenschaft, statt starr verjäherte Irrthümer zu vertheidigen oder theoretischen Idealen nachzujagen, für die Wirklichkeit der Verhältnisse ein offenes Auge hat und Grundsätze aufstellt, welche zwischen Neutralen und kriegführenden Staaten die Waage gleich halten.

Zur Vervollständigung des wissenschaftlichen Apparats für diejenigen, welche sich eingehender mit den für den Trentfall kritischen Fragen beschäftigen wollen, und zu Nutzen und Frommen eines künftigen Martens, will ich hier kurz die Literatur der Trent-Affaire, soweit mir dieselbe zu Gesicht gekommen, zusammenstellen. Ich habe es nicht zu bedauern, dass mir ausser den in der Schrift selbst angeführten Aufsätzen und Besprechungen die übrigen erst bekannt geworden sind, als meine Conclusionen im Drucke waren. Die Uebereinstimmung des eigenen selbstständig gewonnenen Resultats mit den wissenschaftlich bedeutenderen unter diesen Beurtheilungen war

ebenso erfreulich, als die Wahrnehmung, dass ich die möglichen Einwürfe vom entgegengesetzten Standpunkte vollständig aufgenommen hatte. Einer kurzen Besprechung des Falls in der Gazette des Tribunaux vom 5. December 1861 ist schon im Lauf der Schrift Erwähnung geschehen. Ausführlicher hat sich der erste französische Kenner des Völkerrechts zur See, Mr. Hautefeuille mit dem Gegenstand in einer Broschüre beschäftigt, welche den Titel führt: Questions de Droit International Maritime. Affaires du Trent et du Nashville. Diese Ende December 1861 erschienene Besprechung ist mir nur in einem Auszug zugänglich gewesen; sie nimmt denselben Standpunkt ein, welchen ich als den richtigen zu erweisen gesucht, geht aber, wenn anders meine Quelle richtig citirt, mit den Thatsachen des Falls etwas frei um, und wiederholt, was die Geschichte des Völkerrechts zur See anbelangt, in dem bekannten Tone, der in den wissenschaftlichen Arbeiten des berühmten Autors so sehr auffällt, oft mit wunderlicher Verkehrung der wirklichen Thatsachen das Sündenregister des „perfiden Albion“. Eine anonyme Broschüre: The Case of the Trent examined mit dem Motto: Adhuc sub judice lis est, London, James Ridgway 169 Piccadilly 1862, nimmt dagegen Partei für die Union, indem sie aus den Aeusserungen Sir William Scott's, welche auch von Mr. Seward in seiner Depesche verwerthet worden sind, die Gesandten als Objecte des kriegerischen Rechts der Captur auch an neutralem Bord zu erweisen versucht. Auch in Bezug auf die Nothwendigkeit einer Aufbringung und Aburtheilung des Schiffes wird die, wie wir glauben, unrichtige Ansicht, hier sogar gegen die offizielle Aufstellung der Union durch Mr. Seward, festgehalten. Die Schrift endet mit der Behauptung, dass der Fall allerwenigstens a matter of fair

doubt und für einen Schiedsspruch geeignet sei, und auf diesen Weg der Beilegung wird verwiesen. Nicht mit derselben Energie der Ueberzeugung, aber im Ganzen der amerikanischen Auffassung zugeneigt, ist ein Aufsatz in der englischen Wochenschrift *The Jurist* (Nummern vom 18. und 27. Januar 1862) geschrieben. Einige unrichtige Erklärungen älterer Fälle durch die Vertheidiger des englischen Standpunkts werden mit Recht getadelt und einzelne Irrthümer in der Seward'schen Depesche berichtigt, aber offenbar hat sich der Verfasser, in dem wir eine der wissenschaftlichen Zierden des englischen Barreau's zu erkennen glauben, von einer gewissen Zweifelsucht auch gegen das Unzweifelhafte beherrschen lassen. Die auch von uns vertretene Ansicht ist vertheidigt in einer Abhandlung im *Edinburgh Review* Januar 1862, welche besonders die exceptionelle Stellung der Postdampfschiffe zu erwägen giebt, und ebenso in der *Westminster Review* Januar 1862 S. 200—224, aus der ich noch nachträglich einige historische Notizen vervollständigen konnte. Unbedeutend, wenn auch die richtige Meinung vertheidigend, ist ein Aufsatz in der *Revue des deux Mondes* (15. Janvier 1862 pag. 421) von M. Casimir Perier, kurz bündig und gut eine Besprechung des Streitfalls im Decemberheft 1861 der *Preussischen Jahrbücher*. Ausführlicher behandelt die Frage: *The Trent and San Jacinto, being the substance of a paper on this subject, read before the Juridical Society on the 16. December 1861. By Charles Clark Esq. Barrister at Law. London Butterworth 7 Fleet Street 1862.* Hier wird die Territorialität des neutralen Schiffs vertheidigt, namentlich gegen Manning, die englischen Präcedenzfälle dargestellt, die angeblichen des Marschalls Belle-Isle, Lau-

rens, Lucian Bonaparte und Macmanus zurückgewiesen, und überhaupt auf richtigem Wege das richtige Ziel erreicht. Wenn der Verfasser jedoch S. 34 Hautefeuille's in dessen *Droits des Nations Neutres* II. p. 463 aufgestellte Theorie, dass unter allen Umständen der speziell übernommene Depeschentransport zwischen einem kriegführenden und neutralen Lande unsträflich ist, zu billigen scheint, so ist diess sicher zu weit gegangen. In diesem Punkte ist eine andere englische Broschüre: *The Seizure of the Southern Commissioners u. s. w.* von Philip Anstie Smith. M. A. L. L. B. Barrister at Law. London. James Ridgway 169 Piccadilly 1862, vorsichtiger. Die Schrift bespricht besonders auch die Form der Genugthuung, und thut diess in einer sehr gemässigten dem Frieden zugelegten Weise. Eingehender ist die Behandlung in einem Pamphlet: *The Highway of the Seas in time of war.* By Henry W. Lord M. A. Barrister at Law. Fellow of Trinity College. Cambridge, Macmillan, and Co. 1862, das unmittelbar nach der Nachricht von der friedlichen Herausgabe der Commissioners geschrieben ist, sich aber die Aufgabe stellt, damit man dieses Resultat nicht bloss als einen Sieg der Macht über die Schwäche ansehe: „to have it clearly shown, that in respect as well of the general principle of the right of seizure as the mode, in which that right was in this particular exercised, the act of Captain Wilkes has been from first to last an unwarrantable violation of the independence of non-belligerent vessels.“ In dieser Schrift ist besonders die richtige Würdigung des Präcedenzfalls Hendrik und Alida, aus welchem Anhänger der auch von Mr. Lord und uns vertheidigten Rechtsansicht zu viel beweisen wollten, rühmend hervorzuheben.

Weiteres — wenn ich von den für das allgemeine Publikum bestimmten Ausführungen pro und contra in den Zeitungen absehe — ist mir nicht vorgekommen, besonders scheint es an eingehenderen wissenschaftlich gehaltenen Vertheidigungen des von der öffentlichen Meinung in Nordamerika anfänglich eingenommenen Standpunkts in Amerika selbst zu fehlen, kein schlimmes Zeichen für die Rechtskenntniss und den Tact der dort zum Urtheil Berufenen. Immerhin ist die Zahl der Besprechungen gross genug, um ein sehr kühles Abschätzen der eignen Arbeit zu veranlassen, bei der ich nur die Hoffnung festhalte, dass das Interesse an den zu Grunde liegenden allgemeineren Fragen auch dieser vollständigen Darstellung des Falls einigen Werth giebt und ihr Erscheinen aufs Neue an eine weitere internationale Regelung der unsicheren Rechte der Neutralen mahnen wird.

Erlangen, den 20. Februar 1862.

H. M.

Kap. I. Der Thatbestand.

Durch die in aller Form Rechtens erfolgte Erwählung Abraham Lincolns, des republikanischen Kandidaten für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten, brach der von jeher bestehende Gegensatz der Ansichten und Interessen zwischen den nördlichen und südlichen Staaten der Union in offenen Zwist aus. Nach dem Vorgange Südc Carolinas erklärten die Sklavenstaaten Georgia, Florida, Alabama, Louisiana, Mississippi, Texas, Virginia und Nordcarolina ihren Austritt aus der Union, ergriffen von dem auf ihrem Gebiet befindlichen Bundeseigenthum Besitz, zum Theil mit Gewalt gegen die dasselbe beschützenden Behörden und Truppen, nahmen provisorisch eine später bestätigte Bundesverfassung an, rüsteten sich zu Wasser und zu Land und bildeten so, zur Zeit als Lincoln im März 1861 die Präsidentur zu Washington übernahm, ein zusammenhängendes, organisirtes Gemeinwesen mit einer Bevölkerung von ungefähr 8 Millionen. Die Rechtspflege im Lande, die Thätigkeit der Verwaltungsbehörden hing gänzlich von der neuen Regierung und den Institutionen des neuen Bundes ab. Der Norden mit den legitimen Organen des alten Bundes versuchte es anfangs der Rebellion mit den gewöhnlichen Zwangsmaassregeln gegen bürgerliche Unruhen entgegenzutreten, aber sehr bald sah man sich genöthigt förmliche Heere ins Feld zu stellen,

und nachdem die Theorie, die im Besitz der Südstaaten befindlichen Häfen noch als Unionsgebiet zu betrachten und auf den Rheden derselben Zollgefälle zu erheben, an rechtlichen und thatsächlichen Hindernissen gescheitert war, das dem Völkerrecht und Kriege angehörige Mittel der Blokade wider die Gegner in Anwendung zu bringen. (Proclamationen des Präsidenten Lincoln v. 19. und 27. April 1861.) War nun auch von der Unionsregierung weder der Krieg förmlich erklärt noch die Blokade den See-handeltreibenden Nationen in herkömmlicher Weise notifizirt worden, so fanden sich doch England und Frankreich und ihnen nachfolgend mehrere andere Staaten durch die Verhältnisse ihrer Angehörigen in den Südstaaten und das Zusammentreffen mit den bewaffneten Schiffen beider Parteien auf der offenen See veranlasst, ihre Stellung zu den Streitenden ausdrücklich zu bezeichnen, indem sie sich neutral erklärten. (Englische Order in Council vom 13. Mai, französische Declaration vom 10. Juni, preussische Depesche vom 13. Juni 1861). Diess enthielt nothwendig eine Anerkennung beider Gegner als kriegführender Parteien, denen wie die Rechte so auch die Pflichten dieses völkerrechtlichen Status im Verhältniss zu neutralen Staaten dadurch erwachsen; eine Anerkennung der Confederate States als Staat auch für die friedlichen Verhältnisse lag darin aber keineswegs. Zwar beschwerten sich die Vertreter der Unionsregierung in Paris und London über jene Erklärungen, indem sie geltend zu machen suchten, dass solche Aeusserungen, neutral sein zu wollen, schon selbst gegen die Neutralität gingen (Adams Gesandter zu London an den Staatssecretair der Union Seward d. 14. Juni 1861 „Our objection to this act was, that it was practically not an act of neutrality,“) allein die darüber von Lord Russell und

Mr. Thouvenel dem englischen und französischen Minister des Auswärtigen gegebenen Erläuterungen stehen ganz auf dem Boden des anerkannten Völkerrechts (Russell an Adams vom 28. August 1861). Demgemäss mussten die Beziehungen der betreffenden Staaten auch zu der Regierung der Union nach dem rechtlichen Verhältniss Neutraler zu Kriegführenden betrachtet und beurtheilt werden.

Während so das rechtliche Verhältniss zwischen den Vereinigten Staaten und England im Allgemeinen bestand, ereignete sich in dem Bahamakanal Folgendes. Das englische Postdampfschiff Trent, welches zwischen Veracruz, Havannah und St. Thomas regelmässige Fahrten macht, hatte am 7. November 1861 auf seiner Reise von Havannah nach der dänischen Insel St. Thomas, dem Knotenpunkte des ganzen europäischostindischen Postverkehrs, unter vielen anderen Passagieren auch vier den Conföderirten Staaten angehörige Herren Mason, Slidell, Eustis, Macfarland nebst der Familie des Herrn Slidell an Bord genommen. Das Gerücht bezeichnete die beiden Erstgenannten als für die Vertretung der Confederate States in Paris und London bestimmt, vorausgesetzt natürlich, dass man sie von Seiten der betreffenden Regierungen empfangen würde; Eustis und Macfarland galten als ihre Secretäre. Wie schon früher zu Zeiten des Unabhängigkeitskrieges Franklin und Deane, nannte man sie Commissioners, im Allgemeinen Beauftragte der südlichen Staaten. Mit dem Präsidenten der Confederate States Jefferson Davis, dem Präsidenten des südlichen Senats Cobb und dem im Felde gegen die Union commandirenden früheren Senator Floyd hatten auch Mason und Slidell zu den politischbedeutendsten Männern und Staatswürdenträgern der Union gehört. Der Capitain des Unionskriegsschiffes San Jacinto, Dampfcorvette von 13 Ka-

nonen, erst vor einigen Wochen von der Westküste Afrikas zurückgekehrt, Capitain Wilkes, traf mit den Gedachten in Havannah zusammen und „beschloss sie unterwegs aufzufangen.“ Sein erster Lieutenant Fairfax war in Havannah Gast der Familie Slidell gewesen und mit Mason verwandt. Unter diesen Umständen war es leicht, sichere Kunde von den Bewegungen der angeblichen Commissioners zu erhalten. Der San Jacinto lief einige Tage vor dem Trent aus und legte sich im Bahamakanal auf die Lauer. Am 8. November Mittags näherte sich das als Trent wohlbekannte Schiff. Der San Jacinto hisste seine Kriegsflagge auf, der Trent wies sich als englisches Postschiff durch die bekannte Flagge aus. Durch zwei scharfe Schüsse über das Bugspriet des Postdampfers, eine Vollkugel und ein Hohlgeschoss, zwang der San Jacinto das englische Schiff zum Beilegen. Lieutenant Fairfax wurde mit folgenden Instructionen zum weiteren Handeln versehen: „Vereinigtes Staatendampfschiff San Jacinto auf See den 8. November. „Sie werden den zweiten und dritten Kutter dieses Schiffs vollbemannen und bewaffnen lassen, und in jeder Hinsicht bereit sein, das Dampfschiff Trent, welches jetzt unter unsern Kanonen beigelegt hat, anzuborden (board heisst beides betreten und entern, allein nach dem Vorstehenden ist ein nöthigenfalls gewaltsames Betreten gemeint). An Bord gekommen werden Sie die Schiffspapiere, die Ausklarirung von Havannah, mit der Passagierliste und der Musterrolle verlangen. Sollten die Herrn Mason, Slidell, Eustis und Macfarland am Bord sein, machen Sie dieselben zu Gefangenen und schicken sie unmittelbar an Bord dieses Schiffes; von dem Schiffe nehmen sie als einer Prise Besitz. Ich nehme nicht an, dass es nöthig sein wird, Gewalt anzuwenden, dass die Gefangenen verständig genug

sein werden, diess zu vermeiden, aber, wenn sie sollten, (der Capitain fällt häufig aus der Construction nach ächter Seemannsart), muss ihnen klar gemacht werden, dass es ihre eigene Schuld ist. Sie müssen an Bord gebracht werden. Von allen Koffern, Kästen, Paqueten und Reisesäcken, welche ihnen gehören, werden Sie Besitz ergreifen und dieselben an Bord dieses Schiffs senden. Sollten irgend welche Depeschen an den Personen der Gefangenen oder im Besitz der sonst am Bord Befindlichen gefunden werden, müssen Sie davon Besitz ergreifen, sie prüfen, und wenn nöthig zurückbehalten. Ich habe vernommen, dass die Familien der Herren vermuthlich sie begleiten, wenn so, bitte ich Sie, in meinem Namen einigen Personen derselben eine Passage auf diesem Schiff nach den Vereinigten Staaten anzubieten, und dass alle Aufmerksamkeiten und Annehmlichkeiten, worüber wir verfügen, ihnen angeboten und zu Diensten sind. Sollten sie annehmen und der Capitain des Dampfschiffes irgend Etwas entbehren können, um ihren Comfort an Bedürfnissen und Vorräthen, worin ein Kriegsschiff mangelhaft ist, zu vermehren, wollen Sie gefälligst Solches sich verschaffen, der Zahlmeister wird den Betrag erlegen. Lieutenant James A. Green wird den dritten Kutter commandiren, der Sie begleitet, und Sie in diesen Pflichten unterstützen wird. Ich verlasse mich darauf, dass Alle unter Ihrem Commando in Ausübung dieser wichtigen und delikaten Aufgabe, sich mit all der Rücksicht und Zartheit betragen werden, welche dem Character unserer Marine geschuldet wird. Charles Wilkes. An Lieutenant D. M. Fairfax, von der Vereinigten Staaten-Marine, Executive Officer, San Jacinto.“ —

Nach diesen Instructionen ward verfahren. Die beiden Boote kamen an das Dampfschiff heran. Nach dem

eigenen Bericht des Lieutenant Fairfax in einer Jubelversammlung zu Boston am 26. November 1861, forderte er, nachdem er sich vorgestellt, von dem Capitain des Trent die Passagierliste, welche dieser nicht gleich geben wollte (he demurred considerably to my proposition). »Da ich die Herrn Mason und Slidell in der Nähe stehen sah, erklärte ich dem Capitain, dass ich nicht mehr nöthig habe, auf meiner ersten Forderung, einer Prüfung seiner Passagierliste zu bestehen, da ich handgreiflichen Beweis dafür hätte, dass meine „Freunde“ an Bord seien. Ich wandte mich dann an die Herrn Mason und Slidell und machte sie mit meinem Auftrage bekannt. Sie sagten, sie würden nur der Gewalt weichen. Ich antwortete, ich sei auch darauf gefasst und in kurzer Zeit hatte ich soviel Mannschaft am Bord, um Jedem auf dem Schiff diese Ueberzeugung beizubringen. Lieutenant Green vom San Jacinto kam auch an Bord und nahm einen ebenso aktiven Antheil an der Sache als ich. Er schien zu fürchten, dass die Damen und das Volk mich überwältigen könnten, und liess sechs Marinesoldaten aufmarschiren, zunächst inoffensiv aber um nöthigenfalls auch offensiv zu werden. Diess gab das Gerücht, dass man mit gefälltem Bajonet auf die Damen eingedrungen sei. (Wir gehen auf das Verhältniss des Lieutenants zu den Damen Slidell als nicht zur Sache unmittelbar gehörig nicht weiter ein. Dass sie ihm „viele nicht angenehme Sachen“ sagten, gesteht er selbst zu, und andere Augenzeugen behaupten, dass ihm Miss Slidell einen Schlag ins Gesicht gegeben und die Marinesoldaten darauf allerdings die Bajonette gegen die junge Dame gefällt haben. Diese dramatische Seite des Vorfalls mögen Andere weiter behandeln.) Während dessen hatte sowohl der Capitain des Trent Muir als auch der die Poststücke begleitende englische Flottenoffizier

Williams gegen den ganzen Vorgang als völkerrechtswidrig protestirt. Die gedachten Herrn wurden endlich, Slidell, wie es scheint mit physischer Gewalt, an Bord des Kriegsschiffes gebracht, welches sie nach den Vereinigten Staaten trug. Dort wurden sie in dem Fort Warren gefangen gehalten, wo sich auch andere angebliche Hochverräther d. h. Angehörige der südlichen Staaten befinden. Aus den mit ihnen zugleich fortgenommenen Effekten sind bis jetzt noch keine „Depeschen“ irgend welcher Art zum Vorschein gekommen. Am Bord des Trent ist, wie aus dem Fairfaxschen Bericht hervorgeht, die aufgetragene weitere Untersuchung danach nicht vorgenommen worden. Das Schiff selbst liess Capitain Wilkes, wie er in seinem später vollständig mitzutheilenden Rapport näher auseinandersetzt, wieder frei, (man sieht freilich nicht, wodurch es zur Prise geworden sein soll). Eine Rechtfertigung und Untersuchung des Falls vor einem amerikanischen Prisengerichte ist nicht eingetreten, eine andere vor den gewöhnlichen Gerichten ist von der Willkür des Präsidenten abhängig, der den Habeas Corpus Befehl, zwar gegen die Constitution aber in einem Nothfalle, suspendirt hat. Der offizielle Bericht über den Vorfall gelangte an die englische Regierung am 27. November durch den Commander Williams, welcher die westindische Post zu begleiten hatte. Ueber den Hergang, wie wir ihn dargestellt haben, ist zwischen den Betheiligten kein Streit. Nur wollen amerikanische Zeitungsnachrichten nicht zugeben, dass schon der erste Schuss eine Vollkugel gewesen, allein dieser Umstand ist amtlich festgestellt.

An diese der juristischen Untersuchung zu Grunde zu legende Darstellung des Vorfalls wird sich nach seiner rechtlichen Würdigung der Verlauf der durch ihn veranlassten diplomatischen Schritte und ihr Ausgang anknüpfen.

Kap. II. Der Vorfall unter dem Gesichtspunkt des Friedensrechts.

Der so eben geschilderte Vorgang lässt sich, um in seinem rechtlichen Character dargestellt zu werden, von zwei verschiedenen Gesichtspunkten betrachten. Entweder handelte der Capitain des amerikanischen Kriegsschiffes innerhalb eines Kriegs gegen die Herren Mason und Slidell als feindliche Personen und gegen das englische Schiff als ein neutrales, oder sein Angriff war eine Massregel im Frieden gegen rebellische Angehörige seines eignen Staats am Bord eines Schiffes, das einem mit Nordamerika die gewöhnlichen Verbindungen friedlichen Verkehrs pflegenden Lande angehörte. Es dürfte auf den ersten Blick auffallen, dass die bisher amerikanischer Seits versuchten Rechtfertigungen des Gewaltschrittes auf dem Trent fast überwiegend die Verhältnisse der Gefangenen als Rebellen und Hochverräther zum Ausgangspunkt nehmen, allein die Föderalisten sind darin nur consequent, indem sie es bis jetzt möglichst vermieden haben, Schritte zu thun, wodurch sie den Conföderirten des Südens den Character wirklicher Kriegführenden zugestehen würden. Ueber diese Frage gab es wie erwähnt schon im Sommer 1861 eine lebhafte Korrespondenz zwischen England, Frankreich und der Unionsregierung, und an der durch jene Mächte erfolgten Anerkennung der Secessionisten als einer kriegführenden Partei

scheiterte der Versuch des Unionscabinets, sich die Vortheile der Pariser Seerechts-Declaration vom 16. April 1856 durch seinen Beitritt zu erwerben. Noch am 1. October 1861 weigerte sich der Marineminister des Cabinets von Washington Kaperbriefe auszugeben, besonders auch aus dem Grunde, dass man dadurch die „Insurgenten“ als eine besondere und unabhängige Nation anerkennen würde. (Welles an den Staatssecretair Seward den 1. Oct.). Die Blokade der südlichen Häfen ist ebenfalls in einer Fassung erklärt worden, welche dem internationalen Gebrauche nicht entspricht (die schon oben angeführten Proklamationen des Präsidenten Lincoln vom 19. und 27. April 1861), wie man sich denn auch gehütet hat, eine förmliche Notification der Blokade an die übrigen Seehandel treibenden Mächte ergehen zu lassen. Die Unhaltbarkeit dieser Auffassung verrieth sich jedoch schon in den betreffenden Proklamationen durch die Bezugnahme auf den Begriff der Prise und das nach Völkerrecht geregelte Verfahren gegen solche Schiffe (sie werden nicht „neutrale“ genannt), welche die Blokade zu brechen unternehmen sollten. Dass sie nicht die Zollgesetze, sondern das Völkerrecht verletzten, wurde schon dadurch anerkannt, dass die Prisengerichte und nicht die gewöhnlichen Tribunale über die Fälle zu entscheiden haben. Die faktische und rechtliche Unmöglichkeit, den Conflict zwischen den nördlichen und südlichen Staaten, soweit die Interessen dritter Staaten dabei in Betracht kommen, rein nach den Gesichtspunkten des Verhältnisses zwischen Staat und Staatsverbrechern zu beurtheilen, schliesst jedoch keineswegs den Versuch aus, unseren Fall nach der von der Unionsregierung angenommenen allgemeinen Theorie zu construiren. Gesetzt daher, der Streit zwischen Süd und Nord wäre wirklich nur als Rebellion und Hochverrathsprozess zu

betrachten, wie stünde es dann um die Rechtfertigung der Handlungsweise des Capitain Wilkes? Hier würde uns zunächst der Grundsatz entgegentreten, dass ein amerikanisches Kriegsschiff gegen ein englisches Handelsschiff kein Recht auch nur der Anhaltung auf offener See hat. Diese Frage des Anhaltungs- und Durchsuchungsrechts in Friedenszeiten ist bei den verschiedenen Versuchen Englands, zur Unterdrückung des Sklavenhandels wenigstens ein sog. Recht der Verifikation der Flagge durch Anhaltung nachzuweisen, gründlich untersucht und im verneinenden Sinne beantwortet worden. England selbst hat den richtigen Grundsatz zuletzt anerkannt, und gerade Nordamerika hat das Verdienst, durch vortreffliche Schriften z. B. von Wheaton und Cass und durch die Beharrlichkeit seiner Weigerung, zu Transactionen in diesem Punkte zu schreiten, dem richtigen Grundsatz zur allgemein anerkannten Herrschaft verholfen zu haben. Wenn gegenwärtig noch das Kriegsschiff eines Staats ein Anhalten eines fremden Handelsschiffes auf offener See erzwingt, ist diess völkerrechtswidrig. Ueber das fremde Schiff, das als wandelnder Gebietstheil seines Heimathsstaats betrachtet werden muss, — in Friedenszeiten ist diese Auffassung ausnahmslos richtig — hat die Staatsregierung, welche durch das Kriegsschiff vertreten wird, keinerlei öffentliche Gewalt auszuüben. Ist schon der blosse Zwang zum Anhalten eine internationale Rechtsverletzung, so steigert sich das Unrecht noch durch die gewaltsame Wegführung der vier Personen, welche sich am Bord des englischen Postdampfschiffes befanden. Wie man mit Recht bemerkt hat (Botschaft des Präsidenten Jefferson Davis vom 18. November), konnten sie vom Bord eines in offener See befindlichen englischen Schiffes ebensowenig rechtmässig fortgeschleppt werden, als aus den Strassen von London.

Auch wenn man sie englischer Seits, ebenso wie die Unionsregierung thut, nur als rebellische Staatsangehörige der Union betrachtete, würde die rechtliche Möglichkeit nicht vorhanden sein, dass Unionsbeamte — und als solche würden der Capitain und die Mannschaft des San Jacinto immerhin gelten müssen, — sie aus der englischen Jurisdiction zwangweise entfernten. Damit auf englischem Grund und Boden ein amerikanischer Beamter eine Person in rechtmässiger Gefangenschaft halte (eine jede Freiheitsberaubung ist nach der englischen Rechtsanschauung ein Gefangenhalten) wird vorausgesetzt, dass das Individuum wegen eines in dem englisch-amerikanischen Auslieferungsvertrage von 1842 speciell aufgeführten Verbrechens von der englischen Regierung den Beauftragten der Union in gesetzmässiger Weise übergeben sei. Das Verbrechen, dessen die Unionsregierung Mason und Slidell zeihen könnte, Hoch- und Landesverrath findet sich in dem englisch-amerikanischen Vertrage nicht aufgezählt. Im vorliegenden Fall ist aber auch von einem Auslieferungsgesuche nicht nur keine Rede, sondern gewaltthätiger Weise unter dem Protest des die englische Autorität vertretenden Capitains sind die vier angeblichen Verbrecher von einem englischen Gebietstheil auf Unionsgebiet gebracht worden. Es ist eine ebenso grosse Verdrehung der englisch-amerikanischen Sprache als des internationalen Rechts, wenn ein Vertheidiger des amerikanischen Verfahrens (der frühere Chargé d'affaires J. Randolph Clay in der Londoner Times vom 11. December 1861) bemerkt: „— Surely if the captain of a British steamer chose to receive such passengers on board, neither his owners, nor his Government can reasonably complain of their extradition by a national vessel of the United States.“ Solange noch ein Unterschied ist zwischen Geben und Nehmen, wird man Das, was am

Bord des Trent geschah, weder Extradition noch Auslieferung nennen können. Der Grundsatz, dass auf offener See ein jeder Staat nur an Bord seiner eignen Kriegs- und Handelsschiffe staatshoheitliche Acte auszuüben berechtigt ist, kann jetzt als ein wissenschaftlicher Gemeinplatz angesehen werden, wenn auch die dafür gewöhnliche Ausdrucksweise, „es sei ein Schiff wandelnder Gebietstheil seines Heimathstaats“ früher nicht so allgemein anerkannt wurde und allerdings in Kriegszeiten nicht absolut gilt. Das Recht eines jeden Staats, auch auf offener See die recht- und heimathlosen Piraten zu verfolgen, sowie die durch spezielle Verträge eingeräumte Befugniss, auch Handelsschiffe anderer Nationen wegen etwaiger Betheiligung am Sklavenhandel zu untersuchen, bilden in Friedenszeiten die einzigen Modificationen jener allgemeinen Regel, wovon aber die eine auf dem Prinzip beruht, dass das Piratenschiff keinem Staate angehört und die andere als eine Uebertragung der Staatshoheit ad hoc erscheint. Ihre vollständige Begründung hat sie, wie schon angedeutet, gerade in zwei amerikanischen Schriften erhalten, in Wheaton's „An enquiry into the validity of the British claim to a right of visitation and search of American vessels suspected to be engaged in the African Slavetrade (London 1842) und Cass' Examen de la question aujourd'hui pendante entre le gouvernement des États-Unis et celui de la Grande-Bretagne (Paris 1842). Aus der allgemeinen Literatur mag es genügen, folgende Schriften aufzuführen: Heffter Europäisches Völkerrecht 4te Ausgabe §. 80. Wheaton Éléments du droit international Tome premier 2^{de} partie 2^{de} chap. §. 10. Wheaton Histoire des progrès du droit des Gens II. p. 301 et suiv. meine Abhandlung über Durchsuchungsrecht im Staatslexikon IV. Band S. 623 ff. Ungenügend ist sowol

in dieser (I. Vol. p. 325 ff.) als den meisten Materien das neueste englische systematische Werk über Völkerrecht, Phillimore's Commentaries upon international law. 3 Volumes. 1854 — 57; die ihm von deutschen Kritikern gespendeten Lobsprüche sind keineswegs verdient.

Die Unmöglichkeit, von einem allgemeinen internationalen Grundsatz aus die Handlungsweise des Capitain Wilkes zu rechtfertigen, hat zu dem Versuch geführt, ihn durch die Herbeiziehung eines angeblich bestehenden Ausnahmegesetzes zu decken, dessen nähere Untersuchung uns jetzt beschäftigen muss. Man hat behauptet und sich dabei auf wenigstens einen Präcedenzfall bezogen, dem wir selbst noch eine schriftstellerische Autorität hinzufügen wollen, dass wenn auch im Allgemeinen eine Durchsuchung eines fremden Handelsschiffes auf offener See in Friedenszeiten unstatthaft sei, eine Durchsuchung und Anhaltung, welche sich als Verfolgung eines Verbrechers aus dem eigenen Staatsgebiet in die offene See hinein darstelle, nichts Völkerrechtswidriges habe. Das Recht, welches der Staatsgewalt unbestritten zukomme, am Bord eines fremden Handelsschiffes in den eignen Gewässern, z. B. den Häfen oder in dem zum Territorium gerechneten Küstenstriche Verhaftungen vorzunehmen, zur Durchsetzung derselben die nöthige Zwangsgewalt anzuwenden, werde durch das Entweichen eines solchen Schiffes in die offene See nicht aufgehoben, sondern das Zwangsrecht der Verfolgung daure in einem solchen Falle über die eigentlichen Grenzen der Jurisdiction fort. Der San Jacinto hat danach die aus dem Vereinigten Staatsgebiete entwichenen (so spricht sich auch, wie wir sehen werden, Capitain Wilkes selbst aus) noch dazu auf weitere Verbrechen ausgehenden Uebelthäter Mason und Slidell verfolgt, erreicht und in rechtmässiger Weise

festgenommen. Als Präcedenzfall wird von amerikanischer Seite auf die Gefangennehmung des irischen Rebellen Macmanus 1848 auf der Rhede eines irischen Seehafens am Bord eines nichtenglischen Schiffes hingewiesen. Bei genauerer Untersuchung des Vorgangs hat sich nun zwar herausgestellt, dass diese Verhaftung innerhalb der britischen Gewässer vorgenommen worden ist, für den kritischen Fall des Trent somit Nichts beweist; allein die Thatsache ist ganz richtig, dass schon mehrere Male von Seiten der englischen Polizei am Bord sowohl englischer als nicht englischer Schiffe (auf letztere kommt es hier natürlich allein an) auch auf offner See nach flüchtigen Verbrechern Nachsuchungen angestellt worden sind. So geschah es z. B. in dem bekannten Prozess Manning, wo die Admiralität den Polizeibehörden ein Dampfschiff zur Verfolgung der verschiedenen Auswandererschiffe gab, unter deren Passagieren die Verdächtigen vermuthet wurden. Wir können zunächst von der thatsächlichen Verschiedenheit unseres Falls, und der bis jetzt vorgekommenen absehen, da die Gestattung einer Untersuchung in diesen letzteren stets als eine Sache des guten Willens von Seiten der betheiligten Capitaine gegolten hat. Man hat die betreffenden Schiffe angerufen, den Zweck der Nacheile bekannt gemacht und mit Bewilligung des Schiffsführers die etwa nöthig scheinende Nachforschung vorgenommen. Es liegt auf der Hand, dass diese Praxis sehr weit von einem Rechte entfernt ist, ein fremdes Schiff auf offner See zur Auslieferung eines angeblich verfolgten Verbrechers zu zwingen. Undenkbar wäre freilich nicht, dass einmal ein solcher Zwang geübt würde, allein es wäre dann Sache des so beleidigten Staats, ob er für diese Verletzung seiner ausschliesslichen Hoheitsrechte Genugthuung fordern oder die

Ueberschreitung übersehen will. Hier würde derselbe Fall wiederkehren, wie er sich bei dem Anhalten eines fremden Schiffes wegen Verdachts des Sklavenhandels ergibt, wo der Kreuzercapitain auf seine eigne Gefahr Unrecht thut (vgl. über das Nähere den angeführten Artikel Durchsuchungsrecht). Dagegen spricht sich ein hochverdienter Völkerrechtsschriftsteller, Heffter, über diesen Gegenstand in einer Weise aus, welche der amerikanischen Deduction viel näher kommt als jener nichts bedeutende Präcedenzfall. Es heisst in dem schon früher citirten §. 80 des „Europäischen Völkerrechts“: „Dagegen hat kein Staat ausserhalb seiner Eigenthumsgewässer und Polizeigrenze gegen fremde Nationalschiffe ein Recht sie anzuhalten, zu durchsuchen und in Beschlag zu nehmen, wenn dieses auch zu einem an sich erlaubten Zweck geschehen sollte, wofern nicht ausdrücklich und bestimmt ein derartiges Zugeständniss von einer Nation der andern gemacht ist. Aufgetaucht ist diese Frage in Beziehung auf die Unterdrückung des Sklavenhandels und erwartet hier ihre fernere Lösung. Erlaubt ist aber jedenfalls die Verfolgung eines fremden Schiffes in die offne See, wenn sich die Mannschaft eines Verbrechens in den Eigenthumsgrenzen des Staats schuldig gemacht hat.“ Heffter verweist dabei auf die nordamerikanische Praxis und Wheatons Enquiry als Quelle. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, dass hier eine Verwechslung zwischen der Praxis, welche die Landesbehörden sich erlauben, und einem die Rechte anderer Staaten beschränkenden anerkannten internationalen Grundsatz vorgekommen ist. Etwas anders ist der Fall geartet, wenn die Mannschaft eines fremden Schiffes in einem Hafen einer dritten Macht innerhalb der nationalen Gewässer, sich piratisch des Schiffs bemächtigt und in die offne See

sticht. Hier würde allerdings eine Verfolgung über den ganzen Ocean völkerrechtsmässig sein, aber nicht bloss von Seiten der Regierung, auf deren Gebiet die Piraterie ihren Anfang nahm, sondern durch alle Staaten, da die Piraterie ein Verbrechen nach Völkerrecht ist. Selbst aber einmal angenommen, dass die fortgesetzte Verfolgung eines flüchtigen Verbrechers aus dem nationalen Wassergebiet in das freie Meer ein wirkliches Recht wäre, so würde es doch unter keinen Umständen auf den Trent Anwendung finden können. Der Trent kam nicht aus einem nordamerikanischen Unionshafen und der San Jacinto verfolgte nicht aus den nationalen Gewässern in die offne See, sondern griff das zwischen einem spanischen und dänischen Hafen fahrende Dampfschiff plötzlich auf offner See an. Auch die ausdehnendste Interpretationskunst würde davon abstehen müssen, den Trent unter das angeblich bestehende Ausnahmerecht gerichtlicher und polizeilicher Nachteile zu bringen.

In unserer Beurtheilung des Streitfalls nach den Grundsätzen des Völkerrechts in Friedenszeiten ist davon ausgegangen worden, dass das Dampfschiff Trent als einfaches Handelsschiff anzusehen sei. Wäre es nämlich als Staatsschiff zu betrachten, so könnte bei der absoluten Freiheit derselben von jeder Anhaltung und Durchsuchung und in Folge ihrer Exterritorialität in fremden Gewässern weder die eine noch die andere der beregten Fragen ernstlich aufgeworfen werden. Vereinzelte Stimmen in der öffentlichen Discussion haben den Character eines Schiffs wie der Trent, zweifelhaft gefunden, und so scheint eine Untersuchung desselben nicht unangemessen. Sie empfiehlt sich um so mehr, da nicht zu leugnen ist, dass eine Veränderung in der Behandlung von solchen dem allgemeinen

Weltverkehr dienenden Postschiffen besonders durch den Vorgang auf dem Trent sich als höchst wünschenswerth darstellt. Die nähere Formulirung dieser nothwendigen Reform des gültigen Rechts wird weiter unten erfolgen. Bei der Untersuchung der Frage wie sie jetzt noch liegt, muss zunächst behauptet werden, dass der im Deutschen ausschliesslich gebräuchliche Ausdruck „Kriegsschiff,“ (um den Gegensatz zum Handelsschiffe zu bezeichnen) unglücklich gewählt ist. Man würde besser öffentliche oder Staatsschiffe sagen. Eine Armirung ist nicht das unumgängliche Erforderniss für ein Staatsschiff, und die bevorzugte Stellung eines solchen im internationalen Verkehr in Friedens- und Kriegszeiten beruht nicht auf seiner Kriegstüchtigkeit, sondern auf der Garantie, welche der Staat für das Schiff durch den Umstand bietet, dass Staatsbeamte dasselbe führen. Ein Schiff, welches im öffentlichen Dienst unter der „Commission“ eines Marineoffiziers geführt wird, ist dadurch ein öffentliches Schiff, auf die Eigenthumsverhältnisse kommt es dann nicht weiter an. Schon die Rechtsverhältnisse der Kaperschiffe beweisen diess. Es wäre nun keineswegs unmöglich, dass ein Staat sich zu seinen Postverbindungen eigener Schiffe unter Commando seiner Seeoffiziere bediente, und dafür die volle Immunität der öffentlichen Schiffe beanspruchte, aber in unserem Fall ist die Situation eine wesentlich andere. Die sogenannten königlichen Postschiffe Englands sind Eigenthum von Privatrhedern, welche nur gegen bestimmte Vergütung feste Fahrten einhalten, und bei diesen die unter Obhut eines dazu abcommandirten Seeoffiziers gestellten Postfelleisen befördern. Nicht unter diesem Seeoffizier, sondern unter einem gewöhnlichen Handelscapitain stehen Schiff und Ladung. Als Handelscapitain ist aber auch derjenige Seeoffizier zu betrachten, welcher, wie es sehr

gewöhnlich geschieht, in Urlaub oder Halbsold die Führung solcher Post- und Paketschiffe für die Rheder übernimmt. Wenn es nöthig wäre, die Behauptung, dass die bloße Anwesenheit eines Offiziers als Vertreter des englischen Postamts das englische Handelsschiff nicht zum Staatsschiffe macht, noch durch Analogie zu stützen, lässt sich eine solche aus der vor einigen Jahren zwischen Frankreich und Portugal verhandelten Charles et George Affaire entnehmen. Hier befand sich am Bord des zur Einschiffung von „mehr oder weniger freiwillig engagirten“ Negern bestimmten Marseiller Kauffahrteischiffes ein Agent der französischen Regierung, um die „Loyalität und Legalität“ des Verfahrens zu überwachen. Von Seiten der französischen Regierung wurde in dem Streite mit Portugal über die Aufbringung des Schiffes als Negerhändler zwar sehr viel Gewicht darauf gelegt, dass die Anwesenheit jenes Beamten das Schiff gegen den Verdacht einer sträflichen Handlungsweise hätten schützen sollen, allein zu der Behauptung, dass das Schiff dadurch zu einem öffentlichen, den Kriegsschiffen gleich zu achtenden geworden sei, verstieg sich doch die offizielle Publizistik nicht. Im Uebrigen würden manche theoretisch richtigen Bemerkungen, welche französischer Seits, in diesem Fall vielleicht ohne gebührende Rücksicht auf die wahren Thatsachen, gemacht wurden, auch auf die Behandlung des Trent Anwendung finden.

Das Resultat unserer Untersuchung — unter der Annahme, dass die Grundsätze des Völkerrechts in Friedenszeiten auf den vorliegenden Fall anzuwenden sind — geht somit dahin, dass zwar der Trent als Handelsschiff zu betrachten ist, seine Anhaltung und die Wegnahme der vier Passagiere sich aber weder aus allgemeinen Gründen noch als Ausnahmefall einer über das Unionsgebiet hinaus fortgesetzten Verfolgung rechtfertigen lässt.

Kap. III. Kriegführende und Neutrale im Allgemeinen.

Es wird sich später ergeben, ob das wissenschaftliche Resultat ein anderes sein kann, wenn wir das Verhältniss der Foederalisten und Confoederirten als ein kriegerisches, und die Rechte und Pflichten dritter Staaten in diesem Conflict aus dem Gesichtspunkt der Neutralität betrachten; immerhin werden die entscheidenden Grundsätze jetzt wesentlich andere sein. Vorerst ist darauf aufmerksam zu machen, dass die Abneigung der Unionsregierung, ihre abtrünnigen Gegner als kriegführende Partei anzusehen, für die Neutralen kein Hinderniss abgiebt, den Kampf für Das zu nehmen, was er thatsächlich ist, ein Krieg. Wenn sie in diesem Conflict die Pflichten der Neutralität erfüllen, können sie dagegen von den Kriegführenden verlangen, dass man ihnen die Rechte der neutralen Stellung nicht verkümmert. Es wäre möglich, dass die Unionsregierung die Kaperbriefe der südlichen Staaten, soweit es die Mannschaften der damit versehenen Schiffe anlangt, nicht als rechtsgültig ansähe und die Kaperführer wirklich als Seeräuber behandelte (bis jetzt hat sie es wenigstens rechtlich gethan und die Capitaine südlicher Kaperschiffe als Seeräuber zum Tode verurtheilt) — trotzdem müsste sie überall da, wo die Interessen dritter Staaten berührt werden, die Regeln des allgemei-

nen Kriegs- und Neutralitätsrechts beobachten. Wir können deshalb, da im vorliegenden Rechtsfall die Verhältnisse zwischen einem Kriegsschiff der Union und einem neutralen Handelsschiffe die Streitpunkte bilden, die theoretischen Bedenken des Nordens und die verschiedenen Depeschen des Staatssecretairs Seward, worin er das Vorgehen Englands und Frankreichs beklagt (z. B. Depesche an Adams vom 7. Sept. 1861) einfach bei Seite lassen, da alle diejenigen Vertheidiger des Vorgangs an Bord des Trent, welche ihre Argumente aus dem Völkerrecht des Krieges schöpfen, schon damit zugegeben haben, dass Kriegführende und Neutrale vorhanden sind und zwischen ihren beiderseitigen Rechten und Pflichten die Entscheidung zu suchen ist. Zugleich, wie Einige wollen, das Völkerrecht des Kriegs und die Theorien des Friedensrechts anzuwenden, ist eine logische und rechtliche Unmöglichkeit.

In der Feststellung des Rechtsverhältnisses zwischen Kriegführenden und Neutralen ist nun der erste Gesichtspunkt der, dass es sich um beiden Kriegführenden gemeinsame Recht und Pflichten handelt. Das Völkerrecht untersucht nicht die moralischen oder juristischen Ansprüche der Kriegführenden, so dass etwa darnach der sittlich oder rechtlich Unschuldige eine grössere Fülle von Berechtigung den Neutralen gegenüber besässe, dass sich die Rechtsbeschränkungen der Neutralen etwa im Verhältniss zur Schuld der Kriegführenden minderten. Ob der Norden oder Süden im Recht ist, äussert gar keinen Einfluss auf ihre Rechte den Neutralen gegenüber. Nicht weil Jener ein altbestandenes Föderativband aufrecht halten, Dieser eine, wie er meint, seinen Interessen gefährlich gewordene Staatsverbindung zerreißen will, sondern weil sie beide ih-

ren Streit auf dem Wege allgemeiner Gewaltthaten, die den Krieg thatsächlich ausmachen, auch ohne förmliche Kriegserklärung zur Entscheidung bringen, sind sie beide gleichmässig berechtigt, von dritten Mächten ein bestimmtes, durch das allgemeine Völkerrecht oder spezielle Staatsverträge gebotenes neutrales Verhalten zu fordern. Ebenso allgemein verlangen die Neutralen von den Streitenden, welche ihnen durch ihren thatsächlichen Krieg die Nachtheile und Pflichten der Neutralität bereiten, Beobachtung der ihnen zum Schutze aufgestellten Rechtsgrundsätze. In der Wissenschaft ist über diesen Cardinalpunkt kein Streit mehr. Die neueren Werke über Völkerrecht haben alle die von den älteren Schriftstellern bis auf Bynkershoek, der für die richtige Auffassung Epoche machend ist, mit Vorliebe gepflegten Untersuchungen, was dem Einen, der den gerechten Krieg führt, gegen den schuldigen Theil erlaubt sei, bei Seite gelassen. Vor diesem Tribunal der Ethik und des absoluten Rechts gäbe es in der That für den Schuldigen nur die eine Regel, sich überwinden zu lassen. Die oberflächliche Betrachtung bleibt auch jetzt noch nicht selten an der Frage über das Recht zum Kriege stehen, oder wird unwillkürlich dadurch in ihren Urtheilen beeinflusst, während das praktische Völkerkriegsrecht der Wissenschaft die beiden Theilen gemeinsamen Rechte im Kriege, sei es gegen einander oder gegen dritte Staaten, welche neutral bleiben, zum Gegenstande hat. Was nun die Rechtsverhältnisse dritter Staaten nach ausgebrochenem Kriege angeht, muss davon ausgegangen werden, dass ihre Beziehungen unter einander durch die Thatsache des Kriegs keine Veränderung erleiden, dass aber auch zwischen den Neutralen und den Kriegführenden selbst der internationale Verkehr

unmittelbar nicht modifizirt wird. Das freundliche, friedfertige Verhalten von Land zu Land erleidet keine Veränderung; die etwa bestehenden internationalen Verträge behalten ihre Wirksamkeit. Was immer der Krieg für Wirkungen auf dem Gebiet des Verkehrs zwischen Kriegführenden und Neutralen äussert, muss als eine genau zu bestimmende und zu begränzende Ausnahme von der allgemeinen Regel aufgefasst werden, dass zwischen Kriegführenden und Neutralen die früheren friedlichen Beziehungen ungestört fortdauern. Mit dieser Grundregel, die im Allgemeinen Niemand abzuleugnen vermag, verträgt sich recht wohl eine Einräumung aller derjenigen Befugnisse, welche ein Kriegführender auch seinen neutral gebliebenen Freunden gegenüber nothwendig haben muss. Wenn die neutralen Mächte um der Störungen willen, welche diese nothwendigen Befugnisse der Kriegführenden ihnen verursachen, die Kämpfenden im Geheimen als ihre Feinde ansehen und gegen sie eine Art kleinen Kriegs durch Verkümmerung der kriegerischen Rechte zu führen unternehmen, ist ein solches Gebahren eben so verwerflich, als eine Uebertreibung der Ansprüche der Kriegführenden. Nicht das will unsere Regel sagen, dass der Kriegführende den Neutralen gegenüber keine Rechte hat, sondern dass seine Rechte sich zu denen der Neutralen wie Ausnahmebestimmungen zu allgemeinen Regeln verhalten. Aber die Ausnahme ist eben so gut Recht als die Regel.

Diese Rechte der Kriegführenden sind die Pflichten der Neutralen, und zwar sowol der neutralen Staatsregierungen als ihrer Staatsangehörigen. Erstere haben in ihrem ganzen Thun und Lassen Alles zu meiden, was einer Betheiligung am Kriege gleichkommt. Die Unterstützung eines der Kriegführenden durch unentgeltliche Hingabe von Mannschaften und Schiffen,

Waffen und anderen Kriegsbedürfnissen wäre ein kriegerisches Verhalten dem anderen Theile gegenüber. Ebenso müsste eine Hülfleistung durch gewährte Geldmittel angesehen werden. Aber auch das Verkaufen solcher Kriegsbedürfnisse an einen kriegführenden Theil von Seiten eines neutralen Staats würde als Bruch der neutralen Pflichten gelten. Ja selbst, wenn solch eine Vermehrung der Streitmittel aus den öffentlichen Arsenalen und Zeughäusern unparteiisch beiden Belligerenten freigestellt wäre, dürfte jeder derselben einen also handelnden Staat einer Verletzung der Neutralitätsregeln zeihen, da nach anerkannten Rechtsgrundsätzen die Neutralität nicht darin besteht, dass man jeden der Kriegführenden mit dem andern gleichbehandelt, sondern darin, dass der neutrale Staat sich von jeder auf den Krieg unmittelbar sich beziehenden, gegen die Kriegführenden gerichteten Handlungsweise fernhält. Nur da, wo es auf an sich erlaubte d. h. nach Vertrag und Völkergewohnheitsrecht als kriegerische Unterstützung nicht angesehene Massregeln, z. B. die Gestattung des Einlaufens der Kriegsschiffe in die neutralen Häfen ankommt, welches in die Willkür des einzelnen neutralen Staats gestellt ist, gewinnt das Prinzip der gleichen Behandlung praktische Bedeutung. Wenn ein Staat dem einen Kriegführenden eine solche Vergünstigung gewährte, dem andern verweigerte, so würde durch diese Ungleichmässigkeit allerdings eine Verletzung der Neutralität begangen werden. Ohne Einfluss bleibt dagegen bei einer solchen unterschiedslosen Gewährung, ob dem einen Kriegführenden nach Lage der Sache ein wirklicher Vorthail erwächst, während der andere einen solchen nicht aus der zugestandenen Befugniss ziehen kann. So würde, wo in einem Kriege nur ein Theil zu Seeoperationen schritte, das diesem ge-

stattete Einlaufen seiner Kriegsschiffe in neutrale Häfen nicht als Neutralitätsverletzung gelten können. Ein praktischer Beleg dafür war die Kriegsführung der Westmächte im orientalischen Kriege. Dänische, schwedische und preussische Häfen standen den englisch-französischen Kriegsschiffen offen, obgleich die Russen nach der Absperrung ihrer Flotten von der gleichen Befugniss keinen Gebrauch machen konnten. Da es in dem vorliegenden Falle nicht auf die allgemeine Haltung der neutralen Regierungen selbst ankommt, mögen diese Bemerkungen über einen an sich nicht unwichtigen Gegenstand genügen, der auch noch in neuester Zeit zu Misshelligkeiten Anlass gegeben hat, (wir erinnern an die englischen Werbungen im Krimmkriege, den eventuellen Durchzug preussischer Truppen durch Süddeutschland nach Neuenburg; auch die amerikanisch-englische Korrespondenz über die Anerkennung der Konföderirten als Kriegsmacht und die Beschwerden der Union über die Behandlung der südlichen Kaperschiffe durch einzelne neutrale Regierungen gehören hierher), nur sei schliesslich darauf hingewiesen, dass eine Erklärung der neutralen Mächte, man werde bei einem vorhandenen Kriege sich als solche verhalten, zwar gewöhnlich aber keineswegs nothwendig ist. Wer an einem beginnenden Kriege keinen Antheil nimmt, ist durch diese Thatsache selbst neutral und zur Erfüllung der Bedingungen der Neutralität verpflichtet.

Zu diesen gehört auch ein Ueberwachen der eigenen Unterthanen, dass sie die ihnen durch den Kriegszustand anderer Staaten und die Neutralität ihres Heimathsstaats erwachsenen internationalen Pflichten gleichfalls erfüllen. Diese Pflichten können zweifacher Art sein. Entweder beruhen sie auf den Normen des allgemein geltenden Völkerrechts, oder auf dem Inhalt der zwi-

schen dem betreffenden neutralen Lande und den Kriegführenden besonders eingegangenen Vertragsstipulationen. Soweit neutrale Landesangehörige diesen Bestimmungen zuwiderhandeln, kann für irgend eine offenbare Begünstigung derselben durch den neutralen Staat dieser selbst zur Verantwortung gezogen werden, für die blosse That-
 sache des Geschehens allein ist aber der betreffende Staat nicht verantwortlich, eben so wenig wie ein in der Fremde durch einen unserer Landesangehörigen begangenes Verbrechen unsern eignen Staat etwa zur Civilentschädigung oder internationalen Genugthuung verpflichten würde. Ausser diesen auf dem Boden des Völkerrechts erwachsenen Neutralitätspflichten neutraler Unterthanen kommen sehr häufig noch weitergehende landesgesetzliche Bestimmungen vor, deren Uebertretung zwar den Einzelnen vor den Gerichten des Landes verantwortlich macht, aber — was sehr häufig übersehen wird — den kriegführenden Staaten ihm gegenüber keine weiteren Rechte giebt. Dahin gehört das Verbot des Eintritts in fremde Kriegsdienste; wie es die allgemeine Landesgesetzgebung vieler Staaten enthält, nicht minder aber auch eine Anzahl verschärfender Bestimmungen über die Pflichten neutraler Landesangehörigen, wie sie beim Beginn eines Kriegs manche Neutralitätsverordnungen bringen. Soweit solche Gesetze oder Verordnungen Etwas verbieten, was nach allgemeinem oder speziellen internationalem Recht erlaubt ist, ist diess eine *res domestica* zwischen Staat und Unterthan. Selbst die Androhung eines solchen Gesetzes, man werde einem diesen Bestimmungen zuwiderhandelnden Angehörigen keinen völkerrechtlichen Schutz gewähren, giebt den Kriegführenden keine erweiterte Zwangsgewalt; höchstens wird der neutrale Staat in einem ein-

zelnen Falle eine solche stillschweigend geschehen lassen, um das Gewicht seiner Drohung für andere Fälle zu verstärken und nach dieser Voraussetzung hat die ältere englische Gerichtspraxis allerdings oft gehandelt.. Die Feststellung dieses Rechtsgrundsatzes war nöthig, um die englische Neutralitätserklärung vom 13. Mai 1861 (Aegidi's und Klauhold's Staatsarchiv Nr. 57) in ihrer richtigen Bedeutung zu würdigen. Materiell verbietet sie zwar Nichts, was nicht auch nach allgemeinem Völkerrecht den Neutralen untersagt ist, — ihr Inhalt besteht aus dem der Foreign Enlistment Act einfach entnommenen Verbot, ohne Erlaubniss der Krone in fremde Kriegsdienste zu treten oder dafür zu werben, fremde Kriegsschiffe auszurüsten oder für Kriegszwecke zu verstärken, und aus einer Ermahnung, die Pflichten der Neutralität sowol im Allgemeinen als insbesondere in Betreff der Blockaden und des Contrebandirens im weiteren Sinne, einzuhalten, — aber da in den Einzelheiten die völkerrechtlichen Begriffsbestimmungen nicht ausdrücklich hervorgehoben sind, z. B. was Contraband ist, hat man wunderlicher Weise aus dieser englischen Neutralitätsproklamation Rechtfertigungsgründe für das Verfahren am Bord des Trent entnehmen wollen. Selbst wenn in dem Aktenstücke die contraband of war nicht erklärt würde als Das, was „according to the law or modern usage of Nations,“ dafür gilt, mit den „penalties — by the law of nations in that behalf imposed or denounced,“ hätte für ein Ueberschreiten der weitergehenden Bestimmungen dieser Proklamation ein englischer Unterthan sich nur vor den englischen Behörden zu rechtfertigen. Daran ändert auch der Schluss des Aktenstücks nichts: And we do hereby declare, that all our subjects and persons entitled to our protection,

who may misconduct themselves in the premises, will do so at their peril and of their own wrong, and that they will in nowise obtain any protection against any liabilities or penal consequences but will on the contrary incur our high displeasure by such misconduct.

Während wir demnach für die Entscheidung unseres Falls von der speziellen englischen Neutralitätserklärung beim amerikanischen Streit aus einem doppelten Grund absehen können, ist eben so gewiss, dass die besonderen Verträge zwischen Nordamerika und England keine unsern Gegenstand berührende von dem allgemeinen Völkerrecht abweichende Bestimmungen enthalten. Für die Frage, ob das englische Handelsschiff *Trent* sich einer Verletzung der neutralen Pflichten schuldig gemacht habe, sind wir deshalb ausschliesslich auf die allgemeinen völkerrechtlichen Normen angewiesen. Diese verbieten zunächst dem neutralen Unterthanen — und wie wir im konkreten Fall gleich sagen können, Schiffsführer eine unmittelbare Betheiligung an den kriegerischen, militärischen Operationen. Der Engländer, welcher sich in die Schlachtreihen des Südens stellte, das Schiff, welches auch unter englischer Flagge ein Unionsfahrzeug bekämpfte, würde durch diese That unmittelbar dem Norden gegenüber zum feindlichen werden. Von einer solchen unmittelbaren Betheiligung — und auf die Unmittelbarkeit kriegerischer Aktion ist um so mehr das entschiedenste Gewicht zu legen, als dieses Moment vielfältig übersehen worden ist — findet sich in dem vorliegenden Falle keine Spur. Der *Trent* war ein unbewaffnetes Handelsschiff, an keiner kriegerischen Unternehmung des Südens betheiligt, den gewöhnlichen Verkehr zwischen zwei neutralen Häfen vermittelnd.

Ausser dem Verbot eines solchen Eintretens in den

Kampf, welches direct zum Feinde machen würde, sind einige wenige ganz bestimmte Handlungen der neutralen Schifffahrt völkerrechtswidrig. So ist es neutralen Schiffen untersagt, eine effektive Blokade, sei es durch Einlaufen oder Auslaufen aus dem blokirten Hafen zu brechen. Dass dieser Satz hier eine praktische Anwendung finde, hat wohl noch Niemand zu behaupten sich getraut. Wahrscheinlich waren die am Bord des Trent verhafteten Amerikaner durch einen der angeblich blokirten Häfen nach der Havannah gekommen, aber das Schiff Trent hatte mit diesem Blokadebruch, wenn es wirklich ein solcher war, durch den die Herren Mason und Slidell das offene Meer gewannen, gar nichts zu thun. Es war weder von einem blokirten Hafen aus-, noch auf einen blokirten Hafen angesegelt, und eine dritte Möglichkeit, sich gegen das Recht der Blokade zu vergehen, giebt es nicht. Dass sich an seinem Bord frühere Passagiere eines durch eine Blokade hindurchgebrochenen Schiffs befanden, war durchaus ohne rechtliche Bedeutung. Wenn irgend ein Satz im Völkerrechte feststeht, ist es der, dass ein Blokadebruch nur an dem schuldigen Schiffe und der Ladung, soweit sie sich auf demselben vorfindet, haftet und geahndet werden kann. Eine Infizirung des Trent durch die frühere Verbindung seiner Passagiere, Slidell, Mason u. s. w. mit einem anderen Schiffe anzunehmen hiesse ein juristisches Unding auszusprechen. Wir sind deshalb auch einer jeden Untersuchung über die internationale Rechtsgültigkeit der Blokade der südlichen Häfen und Küstenstrecken an dieser Stelle überhoben, und namentlich der Prüfung, ob die in der Pariser Declaration enthaltene Begriffsbestimmung einer effectiven Blokade auf die tatsächlichen Verhältnisse vor jenen Häfen passt. Letzteres

noch aus einem anderen Grunde, da die Nordamerikaner sich dieser Erklärung noch keineswegs in bindender Weise angeschlossen haben, und sie nur in so weit irgend eine mittelbare Bedeutung äussern könnte, als sie die Wiederholung eines jetzt allgemein gültigen Satzes enthält, und ausserdem verschiedene von Nordamerika abgeschlossene Einzelverträge dieselben Grundsätze aussprechen, die Union daher den Mitcontrahenten gegenüber zu ihrer Einhaltung verpflichtet ist. Dieselbe Erinnerung ist übrigens am Platze bei der Frage, ob sich der Trent einer Verletzung der Grundsätze über den Frachtverkehr der Nationen schuldig gemacht hat. Zwar ist von Seiten Englands der Pariser Declaration, dass die Flagge die Ladung deckt, beigestimmt worden, aber Nordamerika hat in allerneuester Zeit nur seine Willfährigkeit erklärt, auch ohne die früher geforderte allgemeine Freigebung des schwimmenden Handelsguts der kriegführenden Unterthanen, jenem Vertrage beizutreten, zu einem wirklichen Abschluss darüber ist es jedoch noch nicht gekommen. Eine Erklärung, ähnlich wie sie 1854 von den Westmächten erlassen wurde, dass sie das feindliche Eigenthum am neutralen Bord und umgekehrt respectiren würden, ist jedoch enthalten in Seward's zur Mittheilung an die englische Regierung bestimmter Depesche an Adams vom 7. Sept. 1861: „We regard Great Britain as a friend. Her Majesty's flag according to our traditional principles covers enemy's goods, not contraband of war. Goods of Her Majesty's subjects not contraband of war are exempt from confiscation, though found under a neutral or disloyal flag.“ Dadurch ist bis auf Widerruf factisch dasselbe eingetreten, als wenn Amerika und England darüber einen der Pariser Declaration gleichlautenden Vertrag mit einander abgeschlossen hätten. Wir werden später eine daraus sich

ergebende, nicht ganz unerhebliche Consequenz zu erwähnen haben, wenn das Formelle in der Handlungsweise des nordamerikanischen Kriegsschiffs den Gegenstand unserer Erörterung bildet. Zunächst liegt uns hier die Frage vor, ob sich der Trent etwa nach der Richtung hin völkerrechtlich vergangen hat, welche die Beförderung von Contrebande den neutralen Schiffen verbietet. Hier beginnt in der That der Boden, auf dem wenigstens gestritten werden kann, und die hier auftauchenden Fragen müssen deshalb auch in grösserer Ausführlichkeit behandelt werden.

Kap. IV. Die Lehre von der Contrebande.

Dass sich durch Führen von gewissen Gegenständen, soweit solche zur Contrebande gerechnet werden, der neutrale Schiffer einer Verletzung seiner internationalen Pflichten schuldig macht, ist ein von dem positiven Völkerrecht angenommener Satz, dessen Bezweiflung aus allgemeinen Gründen nur einige wenige Schriftsteller Cocceji, Martens, Nau, Heffter und nur eine einzige Nation, die nordamerikanische selber, unternommen hat. Da aber von keiner Seite das wirkliche Verbotensein des Contrebandirens bestritten wird, sondern in der angedeuteten Discussion es sich nur entweder um eine philosophische Anzweiflung eines bestehenden Rechtssatzes oder die Herbeiführung einer Veränderung im heutigen Völkerrecht handelt, bedarf es hier einer weiteren Ausführung unserer rechtlichen Ueberzeugung nicht, dass Wissenschaft und Praxis mit gutem Grund ein bestimmtes Hanthieren der Neutralen mit gewissen Gegenständen des Kriegsbedürfnisses als eine Völkerrechtsverletzung ansehen, und in Bezug darauf eine weitere Beschränkung des Handelsverkehrs der Neutralen im Interesse der Kriegführenden eintritt. (vgl. meine Abhandlg. Contrebande im Staatslexikon IV. s. 142 ff.) Allein mit dem Verständniss, dass der Handel mit Contrebande gewissen internationalen strafähnlichen Rechtsfolgen unterliegt, ist selbst auf dem Boden der positiven Rechtsbestimmungen die widerspruchslose, allgemein anerkannte Auffassung zu Ende.

Nicht zwar so, dass nicht auch noch andere Fragen von den besseren Autoritäten der Wissenschaft und den aner kennenswerthen Entscheidungen der Prisengerichte in einer juristisch überzeugenden Weise gelöst worden sind, und für sehr viele Staaten diesen Gegenstand berührende ausdrückliche Verträge *jus inter partes* machen, allein man kann auf die ganze völkerrechtliche Lehre von der Contrebande anwenden, was ein englischer Autor von einer Unterfrage in derselben bemerkt hat, dass sie *nobilissima juris gentium quaestio* ist, wenigstens wenn wir das Ansehen einer Controverse nach dem Grade ihrer Bestrittenheit abschätzen.

Die geschichtliche Entstehung des Begriffs und Worts Contrebande lässt sich kurz zusammenfassen. Wenn auch schon im Alterthum vereinzelte Anwendungen des Grundsatzes vorkommen, dass der Angehörige eines nicht am Kriege betheiligten Staates durch Zuführung von Kriegsmaterial für den einen Theil, sich zum Feind des anderen Kriegführenden mache, lehnt sich doch die Entwicklung des völkerrechtlichen Begriffs an die staats- und kirchenrechtlichen Verbote der römischen und canonischen Rechts sammlungen, dass Römer und Christen den Barbaren, später den Ungläubigen keine Waffen und Lebensmittel zuführen sollen (l. 2 Cod. quae res exportari 4, 41., l. u. C. de litoris et itin. 12, 45, c. 6, 12, 17 X. de Judaeis et Saracenis 5, 6.) Diese Rechtsanschauung ging auch in die mittelalterlichen Seerechtsaufzeichnungen z. B. ins Consolato del Mare und seine nordischen Nachahmungen über, und da zu den Strafen dieses unchristlichen Handelsverkehrs mit den ewigen Feinden der Christenheit auch der Bann gehörte, wurde dafür Contrabannum, Contrabandum die gewöhnliche Bezeichnung. Allmähig übertrug sich dies Verhältniss auch auf die Kriege der

Christen unter einander und nicht bloss galt das Zubringen von solchen Gegenständen, welche dem Kriege dienen konnten, für ein Verbrechen, wenn es der eigne Unterthan im Interesse des Gegners unternahm, sondern auch den Angehörigen dritter Staaten ward eine solche Ausrüstung der Streitenden als eine völkerrechtlich unerlaubte Handlungsweise angerechnet. Wenn auch ganz vereinzelt Verträge vorkommen, welche die Zuführung von gewöhnlich unter Contrebande verstandenen Artikeln, für den Fall, dass der eine Contrahent neutral, der andere im Krieg begriffen ist, den Angehörigen des neutralen Staates gestatten (so z. B. der Vertrag von 1468 zwischen England und dem Herzog der Bretagne) so hat sich doch schon zur Zeit der ersten wissenschaftlichen Leistungen für das Völkerrecht in Kriegzeiten durch Pierino Bello, Balthazar Ayala und Albericus Gentilis bis auf Grotius die Regel festgesetzt, dass Zuführung gewisser Artikel völkerrechtswidrig ist und der Gebrauch bildet sich, diese Regel in Verträgen zwischen den Staaten auszusprechen. Schon zu Hugo Grotius' Zeiten war es, wie wir aus seiner sorgfältigen Auseinandersetzung dieser Materie sehen, ein sehr bestrittener Punkt, was für Gegenstände als Contrebande anzusehen seien, wenn die Verträge eine Aufzählung derselben nicht enthielten. Er selbst sucht den Zweifeln abzuhelpen durch die Unterscheidung von solchen Gegenständen, welche nur dem Kriege dienen, solchen, welche nur einen friedlichen Gebrauch gestatten — quae in bello nullum habent usum — und Sachen ancipitis usus, welche bald als Contrebande gelten, bald nicht, indem er eine verschiedene Rechtsfolge in den verschiedenen Fällen annimmt, bald Confiscation bald nur Beschlagnahme gegen Ersatz (Grotius de jure belli ac pacis III. c. 1 §. 5.). Die nach ihm grösste Autorität im Völkerrecht, Cornelius van Byn-

kershoek, macht dagegen energisch geltend, dass man mit dem Begriff der Sachen *ancipitis usus*, die nach Zeit und Umständen als verboten gelten sollten oder nicht, zu keiner festen Regel komme, und will deshalb darauf gesehen wissen, ob ein Gegenstand in seiner ursprünglichen Gestalt schon für den Krieg dienen kann, oder erst einer besonderen Zurichtung, einer Art Specification bedarf, um kriegerische Zwecke zu erfüllen. In ersterem Falle ist er *Contrebande*, im anderen nicht (*Bynkershoek Quaestiones juris publici Lib. I. c. 10.*) Die völkerrechtliche Praxis des vorigen Jahrhunderts und während der Napoleonischen Kriege fusste, so weit es sich nicht um die Anwendung spezieller Verträge handelte, auf einem Kompromiss zwischen beiden Ansichten. Man sah bei der Bestimmung, ob ein nicht offenbar zu den „*res quae in bello tantum usum habent*“ gehöriger Gegenstand *Contrebande* sei oder nicht, sowol auf die mehr oder weniger vorgeschrittene Verarbeitung, als auch auf den Bestimmungsort des Schiffes, (hier wie überall behandeln wir den Gegenstand als zum Seekriegsrecht gehörig, das mit einigen Einschränkungen auch für den Landkrieg gilt) und auf den Einfluss, welchen die Zufuhr auf die Kriegsoperationen haben würde. In auch jetzt noch zweifelhaften Fällen half man sich nach dem Vorgang des Hugo Grotius durch das Vorkaufsrecht, welches sich der die *Quasicontrebande* auffangende Kriegführende anmasste. Als Resumé aus den Entscheidungen der englischen, französischen und amerikanischen Prisengerichte bis zu dem allgemeinen Frieden von 1815 lässt sich Folgendes herausheben. „Der Unterschied von rohem Material und zum Kriegsgebrauch fertigen Gegenständen wird anerkannt. Je näher eine Sache ihrer kriegerischen Verwendung ist, desto eher kann sie durch die Umstände zur *Contrebande* werden, desto grösser ist im einzelnen

Falle die Präsumption für die kriegerische Verwendung. Dabei ist überall auf die Verhältnisse des einzelnen Falls Rücksicht zu nehmen. Vielfach ist es der Bestimmungsort, von dem abhängt, ob eine an sich freie Waare durch die Umstände zur Contrebande wird. Danach wurden z. B. Lebensmittel beurtheilt und holländischer Käse, der nach Corunna bestimmt war, condemnirt, der für Quimper geladene dagegen freigegeben. Das vielbestrittene Schiffsbauholz wird durch die Umstände als frei oder Contrebande bestimmt, dasselbe gilt von den Metallen. Als absolute Contrebande, Contrebande per se, lassen sich aus den damaligen Entscheidungen alle Waffen und Munition, Schiffe und Schiffsmasten, Segeltuch, Anker, Pech und Theer entnehmen.“ (Meine Abhandlung im Staatslexikon: Contrebande.) Die Hauptfälle — leading cases nach der englisch-amerikanischen Rechtssprache — für diese Grundsätze sind die amerikanische Entscheidung „Commercen“ (1. Wheaton's Reports p. 387) und die englischen „Jonge Margaretha“, (1. Robinson's Admiralty Reports p. 193 und „Frau Margaretha“ (6. Robinson p. 92.) Gegenüber dieser sich als gemeinrechtlich gebenden durch die Jurisprudenz ausgebildeten Theorie hat eine sehr grosse Anzahl von Staaten, im Anschluss an die Bewegungen der bewaffneten Neutralität von 1780 und 1800, nur Kriegsbedürfnisse als Contrebande betrachtet und als solche aufgezählt: Kanonen, Mörser, Feuerwaffen, Luntten, Pulver, Salpeter, Schwefel, Säbel, Picken, Kuirasse, Säbelgurten, Patrontaschen, Sättel und Zäume, mit der sich sonst von selbst verstehenden Beschränkung über den Bedarf des Schiffes selbst hinaus, (art. 10 und 11 des Vertrags zwischen Russland und England von 1766, angeführt in dem art. 3 der Neutralitätserklärungen). Auch später, während des Friedens seit 1815 sind in vielen Han-

delsverträgen die zwischen den Contrahenten als Contrebande anzusehenden Artikel aufgezählt. Namentlich die Vereinigten Staaten haben sich vielfach durch solche Verträge gebunden, allein zwischen England und ihnen besteht, da der Vertrag von 1794 nicht wieder erneuert wurde, keine auf diesen Gegenstand sich beziehende Verabredung. Nur das allgemeine Völkerrecht von heutzutage kann für den vorliegenden Streitfall die Entscheidung bringen. Für die Bestimmung, was gegenwärtig als Contrebande anzusehen ist, bildet jedoch die Fülle von Verträgen, welche den Begriff auf die unmittelbaren Wehr und Waffen, die Kriegsmunition und die Componenten des Schiesspulvers, Schwefel und Salpeter beschränken, eine erhebliche Autorität. Es spricht sich in ihrer Uebereinstimmung die Ueberzeugung aus, dass die früher allerdings als rechtlich betrachteten weiteren Beschränkungen des internationalen Verkehrs mit Schiffbaumaterialien, Lebensmitteln u. s. w. den Neutralen eine durch das Interesse der Kriegführenden nicht absolut gebotene Last auflegen, und da sich in gleicher Weise die neueren Autoritäten der völkerrechtlichen Literatur äussern, darf zuversichtlich behauptet werden, dass im Streitfall nur Sachen des unmittelbaren Kriegsbedürfnisses (*goods contraband of war*) als Contrebande anzusehen sind. Weitergehende Ausfuhrverbote, wie sie während des orientalischen Krieges von Seiten der Kriegführenden erlassen wurden und wozu diese auf ihrem eignen Gebiet vollbefugt waren, ändern an diesem allgemeinen internationalen Rechtssatz ebensowenig etwas, als die mehr umfassenden Neutralitätsverordnungen mancher neutraler Regierungen aus derselben Zeit. Ob ein Gegenstand ein unmittelbares Kriegsmaterial ist, muss der Entscheidung des Richters überlassen werden; die herkömmlichen Aufzeichnungen der Verträge sind dafür bei

dritten Staaten nur als Anhaltspunkte, nicht abschliessend zu gebrauchen. So kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, dass auch die Schiessbaumwolle unter die gemeinrechtliche Contrebande fällt, obgleich ihrer noch in keinem Vertrage gedacht ist.

Neben den vielen Streitigkeiten über den Umfang des Begriffs der Contrebande ist die Bestimmtheit überraschend, womit aller Seits an dem Grundsatz festgehalten worden ist, dass ein solcher Gegenstand nur unter ganz bestimmten Verhältnissen den völkerrechtlichen Character einer verbotenen Waare annimmt. Auf dem neutralen Gebiete giebt es den Begriff der Contrebande nicht. Nur auf dem Kriegsgebiete, den Territorien der Kriegführenden und der offenen See kann ein zur möglichen Contrebande gezählter Gegenstand diesen Character dadurch wirklich erhalten, dass er das Kriegsfeld berührt und sich auf dem Wege zum Kriegführenden befindet. Es giebt, wie man sagen kann, gar keine absolute Contrebande, gar keine Contrebande per se. Der völkerrechtswidrige Character des Geschäfts mit einer Waare wird nicht durch ihren allgemeinen Zweck, sondern nur durch die Umstände der Beförderung bestimmt. Somit ist alle und jede Contrebande *contrebande par accident*. Wenn der neutrale Handeltreibende im eignen Lande oder sonst auf neutralem Gebiet Waffen und Munition an die Agenten der Kriegführenden verkauft, findet der Begriff Contrebande darauf keine Anwendung. Der neutrale Staat mag ein solches Geschäft aus übergrosser Aengstlichkeit vor dem Zorn eines mächtigeren Kriegführenden verbieten, eine internationale Rechtsvorschrift dagegen besteht nicht. Ebenso ist die einem Unterthan des Kriegführenden oder dem Staate selbst gehörige Kriegsmunition, solange sie im neutralen Gebiete verbleibt, keine

Contrebande; sie wird erst durch den Eintritt auf das Kriegsgebiet confiscabel. Befindet sie sich am Bord eines Schiffes des Kriegführenden, so verfällt sie unter allen Umständen dem allgemeinen Confiscationsrecht gegen feindliche Güter, ohne Rücksicht auf die Destination. Am Bord eines neutralen Schiffes dagegen, wo sie als gewöhnliches feindliches Eigenthum geschützt ist, kann sie nur confiscabel werden und Rechtsnachtheile für den Neutralen herbeiführen, wenn er sie dem kriegführenden Staate zuführt, d. h. wenn der Begriff der Contrebande, auch darauf anwendbar ist. Dieser Meinung ist wenigstens Bynkershoek, eine Autorität, welche nicht übereifrig war, die Rechte der Neutralen zu mehren. Vgl. seine *Quaestiones juris publici* Lib. I. cap. XIV. „*Exceptis tamen mercibus vetitis contra-meetis nempe belli, et haec duntaxat. Quod non aliter intelligo quam si ad hostes vehantur, alioquin prae relipuis nulla publicationis causa est.*“ Diese Frage, ob die Deckung des feindlichen Privateigenthums am Bord neutraler Schiffe sich auch auf solche Gegenstände erstreckt, welche, wenn sie einem Belligerenten zugeführt werden, Contrebande sind, hat eine eingehende Erörterung meines Wissens noch nirgends gefunden und auch der betreffende art. 2 der Pariser Declaration von 1856 lässt eine doppelte Auslegung zu; aber wir können diesen Gegenstand hier unberücksichtigt lassen, da auf jeden Fall die essentielle Bedingung des Contrebandirens für den Neutralen nicht vorhanden ist, und die Entscheidung von anderen Gesichtspunkten zu entnehmen wäre. Vielleicht findet sich ein anderer Anlass, jenen Punkt, der von mir in der angeführten Abhandlung über Contrebande auch nur andeutungsweise und ohne eigentliche Entscheidung berührt wurde, schärfer und eingehender ins Auge zu fassen. Er wird namentlich dann von

grosser praktischer Bedeutung werden, wenn die völlige Freigebung des Privateigenthums der kriegführenden Unterthanen anerkannter Völkerrechtssatz werden sollte. Immerhin wird die Entscheidung anders lauten müssen, wenn es sich um im Staatseigenthum eines Kriegführenden stehendes oder ihm sonst dienendes, wenn auch im Privateigenthum befindliches Kriegsmaterial handelt und der neutrale Schiffer als im Transportdienst des kriegführenden Staats begriffen anzusehen ist, allein dieser Fall wird unten näher zu erörtern sein. Ist die Waare Eigenthum des Neutralen — und dieses Verhältniss fasst die Theorie, man kann sagen ausschliesslich, ins Auge, — so wird sie nur durch ihre auf dem Kriegsgebiet unternommene Zuführung zum Feinde Gegenstand des Confiscationsrechts für den anderen Kriegführenden, d. h. im wirklichen Sinn Contrebande. Die Ausdrücke in den Verträgen, wie die Aeusserungen der Schriftsteller und Richter lassen über diesen Kardinalpunct in der Lehre keinen Zweifel zu. In den angeführten allgemeinen Rechtsquellen ist immer nur von dem Zubringen die Rede. Ebenso heisst es bei Grotius III. 1, 5, 1: „Quid liceat in eos, qui hostes non sunt, aut dici nolunt, sed hostibus res aliquas subministrant, „rerum subvectio“; bei Bynkershoek, Quaestiones juris publici Lib. I. c. 9. „Non licet alterutri advehere ea quibus in bello gerendo opus habet“ und die Ueberschrift des ganzen zehnten Kapitels „De his, quae ad amicorum nostrorum hostes non recte advehuntur,“ Vattel Droit des Gens Liv. III. chap. III. §. 112 ss. „le transport de pareilles marchandises chez l'ennemi“ „à gêner leur commerce dans les ports de l'ennemi,“ „que l'on ne porte à son ennemi des choses.“ — Martens Précis du droit des gens §. 315, „le transport de munitions de guerre vers l'une des puissances belligéran-

tes“ §. 318, „C'est ainsi, que sans defendre généralement de vendre chez nous toute sorte de marchandise et même des munitions de guerre à l'acheteur particulier, qui se présente, il est considéré de l'aveu de toutes les nations de l'Europe comme contraire à la neutralité de permettre a nos sujets de transporter vers les portes de l'une ou des deux puissances belligérantes de certains marchandises, qu'on designe du nom de contrebande de guerre.“ Nau Völkerseerecht §. 151 „gewisse Waaren, die unter dem Namen Contraband begriffen sind, den kriegerischen Nationen nicht zuzuführen.“ §. 156: „Man kann im Allgemeinen sagen, dass beinahe die einstimmige Erklärung der Völker in neueren Zeiten und also der neuesten Verträge und Bündnisse den Neutralen das Recht absprechen, den kriegführenden Parteien unmittelbare Kriegsbedürfnisse zuzuführen.“ Klüber, Europäisches Völkerrecht §. 288, „Der europäische Völkergebrauch — untersagt nicht den Verkauf unmittelbarer Kriegsbedürfnisse an eine feindliche Macht oder an deren Unterthanen, wenn diese im neutralen Gebiet den Ankauf und die Ausfuhr vornehmen. Hingegen betrachtet derselbe die Zufuhr jener Bedürfnisse durch einen neutralen Staat oder dessen Unterthanen, an eine kriegführende Macht, als eine Verletzung der Neutralität.“ Schmalz, Das europäische Völkerrecht S. 286: „Dass Waffen aller Art von neutralen Schiffen nach feindlichen Häfen zu bringen unerlaubt und dem Kaper, welcher ein Schiff bei diesem Handel trifft, es zu nehmen erlaubt sei, sowie ein Schiff, welches feindliche Soldaten führt, das ist überall anerkannt. Dahingegen kann es nicht für eine Verletzung der Neutralität gehalten werden, wenn die neutrale Macht den Einkauf der Kriegsbedürfnisse in ihrem Gebiet gestat-

tet. Wheaton, der in seinem *Éléments du droit international* die ganze Lehre von der Contrebande aus amerikanischen und englischen Prisenurtheilen zusammenfügt, lässt auch darüber keinen Zweifel, dass er wie die von ihm angeführten Autoritäten, z. B. Lord Stowell: „les articles doivent être pris in delicto pendant l'exécution réelle du voyage au port ennemi“ (Edit. franc. *) II. p. 165) unter Contrebandiren nur die Zuführung zu einer der kriegerischen Parteien versteht. Heffter, *Völkerrecht* §. 157: „Unerlaubte Zufuhr von Kriegsbedürfnissen, insbesondere sogenannte Kriegscontrebande.“ §. 161: „Es muss ein Versuch der Zuführung an den Feind hinzukommen und eine Betretung auf der Zufuhr.“ Der jüngste Anzweifler der sonst allgemein angenommenen Regel, dass auf neutralem Gebiet ein Contrebandiren nicht vorkommen kann, ist Phillimore in seinem *International Law* Vol. III. §. 230 ff., dem sich die beiden neuesten Herausgeber Valin's: *De Pistoye et Duverdy* t. I. p. 394 ff. anschliessen; nur ist es in beiden Werken nicht klar, welche internationale Rechtsfolge man an den blossen Verkauf von Kriegsmaterial auf neutralem Gebiet knüpfen will. Bei Phillimore und den französischen Autoren handelt es sich auch mehr darum, ob der neutrale Staat eine solche Transaction auf seinem Gebiet ungestraft lassen soll, oder nicht, als um eine eingehende Entscheidung unserer Frage. Dass ein neutraler Staat selbst solche Geschäfte nicht machen darf, haben wir schon hervorgehoben, aber mit der Lehre von der Contrebande hängt dieser

*) Ich citire die französische bei Brockhaus 1858 in dritter Auflage erschienene Ausgabe, weil sie die in Deutschland gewöhnlich gebrauchte ist.

Rechtssatz nicht direct zusammen. Wenn ein angeblich neutraler Staat so verfährt, nimmt er am Kriege Theil, dagegen ist eine solche Thätigkeit von Seiten der einzelnen neutralen Unterthanen Handelsgeschäft und keine unmittelbare Unterstützung der Kriegsoperationen. Bei Philimore laufen aber die Pflichten des neutralen Staates und der neutralen Handelswelt toll und bunt durcheinander. Solche ganz vereinzelte Dissentienten fallen um so weniger ins Gewicht, als die prisengerichtlichen Entscheidungen und die Verträge ausnahmslos für die eigentliche Contrebande den Umstand der Zuführung erfordern.

Soll von einem Verkehr mit Contrebande rechtlicher Weise geredet werden, so muss eine Zuführung zu einem der Belligerenten und zwar über das Kriegsgebiet vorliegen, aber diese Zuführung wird wenigstens nach den Autoritäten, die man sonst als entscheidend anruft, nicht dadurch absolut ausgeschlossen, dass die unmittelbare Destination etwa ein neutraler Hafen ist. Man hat in der augenblicklich brennenden Controverse auf diesen Grundsatz nicht die gehörige Rücksicht genommen und von der Thatsache, dass der Trent zwischen neutralen Häfen fuhr, Alles abhängig gemacht. In den meisten Werken über Völkerrecht wird dies Prinzip, dass die neutrale Destination unter gewissen Umständen nicht absolut entscheidet, zwar nicht ausdrücklich geläugnet, aber unerwähnt gelassen. Die Autoritäten für den gedachten Satz müssen deshalb ausführlich mitgetheilt werden. In dem schon angezogenen Fall „Commercen“ bei Wheaton's Reports 1, p. 387 ff. sagt der Judge Story (mit Kent und Marshall die Spitze der amerikanischen Jurisprudenz): „Man hat argumentirt, dass die Lehre von der Contrebande auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden könne, weil die Destination für einen

neutralen Hafen war; und es ist gewiss richtig, dass Güter, welche für den Gebrauch eines neutralen Landes bestimmt sind, niemals als Contrebande angesehen werden können, was immer auch ihr Character sein mag und wie sehr sie auch für kriegerische Zwecke geeignet sind. Aber wenn solche Güter für den direkten und zugestandenen Gebrauch der feindlichen Armee und Flotte bestimmt sind, möchten wir eine Autorität sehen, welche dabei eine Ausnahme von der Confiscation statuirt, wenn auch neutrales Eigenthum vorliegt. Nehmen wir an, dass in Kriegszeiten zwischen uns und England eine englische Flotte in einem neutralen Hafen läge, würde es einem Neutralen gestattet sein, Lebensmittel oder Kriegsmunition, zugestandener Maassen für die ausschliessliche Verproviantirung dieser Flotte, dahin zu führen? — Würde diess nicht ein direktes sich Einmischen in den Krieg und eine essentielle Unterstützung unseres Gegners in seinen feindlichen Anstalten sein? In einem solchen Falle würden die Güter, auch wenn sie einem Neutralen gehörten, das Stigma der Contrebande in ihrer feindseligsten Bedeutung wegen ihrer Bestimmung haben, und der blosse Incidenzpunkt des neutralen Hafens würde sie nicht vor der Confiscation schützen. — — Wir sehen nicht ein, wie die Bestimmung für einen neutralen Hafen die Anwendung dieser Regel ändern kann; man thut dabei Das indirekt, was bei direkten Fahrten verboten ist. Würde man behaupten wollen, dass ein Neutraler rechtmässiger Weise Provisionen für die britische Flotte transportiren dürfte, während diese im Hafen von Bordeaux in voller Vorbereitung für eine Expedition nach den Vereinigten Staaten läge? Würde man behaupten wollen, dass er rechtmässiger Weise eine an unseren Küsten stationirte englische Flotte verproviantiren dürfe? Wir denken, dass

über diese Fragen keine zwei Meinungen gehegt werden können; und dennoch, obgleich die gewählten Beispiele sehr weit gehen, lässt sich nicht sagen, dass die Unterstützung in ihnen materieller ist, als unter dem Deckmantel eines neutralen Bestimmungsorts, wie im vorliegende Fall, gewährt werden könnte.“ In dem zur Entscheidung verstellten Fall handelte es sich zwar um Eigenthum der Kriegführenden und den Anspruch des Neutralen auf Fracht wegen der weggenommenen Ladung; aber auch für neutrales Gut wird durch die Motivirung festgestellt, dass eine Destination für einen neutralen Hafen, wenn die Ladung dort für ein feindliches Kriegsschiff bestimmt ist, den Begriff völkerrechtswidriger Zuführung nicht ausschliesst. Neuerlich wurde dieses Prinzip in der Entscheidung des französischen Conseil des Prises in Sachen der *Vrouw Houwina* (26. Mai 1855) bestätigt. Hier handelte es sich um eine Ladung Salpeter, welche als neutrales Eigenthum Hamburg als angeblichen direkten Bestimmungsort hatte. Schon gleich im Anfang des Urtheils wird hervorgehoben, dass der Salpeter „est un objet susceptible d'être réputé contrebande de guerre, et que la contrebande de guerre est saisissable sous pavillon neutre, quand elle appartient à l'ennemi (diess ist, wie S. 38 bemerkt, zu allgemein ausgedrückt, ou quand elle est dirigée vers le territoire, les armées ou les flottes de l'ennemi. Da letztere nach Völkerrecht auch in neutrale Häfen einlaufen dürfen, soweit sich ein Neutraler dieses nicht ausdrücklich verbittet, folgt schon hieraus, dass die Destination für einen neutralen Hafen nicht absolut gegen die Anwendung des Begriffs *Contrebande* schützen kann. Schliesslich resümiert sich das verurtheilende Erkenntniss folgender Weise: *Considérant en résumé qu'une expédition*

de contrebande de guerre préparée à l'aïd d'une fraude contre les mesures politiques prescrites par un gouvernement allié dans l'intérêt d'une guerre commune — — — et faite à destination de parages rapprochés du pays ennemi et servant de voie habituelle aux approvisionnements de l'ennemi, doit être présumé effectuée pour compte et à destination de l'ennemi.“ Dass auch nach den Entscheidungen englischer Gerichte eine neutrale Destination nicht absolut schützt, zeigt folgender Auszug aus Pratt's Werk *On Contraband*: „The object of the laws against contraband being to prevent the communication of assistance to the enemy, it is absolutely necessary, to constitute that offence, that the destination of the goods should be a neutral port. Goods going to a neutral port cannot fall under that denomination, the conveyance of any goods to such destination being lawful. When however two ports of different character are situated in the same bay not separated by a headland, they are considered as identified and a destination to the neutral one, will not protect from condemnation.“ Hierin sind nur bekannte englische Urtheile wiedergegeben. Angesichts dieser die drei ersten Seemächte repräsentirenden Entscheidungen und im Einklang mit den ihnen zum Grunde liegenden Prinzipien muss daher das Erforderniss der versuchten Zuführung zu einem Kriegführenden nicht schon desshalb für nicht erfüllt gelten, weil der Destinationsort im neutralen Gebiet liegt. Es kann unter Umständen auch das so transportirte Gut als auf dem Zuführungswege zum Gegner begriffen gelten. Natürlich wird hierbei noch ganz von dem Falle abgesehen, dass der angebliche Destinationsort nur eine Finte, die darauf bezüglichen Angaben in den Schiffspapieren falsch sind (in der Entscheidung „*Vrouw Houwina*“

spielt dieser Umstand schon mit), und wir setzen voraus, dass der Transport wirklich zunächst dem angegebenen neutralen Hafen galt. Wer mit dem Handelsverkehr auch nur oberflächlich bekannt ist, wird zugestehen müssen, dass die Neutralen die praktische Anwendung der obigen Erweiterung des Begriffs: Zuführung zum Feinde nicht aufmerksam genug überwachen können, und wenn irgendwo, sicherlich hier an die Regel zu erinnern ist, dass die Beschränkungen des neutralen Verkehrs die Präsumpcion gegen sich haben; aber die Schwierigkeiten, welche eine wirkliche Rechtsregel macht, kann von ihrer Anwendung nicht befreien. Nach unserer Ueberzeugung kann der englischer Seits mit vieler Emphase in die Verhandlung gezogene Fall Hendrick und Alida der zudem älter ist als der später anzuführende Orozembo dieses Resultat nicht ändern. Immerhin mag er hier als Beweis mitgetheilt werden, dass wir mit jenem Prinzip an der äussersten Grenze neutraler Beschränkung stehen und selbst in einer den Ansprüchen der Neutralen wenig günstigen Periode der Admiraltätsjurisprudenz von England bei sehr dringendem Verdacht doch die prima facie zu behauptende Freiheit des Verkehrs zwischen zwei neutralen Häfen ob siegte. Der Fall ist dargestellt in Marriott's Admiralty Decisions pag. 96 und beruhte auf nachfolgendem Thatbestand: Die holländische Brigg „Hendrick und Alida“ wurde am 7. August 1777 auf offener See von dem englischen Kriegsschiff Ardent weggenommen und zur Adjudication nach Portsmouth aufgebracht. Nach den Schiffspapieren war sie nach St. Eustache, einer holländischen Besitzung unter den Inseln „unter dem Winde“ bestimmt. Als Ladung hatte sie Waffen und Munition und ausserdem als Passagiere fünf Offiziere mit ihren Bedienten. Die Offi-

ziere führten Patente als solche, welche von Benjamin Franklin, damals Commissioner der aufständischen englischen Kolonien in Paris, ausgestellt waren. Am 23. November 1777 kam der Fall am Prisengericht zu London zur Verhandlung. Der Königs Advocat (Sir James Marriott, der spätere Admiraltätsrichter — von dem beiläufig bemerkt Heffter nach Nau und Martens eine exorbitante Aeusserung über Blokaderecht aufführt, die der Mann in dem vermeinten Zusammenhang nie gethan hat —) trug auf Condemnation an, weil das Schiff nur scheinbar für St. Eustache, in Wirklichkeit für die nordamerikanischen aufständischen Kolonien bestimmt sei. Der Admiraltäts- und Prisenrichter Sir George Hay erkannte auf Freigebung des Schiffes und der Ladung (die Passagiere waren gleich nach der Aufbringung freigelassen worden), jedoch gegen Erstattung der Kosten des Kaptors. In seinem Urtheil sagt er: „Es würde für einen Gerichtshof, wie der unsrige ist, zu anmassend (too high) sein, wenn wir behaupteten, dass die Holländer nicht in ihren eignen Schiffen nach ihren eignen Kolonien und Ansiedelungen Alles transportiren dürften, was ihnen gefällt, Waffen und Munition, vorausgesetzt, dass sie es mit Erlaubniss ihrer eignen Regierung thun.“ Weiter heisst es: „Man kann nicht beweisen, dass das Schiesspulver direkt für den Gebrauch der Rebellen unterwegs ist.“ „Aber der Umstand, dass das Schiff bewaffnet war und Offiziere an Bord hatte, welche zu der Provinzialarmee gingen, ist ein Grund gegen die Reclamanten, was die Kosten anbelangt.“ „Wäre es klar, dass das Schiff für die Provinzen bestimmt war und nur St. Eustache anzulaufen hatte, so wäre das Resultat ein anderes gewesen. Alle Schiffe, welche für die Kolonien (britischen) bestimmt sind, werden

confiscabel.“ Wie man sieht, war der entscheidende Umstand der, dass die Bestimmung des Schiffs über St. Eustache hinaus dem Richter als nicht bewiesen erschien und dasselbe nahm er für das Schiesspulver an. Von den Offizieren an Bord sagt er freilich ausdrücklich, dass sie für die rebellischen Provinzen bestimmt waren und von der Consequenz seiner freisprechenden Entscheidung werden wir noch später Gebrauch zu machen haben, um so mehr, da auf diesen Punkt bezügliche Präcedenzfälle sehr selten sind.

Liegt ein wirklicher Fall von Contrebandiren, sei es durch direkte oder indirekte Zuführung zum Kriegführen vor, so traf in früherer Zeit die Confiscation nicht bloss die unerlaubt transportirte Waare, sondern den Rest der Ladung und das Schiff. Heutzutage haben sowol Verträge als das durch Entscheidungen und Aeusserungen der Schriftsteller modifizierte gemeine Völkerrecht, die Confiscation nur auf das neutrale Contrebandegut beschränkt. Es ist eine Singularität, wenn Frankreich noch nach dem Règlement vom 2. Juli 1778 das Schiff dann mitconfiscirt, wenn über $\frac{3}{4}$ der Ladung aus Contrebande bestand; aber nicht weniger ist es eine Abweichung von der allgemeinen Rechtsansicht, wenn nach dem Vertrag zwischen Preussen und den Vereinigten Staaten (vom 1. Mai 1828 Art. XII., der die betreffende Bestimmung des früheren Vertrags vom 11. Juni 1799 wieder in Kraft setzt) der Neutrale für die ihm weggenommene Contrebande Entschädigung anzusprechen hat. Dass alle übrigen Ladungsgegenstände, welche demselben Eigenthümer wie die Contrebande gehören, mitverfallen sind, ist ebensowenig als heutzutage allgemeiner Völkerrechtssatz zu behaupten, als die Regel, dass der contrebandirende Eigenthümer des Schiffs auch sein

Anrecht an letzteres verliert; wohl aber haben einige Staaten diese Grundsätze zur Anwendung gebracht und einzelne Schriftsteller behaupten sie auch jetzt noch. Immer verliert aber der Contrebande wissentlich führende Schiffer seine Fracht.

Kap. V. Der Transportdienst für die Kriegführenden.

Wir haben im Vorstehenden die Lehre von der Contrebande im Allgemeinen berücksichtigen müssen, weil es, wie die auseinandergehenden Autoritäten bezeugen, noch keineswegs festgestellt ist, in welchem Umfang ihre Regeln auf die besonderen Arten einer völkerrechtswidrigen Dienstleistung des Neutralen Anwendung finden, die sich unter den Gesamtnamen Transportdienst für den Feind begreifen lassen und beim Trentfall die Hauptkosten des Discussion zu bestreiten haben. Dahin gehört das Befördern von Kriegsmannschaften, von Depeschen und wenigstens nach neuerlich gehörter Ansicht von Gesandten eines Kriegführenden. In der Theorie herrscht Verschiedenheit betreffs der Behandlung dieser Gegenstände. Die Einen sprechen von solchen Fällen als Analogieen der Contrebande und drücken sie durch den hier schlechtgewählten Namen Contrebande par accident aus. Die Anderen sehen in solcher Handlungsweise (wir lassen vorläufig den letztgenannten Fall dahingestellt) ein Hinausgehen über die Contrebande selbst und nennen die Contrebande eher eine Analogie dieses feindlichen Verhaltens gegen den so benachtheiligten Kriegführenden. In den weitaus meisten Verträgen werden diese Fälle gar nicht erwähnt. Auch da, wo eine erschöpfend sein sollende Aufzählung der Contrebandegenstände in Handelsverträgen vorkommt, ist ihrer nicht gedacht. Wohl

kommen in einigen Tractaten Verabredungen vor, dass der eine Contrahent dem Feinde des andern keine Unterstützung an Soldaten, Schiffen oder Contrebande gewähren will; allein dabei ist von der Staatsunterstützung selbst die Rede. Der neutral Bleibende verspricht für den Fall eines Kriegs die Pflichten allgemeiner Neutralität zu erfüllen. In den sich auf die neutralen Unterthanen beziehenden Artikeln wird dann die gleiche Verpflichtung für diese ausgesprochen, und von der Contrebande im engeren Sinne gehandelt. Man vergleiche z. B. den dänisch-englischen Vertrag von 1670, erklärt durch eine Declaration vom 4. Juli 1780: „The two contracting Sovereigns reciprocally engage, for themselves and their successors not to furnish to the enemies of either party in time of war any succour, neither soldiers, nor vessels, nor any effects and merchandise called Contraband and in like manner, to prohibit their subjects from so doing.“ Dann folgt später eine Definition der Contrebande, worunter Soldaten nicht genannt sind. In dem englisch-schwedischen Vertrage von 1691 dagegen treten die Soldaten mit Pferden und Kriegs- oder Convoischiffen unter dem Gesamtbegriff Contrebande auf. Wo in Verträgen in ähnlicher Weise auch der Soldaten Erwähnung geschieht, und es sind diess nur die älteren, da haben wir uns allerdings auf dem Boden des Contrebandebegriffes im gewöhnlichen Sinne zu bewegen, und die neulich gehörte Behauptung, dass Menschen niemals zur Contrebande gezählt worden sind, ist in diesem Umfang unrichtig. Dass sie nach allgemein geltendem Völkerrecht nicht dazu gehören, ist dagegen nicht zu bestreiten. Solche Stipulationen beziehen sich auf das wirkliche Zuführen von Mannschaften aus neutralen Gebieten. Man darf nicht vergessen, dass das Verbot der Werbungen für fremden Kriegs-

dienst früher sehr selten war, und die Armeen aus Leuten von allen Ländern bestanden; sieht doch noch Bynkershoek das Bestehen von Werbebureaus im neutralen Lande als etwas ganz Unverfängliches an und galt das Landsknechtgeschäft unseren Vorfahren als ein Stück löblicher deutscher Freiheit. Unter solchen Verhältnissen konnten die Staaten, wenn sie in besonderer Freundschaft Handelsverträge mit einander schlossen, wohl darauf bedacht sein, einem künftigen Gegner einen solchen Zuwachs aus neutralem Gebiet durch ausdrückliche Vertragsregel abzuschneiden. In diesem Sinne hat auch von jeher die Theorie eine Zuführung von Mannschaften (in einigen Verträgen kommt der allgemeine Ausdruck *homines* vor) als zum Contrebandiren gehörig angesehen. Wenn die neueren Verträge eines solchen Verfahrens von Seiten neutraler Rheder keine Erwähnung thun, liegt der Grund wohl darin, dass diese Zuführung den Character des Transportdienstes für den Feind haben oder gar nicht vorkommen wird. Statt auf eigne Hand eine solche Ladung geworbenen Menschenfleisches in das Gebiet eines Kriegführenden zu bringen, wird der Rheder oder für ihn eintretende Capitain als ein Beamter des betreffenden Landes handeln, und somit für Rechnung der Regierung fahren. Ob man vor einem Jahrhundert die gewöhnliche Einwanderung in das Land des gegenüberstehenden Feindes, wie sie z. B. in unseren Tagen nach Australien und Amerika vor sich geht, als ein von der neutralen Rhederei fortzutreibendes Handelsgeschäft „ohne das Stigma der Contrebande“ betrachtet haben würde, mag mit Fug bezweifelt werden. Gegenwärtig ist dieser indirekten Vermehrung der streitenden Mannschaft oder doch des Materials zur streitbaren Macht noch kein Hinderniss in den Weg gelegt worden. Auch

steht eine solche Maassregel schwerlich zu erwarten, da sie mit der Tendenz unserer Zeit die Ausnahmegesetze für den freien Verkehr zu beschränken und der Regel, dass nur unmittelbares Kriegsmaterial, nicht bloss mögliches, Contrebande ausmachen kann, in offenen Widerspruch treten würde.

Wenn dagegen auch der Zuführung von Schiffen zu einem Kriegführenden in den Verträgen keine spezielle Erwähnung geschieht, darf diess nach allgemeiner Rechtsüberzeugung nicht dahin verstanden werden, dass sie nicht mit zur Contrebande zu rechnen seien. Bei der Aufzählung von Contrebande denkt man immer nur an Gegenstände, welche in einem Schiffe zugeführt werden. Ein Schiff, welches etwa in Ballast in einen Hafen eines Kriegführenden einlaufen wollte, damit dort der Eigenthumsübergang von dem Neutralen auf den Kriegführenden vor sich gehe, würde ohne Weiteres auf der Hinreise als für den Feind bestimmte Contrebande von dem anderen Kriegführenden confiscirt werden können. Nach dem Völkergebrauch bedarf es dabei keiner Unterscheidung zwischen Kriegsschiffen und nicht armirten Schiffen, und nur die absolute Ungeeignetheit eines Schiffes für Kriegszwecke würde das Geschäft zu einem völkerrechtlich unanfechtbaren machen. Wo in besonderen Verträgen, z. B. zwischen England und Brasilien vom 17. August 1827 Schiffsb Baumaterialien unter die Contrebande gestellt sind, würde sich schon daraus nach dem Schluss *a minori ad majus* die Unerlaubtheit des Zubringens von ganzen Schiffen ergeben. Allein wie hervorgehoben, bedarf es einer solchen speziellen Verabredung und Zurückführung auf den Begriff der Contrebande im engeren Sinne nicht. — Das Zuführen von Mannschaften und für den Kriegsgebrauch, sei es als armirtes

oder Transportschiff, geeigneten Schiffen von Seiten eines Neutralen ist eine zwischen der gewöhnlichen Contrebande und dem eigentlichen Transportdienst in der Mitte liegende internationale Rechtsverletzung, gegen welche der beeinträchtigte Gegner auch ohne Vertragsstipulation Abwehr treffen darf, wobei jedoch der die Lehre von der Contrebande beherrschende Grundsatz der Zuführung vom Neutralen zum Kriegführenden maassgebend bleibt. —

Diejenige Thätigkeit, welche der neutralen Schifffahrt am schwersten angerechnet wird, ist der förmliche Transportdienst für die kriegerischen Gegner. Durch eine solche Betheiligung an den Kriegsoperationen verliert das neutrale Schiff unmittelbar seinen ursprünglichen Character und wird als feindliches angesehen. Dass die Grenzen dieser Handlungsweise nicht selten mit den eben besprochenen Fällen zusammenstossen, ist schon angedeutet worden, aber der Unterschied wird gewöhnlich nicht unerheblich sein, dass sich die Zuführung von Kriegsmaterial als die Fortsetzung eines auch im Frieden gebräuchlichen Handelsverkehrs darstellt, während der eigentliche Transportdienst seinen Anlass aus dem Kriege selbst zu nehmen pflegt. Dazu kommt, dass sich der neutrale Schiffer, welcher für Rechnung neutraler Befrachter die Contrebande als Waare ins kriegführende Land bringt, Herr seines Schiffs bleibt, während derjenige, welcher sich zum Transportiren von Kriegsgegenständen zur Verfügung einer kriegführenden Partei stellt, in eine unmittelbare Abhängigkeit von derselben geräth, für so lange wirklich einen Theil der Kriegsmittel derselben ausmacht und deshalb auch als solches behandelt wird. Heffter gebraucht für diese Art von Thätigkeit (Das europäische Völkerrecht §. 157 a.) noch die enge Bezeichnung „Zuführung,“ allein es ist richtiger im Allge-

meinen von „Transportdienst“ zu reden, da es hierbei auf den Grundzug des Contrebandehandels, vom Neutralen zum Kriegführenden den Verkehr zu vermitteln, nicht ankommt. Zuführung kann auch Transportdienst sein, aber nicht jeder Transportdienst ist Zuführung vom Neutralen. In der Botschaft des amerikanischen Präsidenten vom 31. December 1855 wird diese Thätigkeit ganz richtig bezeichnet neben dem Verkauf von Contrebandeartikeln an den Kriegführenden, als „to take munitions of war or soldiers on board their (the citizens of the United States) private ships for transportation.“ Und später: „Our merchantmen have been and still continue to be largely employed by Great Britain and by France in transporting troops, provisions and munitions of war to the principal seat of military operations, and in bringing home the sick and wounded soldiers.“ Wenn freilich gleich weiter behauptet wird: „such use of our mercantile marine is not interdicted by the international law,“ so muss diese Aeusserung, welche an sich zweideutig ist, zusammengehalten werden mit einer weiteren in demselben Dokument vorkommenden, „although in so doing the individual citizen exposes his property or person to some of the hazards of war.“ Der Präsident bemüht sich nur nachzuweisen, dass ein solches Handeln von Seiten der einzelnen amerikanischen Rheder und Schiffer nicht eine Verletzung der internationalen Pflichten des amerikanischen Staats ist, eine Auffassung, welche wir auch schon oben bei der Unterscheidung zwischen der Rechtssphäre des neutralen Staats und der neutralen Staatsangehörigen gebilligt haben. Wenn Wheaton (4 Part. 3 ch. §. 23) bemerkt: „Le transport des militaires ou des dépêches en service de l'ennemi est de même nature, que le transport des biens de contrebande,“ so lässt sich dieser Satz auch dahin um-

kehren, dass der eigentliche Transport von Contrebande, d. h. von dem Kriegführenden gehörigen Kriegsmaterial zwischen den Gebietstheilen der Kriegführenden, jenen anderen Fällen gleichsteht. Wer als neutraler Schiffer im Transportdienst eines Kriegführenden, z. B. Frankreichs während des italienischen Krieges, Kanonen und sonstige Kriegsbedürfnisse von Marseille nach Genua brachte, würde nicht bloss die Wegnahme der ihm gar nicht gehörigen Contrebande und etwa den Verlust seiner Fracht, wie beim gewöhnlichen Contrebandiren, sondern die Confiscation des Schiffes selbst von Seiten des anderen Kriegführenden zu befahren gehabt haben. Wenn in früheren Kriegen nicht immer zwischen dem Contrebandiren und dem Transportdienst mit Kriegsmaterial unterschieden wurde, lag der Grund zum Theil darin, dass der Verkehr der Neutralen vom Gebiet des Kriegführenden aus zu anderen Theilen desselben Gebiets schon an sich als Küstenhandel oder nach der Regel von 1756 für untersagt gehalten wurde. Dass gegenwärtig der Neutrale ungestört Güter der Unterthanen eines Kriegführenden, soweit sie nicht Contrebande sind, von den unblockirten zu unblockirten Küstenstrecken des Kriegführenden im Frachtverkehr besorgen darf, ist unbestritten. Ebenso sicher ist aber der weitere Rechtssatz, dass das Transportiren von Kriegsmaterial im Eigenthum des Kriegführenden von und zu denselben Plätzen den Neutralen der Schiffsconfiscation von Seiten des anderen Belligerenten aussetzen würde. Es fragt sich aber, ist eine solche Betheiligung am Transportdienst auch dann untersagt, wenn sie die Destination auf einen neutralen Platz hat? Z. B. Kriegsmaterial wird während eines englisch-französischen Kriegs von einem durch die Admiralität dazu gecharterten nordamerikanischen Handelsschiffe von England nach Alexandrien gebracht,

von wo es weiter durch das neutrale türkisch-egyptische Gebiet ans rothe Meer geführt werden soll, um dort von einem anderen Schiffe für Calcutta geladen zu werden? Aehnlich stellt sich auch in dem Fall *Vrouw Houwina* die Expedition des Salpeters dem französischen Gericht dar, von Hamburg durch neutrales Gebiet nach Lübeck, von da nach Russland (vgl. oben S. 44.) Viel unzweifelhafter als bei dem Contrabandehandel eines Neutralen muss hier behauptet werden, dass die unmittelbare Destination nicht allein entscheiden kann. Wer für eine kriegführende Macht den Transport von Kriegsmaterial übernimmt, tritt insoweit in die kriegführende Marine ein und es kann dabei keinen Unterschied machen, ob die transportirten Gegenstände in ein neutrales Land oder in das Kriegsgebiet gebracht werden sollen. Der Begriff der Zuführung wird überflüssig, sowie sich ein neutrales Fahrzeug dem Kriegführenden für Zwecke der Kriegführung zur Disposition stellt.

Kap. VI. Die Beförderung von Kriegsmannschaften.

Unter den Transportgegenständen, welche in hervorragender Weise unsere Aufmerksamkeit beanspruchen, stehen in erster Reihe die Kriegsmannschaften der Streitenden. Die Beförderung von Truppenabtheilungen auf dem ganzen Gebiete des Kriegstheaters, und dazu müssen wir auch die offene See bekanntlich rechnen, wird allgemein als eine flagrante Verletzung der Interessen des anderen Kriegführenden betrachtet. Kein Neutraler kann sich über diesen Grundsatz als eine Schmälerung seiner herkömmlichen friedlichen Verkehrsbeziehungen beschweren. Ein solcher Transportdienst ist nur ganz ausnahmsweise in friedlichen Zeiten Sache fremder Kauffahrteifahrer, und ebensowenig kann geleugnet werden, dass ein solches Sichzurdispositionstellen während eines Krieges einen Akt kriegerischer Unterstützung ausmacht. Es handelt sich dabei nicht nur um eine Verstärkung der im Besitz des Kriegführenden befindlichen Mittel zum Krieg, wie bei der Zuführung von Contrebande, sondern um ein unmittelbares kriegerisches Dienstleisten. Nehmen wir z. B. den vom amerikanischen Präsidenten in der citirten Botschaft angezogenen Fall, dass amerikanische Schiffe, als einer neutralen Macht angehörig, Truppen nach der Krimm beförderten oder die Verwundeten und Kranken der Kriegführenden von dem Kriegsschauplatz nach England und Frankreich gebracht haben. Schondiese Unterstützung muss als eine solche angese-

hen werden, welche etwaigen russischen Kriegsfahrzeugen das Recht zur Wegnahme und Confiscirung der so gebrauchten Schiffe gegeben hätte. Im letzten orientalischen Kriege, wo mit wenig Ausnahmen, Entscheidungen über das Recht der Contrebande nicht ergingen, wurde ein Bremer Schiff *Greta*, die frühere zur deutschen Flotte gehörige angebliche Fregatte „Deutschland“, an der das alte Unglück des Flottenhammers noch zu haften schien — von dem englischen Kriegsschiffe *Barracouta* aufgebracht und vom Prisengericht zu Hongkong im November 1855 condemnirt, weil es 270 schiffbrüchige russische Offiziere und Seemannschaft von einem japanischen Hafen nach Ajen einem russischen Hafen zu bringen versuchte. Aber die Entscheidung wäre auch keine andere gewesen, wenn die Bestimmung umgekehrt gelautet hätte. In dem vorliegenden Falle wurde die Anwendung der Condemnationsregel durch die Erwägung abzuwehren gesucht, dass die Russen als Schiffbrüchige hätten aufgenommen werden müssen, und wenn auch nach Beschaffenheit der Umstände auf diesen Einwand keine Rücksicht zu nehmen war, so darf doch sicher behauptet werden, dass ein an Bord Nehmen schiffbrüchiger Militairpersonen der Kriegführenden, wenn es aus Menschlichkeit geschieht, den Character eines Transportdienstes nicht hat.

Soll jedoch ein neutrales Schiff als im Transportdienst der Kriegführenden begriffen gelten, muss eine Bedingung erfüllt sein, die man nur zu häufig unbeachtet lässt. Das blosse Mitnehmen einzelner Soldaten neben gewöhnlichen Handelsgütern oder anderen Passagieren genügt ebensowenig, als das Verführen einiger weniger Stücke Contrebande schon das Contrebandiren darstellt. Zum Transportschiff wird das neutrale Fahrzeug erst dann, wenn die Beförderung feindlicher Soldaten seine ei-

gentliche Aufgabe ist. In diesem Fall kann aber auch schon eine geringe Zahl solcher Passagiere das Schiff zum kriegführenden im juristischen Sinn stempeln und zur Confiscation reif machen. Während im Allgemeinen die den Soldatentransport behandelnden Präcedenzfälle der Prisengerichte jenes massenhafte Befördern ins Auge fassen, z. B. der Fall *Friendship* (6 Robertson Admiralty Reports 420), *Commercen* (Wheaton Reports I. p. 382) geht die viel erwähnte Aeusserung Sir William Scott's über die Confiscabilität bei Beförderung einzelner weniger Personen offenbar nur auf den Fall, wenn diese Beförderung der eigentliche Zweck der Reise ist. „Es mag zweifelhaft sein, was die Zahl der Militairpersonen ist, deren Beförderung das neutrale Schiff der Strafe der Confiscation unterwirft, aber in Wahrheit ist die Zahl allein ein unbedeutender Umstand unter den Gründen, worauf dieser Rechtssatz beruht, da wenige Personen von hoher Stellung und Character wichtiger sein können, als eine viel grössere Anzahl Personen niederer Stellung; einen General auszusenden, kann ein verderblicherer Akt sein, als die Beförderung eines ganzen Regiments. (Auszug der Entscheidung „*Orozembo*“ in Robinson's Reports V. 6. p. 430. bei Wheaton §. 25 und Phillimore §. 272). Um noch dies anzuführen, entschuldigt nach anderen Urtheilen in einem solchen Falle sowie überhaupt im Kriegstransportdienst die Anwendung des Zwangs von Seiten des anderen Kriegführenden nicht. Der Gezwungene hat sich an den Zwingenden zu halten, der wegnehmende Staat confiscirt nichtsdestoweniger (die angeführten Fälle und die „*Carolina*“ bei Robinson 4, 256, bei Jacobsen, Seerecht 2ter Band S. 604). Wir discutiren hier die Rechtsgültigkeit dieses Prinzips nicht weiter, aber es liegt doch auf der Hand, dass es höchstens

in der von uns aufgestellten Beschränkung, wenn das ganze Schiff für den Transportdienst verwendet wird und darnach seine Reise einzurichten hat, vertheidigt werden kann. Ueber unsern vorliegenden Gegenstand des Beförderns von Militairpersonen der Kriegführenden enthält eine Reihe neuerer Verträge eine übereinstimmende Regelung, deren Untersuchung auf die allgemeinen Rechtsgrundsätze in dieser Materie ein weiteres Licht verbreiten kann. Schon 1785 und 1800 war resp. im art. 12 und 23 der zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Handelsverträge bestimmt worden, dass das Prinzip, wonach die Flagge der Neutralen auch die am Bord befindliche feindliche Sache mit Ausnahme der Contrebande decken solle, auch auf am Bord vorhandene Angehörige des andern Kriegführenden Anwendung zu finden habe: „elles ne pourront être enlevées des dits navires libres, à moins qu’elles ne soient militaires et actuellement au service de l’ennemi.“ Von da an haben beide Contrahenten sich für die Verbreitung dieses Grundsatzes in ausdrücklichen Vereinbarungen sehr thätig erwiesen. In den Handelsverträgen zwischen folgenden Staaten: Nordamerika und Brasilien vom 12. Dezember 1828, art. 12 (Martens, Nouveau Recueil IX. p. 60) Frankreich und Texas vom 25. September 1839, art. 4 (M. N. R. XII. p. 988), Frankreich und Venezuela vom 15. März 1843, art. 17 (Martens, Nouveau Recueil Général V. p. 170), Frankreich und Ecuador vom 6. Juni 1843, art. 16 (M. N. R. G. V. p. 409), Frankreich und Neugranada vom 28. October 1844, art. 20 (M. N. R. G. VII. p. 620), Nordamerika und Guatemala vom 3. März 1849, art. 14 (M. N. R. G. XIV. p. 308), Nordamerika und San Salvador vom 2. Juni 1850, art. 21 (M. N. R. G. XV. p. 73), Nordamerika und Peru vom 26. Juli 1851, art. 21 (M. N.

R. G. XVI. 1 p. 127), Frankreich und Honduras vom 22. Februar 1856, art. 16 (M. N. R. G. XVI. 2 p. 154), Frankreich und Neugranada vom 27. Januar 1857, art. 20 (M. N. R. G. XVI. 2 p. 166), Frankreich und San Salvador vom 2. Januar 1858, art. 19 (M. N. R. G. XVI. 2 p. 177) heisst es in den von Frankreich abgeschlossenen „Les deux Hautes Parties contractantes adoptent dans leur relations mutuelles le principe, „que le pavillon couvre la marchandise.“ Si l'une des Parties reste neutre, dans le cas, ou l'autre viendrait à être en guerre avec quelque puissance, les marchandises couvertes du pavillon neutre seront aussi réputées neutres, même quand elles appartiendraient aux ennemies de l'autre Partie contractante. Il est également convenu, que la liberté du pavillon s'étend aux individus, qui seraient trouvés à bord des bâtiments neutres, à moins qu'ils ne soient militaires, et alors engagés au service de l'ennemi.“ Die nord-amerikanische Fassung ist wie folgt: „It is agreed that free ships shall give freedom to goods and that everything shall be deemed free which shall be found on board the vessels belonging to the citizens of either of the contracting parties, although the whole lading or a part thereof should belong to the enemies of either, articles contraband of war being always excepted. The same liberty shall be extended to persons who may be on board a free ships, with this effect that although they be enemies of both or either party they are not to be taken out of that free ship unless they are officers or soldiers and in the actual service of the enemy.“ Auch hier ist offenbar etwas Anderes gemeint als ein förmlicher Transportdienst für den Feind, worauf Confiscation des Schiffes steht. Wir dürfen daher mit Zuversicht

schliessen, dass zwar das Befördern von einzelnen militairischen Angehörigen der kriegführenden Staaten unter Umständen zum Transportdienst werden kann, dass es diess aber nicht ist, wenn nicht die Beförderung solcher Personen die eigentliche Aufgabe des Schiffes ausmacht. Ein absolutes Erforderniss ist dabei nicht der Umstand, dass die Fahrt unmittelbar von einem Theile des Kriegsgebietes auf einen anderen gehe; wohl aber, dass die also beförderten Personen dem aktiven Militairstande angehören. Ueber den Versuch einiger deutschen Controversialisten „officers“ in den gedachten Verträgen als Beamte überhaupt zu erklären, würde selbst der Nordamerikaner lachen, ganz abgesehen davon, dass zwischen England und Amerika ein ähnliche Bestimmungen enthaltender Vertrag nicht vorhanden ist.

Dagegen ist behauptet worden, dass wenn auch nach allgemeinem Völkerrecht nur Militärpersonen nicht befördert werden dürften, doch England früher besonders gegen Amerika das Recht beansprucht habe, seine eigenen Unterthanen von nordamerikanischen Schiffen auszuheben, allein diess hat mit der vorliegenden Sache keinen Zusammenhang, da es sich hier um das Verhalten gegen Angehörige des Feindes handelt. Auch ward jenes angebliche Recht, dem Amerika sich mannhaft widersetzte, und wofür es sogar in den Krieg eintrat, doch nur gegen frühere Angehörige der englischen Marine, welche zu den besser zahlenden Amerikanern desertirt waren, angewendet, wie es denn in der That die Geltendmachung eines staatshoheitlichen Akts am Bord eines fremden Schiffes war, dessen absolute Unzulässigkeit schon oben in der Beurtheilung des Trentfalls vom Standpunkte des Friedens nachgewiesen worden ist. Uebrigens ist es ein durchaus falscher Gedanke,

es könne eine Ungerechtigkeit, welche vor 50 Jahren begangen ist, nach deren Begehung Krieg und Frieden zwischen den betheiligten Staaten vorgekommen sind, noch immer den Rechtsgrund oder auch nur eine Entschuldigung für ein späteres gleichartiges Handeln von der andern Seite nach dem Prinzip der Talion oder Retorsion abgeben. Nicht was früher faktisch sich ereignete, sondern was jetzt Rechtens ist, muss die Richtschnur für das heutige Handeln sein. Bei der Untersuchung was jetzt Rechtens ist, behalten dagegen wirkliche Präcedenzfälle, d. h. als Recht früher allgemein anerkannte Entscheidungen ihren unmittelbaren Werth. Mit dieser Verwahrung gehen wir an die Erörterung eines angeblichen Präcedenzfalls, der England von der Beschwerde über das Verfahren des Capitain Wilkes präcludiren soll. Man sagt, Lucian Bonaparte sei 1810 von den Engländern an Bord eines neutralen Schiffes gefangen genommen und nach Malta gebracht worden, obgleich er Nichtmilitair gewesen. Allerdings wurde Lucian Bonaparte zur Zeit der vollen Blüthe des Continentalsystems und des allgemeinen Embargo für alle Schiffe in französischen und italienischen Häfen durch die Vermittlung Murat's Königs von Neapel in Civita Vecchia mit seiner Familie von einem amerikanischen Schiffe, welches Murat charterte, aufgenommen, allein Unwetter trieb das Fahrzeug in den Hafen von Cagliari unter der Botmässigkeit des mit Frankreich und Neapel im Krieg befindlichen Königs von Sardinien, welcher mit England verbündet war. Hier im Hafen eines kriegerischen Verbündeten, wo das neutrale Schiff den Character der Neutralität insoweit er Unantastbarkeit auf offner See bedeutet, verlor, traf die englische Fregatte *Pomona*, Capitain Baim, das Schiff, welches als einzige Aufgabe den Transport von Fami-

liengliedern der feindlichen Dynasten hatte. Unter Mitwissen und Zustimmung des Königs von Sardinien als Territorialherren wurden Schiff und Passagiere von den Engländern nach Malta geführt. So wenig es bezweifelt werden kann, dass der König von Sardinien das Recht hatte, den in seinem Gebiet befindlichen Lucian Bonaparte festzuhalten, eben so gewiss hatte er auch das Recht, diese Handlung seinen Verbündeten zu gestatten. Auch dieser Vorfall ist daher keineswegs geeignet, einen angeblichen Rechtssatz dahin zu begründen, dass nichtmilitairische Staatsangehörige des Feindes an Bord eines auf offener See befindlichen neutralen Schiffes der kriegerischen Wegnahme unterliegen, und das betreffende Schiff sich eines völkerrechtswidrigen Transports schuldig macht.

Hat England sich in dem soeben besprochenen Falle keineswegs von der allgemein anerkannten Rechtsregel entfernt, so muss dasselbe für einen anderen, in der Discussion gewöhnlich, nach Hörensagen angeführten Rechtsfall, den des Schiffes „Orozembo“ behauptet werden. Auf diesem neutralen Fahrzeug befanden sich als ein eigentlicher Transportgegenstand Militärmannschaften und Civilbeamte, bestimmt für eine feindliche Colonie. Das Schiff ward aufgebracht und condemnirt (6 Robinsons Reports 430), Sir William Scott entschied: „Der Grund, auf welchen hin ich diesen Fall entscheide ist, dass der Transport von Militairpersonen nach einer Colonie des Feindes, welche in denselben militärische Functionen ausüben sollen, zur Verurtheilung führt.“ Betreffs der Personen vom Civil sei es nicht nöthig zu entscheiden, ob der Grundsatz auf sie allein Anwendung finden würde, wenn er auch nicht abgeneigt scheint, unter ganz bestimmten Voraussetzungen die Frage zu bejahen. Diese lose hingeworfene Aeusserung

ohne jede juridische Fixirung haben einzelne Stimmen in der Discussion so missverstanden, als wenn in dem „Orozembo“-Falle wirklich ein Schiff wegen Transports von Nichtmilitärpersonen condemnirt worden sei. Wie man gesehen, ist auch hier von einem Präcedenzfall der Art keine Rede. —

Kap. VII. Die Beförderung von Depeschen.

Eine zweite Form des Transportdienstes für die Kriegführenden ist die Beförderung von Depeschen für dieselben. Auch dieser Fall pflegt im Allgemeinen in den Verträgen nicht erwähnt zu werden. Dagegen ist er in dem orientalischen Kriege von den Kriegführenden als ein völkerrechtswidriges Handeln der Neutralen hervorgehoben worden. Englische Order in Council vom 15. April 1854: „It is impossible for Her Majesty to forego the exercise of her rights of seizing articles contraband of war, and of preventing neutrals from bearing the enemy's dispatches u. s. w. Ebenso die französische Declaration von demselben Datum: „d'empêcher les neutres de transporter les dépêches de l'ennemi.“ In gleicher Weise haben sich auch damals einzelne der neutralbleibenden Regierungen in ihren Neutralitätsordnungen ausgesprochen, z. B. preussische Bekanntmachung vom 22. April 1854 „diesseitigen Schiffen, welche einer der kriegführenden Mächte Kriegscontrabande zuführen oder Depeschen derselben befördern „schwedische vom 8. April 1854 §. 6 „Il est interdit à tous Capitaines Suédois, de se laisser employer, avec le bâtiment, qu'il conduit, à transporter pour aucune des Puissances belligérantes, des dépêches, des troupes ou des munitions de guerre.“ Die näheren Bestimmungen jedoch, was für ein Handeln als eine Beförderung von Depeschen in diesem Sinne zu verstehen sei, sind weder in den Verträgen, noch

in den vorgekommenen Entscheidungen des letzten Seekriegs gegeben; wir sind in dieser Hinsicht wieder auf die allgemeinen völkerrechtlichen Grundregeln, wie sie in den Werken der Schriftsteller erscheinen, und die Entscheidungen der älteren Prisengerichtsfälle, vor Allem wieder auf die Autorität Sir William Scott's angewiesen. Nach diesen Quellen ist allerdings das Uebernehmen der Depeschenbeförderung (und unter diesen Depeschen werden kriegsrische, sich auf die Kriegsführung beziehende Mittheilungen von Seiten der Regierung oder Regierungsorgane der Kriegführenden an einander verstanden) zwischen den Gebietstheilen derselben und nach der früher erwähnten Ausdehnung, auch für ein etwa im neutralen Hafen liegendes Geschwader, eine höchst feindselige Handlung, welche das betreffende Schiff der Aufbringung und Condemnation unterwirft; aber eine Depeschenübermittlung zwischen dem einen kriegführenden Staat und seinen in neutralen Gebieten accreditirten Vertretern, oder unmittelbar für die Regierungen neutraler Staaten ist nicht völkerrechtlich verboten. Der Grund liegt klar vor. Ein solches Dienstleisten ist nur ein Mittel des friedlichen Verkehrs zwischen Neutralen und Kriegführenden; durch ein solches Handeln wird keine kriegerische Unterstützung gewährt. Von den englischen Entscheidungen sind für diesen Gegenstand massgebend die *Atalanta* 6, Robinson Reports 460, *Carolina* 6, Robinson 465, Madison, Edward's Reports p. 224. Die *Atalanta* ein Bremer Schiff wurde condemnirt, weil sie Depeschen von dem französischen, also feindlichen Gouverneur von Isle de France an den französischen Marineminister an Bord hatte; die *Carolina* mit Depeschen des französischen Gesandten in Washington, d. h. im für die französische Regierung neutralen Lande freigege-

ben. Die in diesen Urtheilen ausgesprochenen Grundsätze sind bei Phillimore nachstehender Maassen recapitulirt: (Commentaries upon Intern. Law. §. 223 — 224), „Amtliche Mittheilungen (dieser Ausdruck ist nach richtiger Ansicht zu allgemein) von einer Amtsperson über die öffentlichen Angelegenheiten der kriegführenden Regierung sind solche Depeschen, welche den Ueberbringern derselben den feindlichen Charakter aufdrücken. In den gewöhnlichen Fällen von Contrebande wird die Menge des geladenen Artikels ein materieller Umstand sein, aber die kleinste Depesche kann hinreichen, das Kriegsglück zum Vorthail eines Kriegführenden zu wenden. Die Strafe ist Confiscation des Schiffs und ob continentiam delicti der Ladung, wenn beide Gegenstände denselben Eigenthümer haben. Die Vertreter des Schiffes, an dessen Bord solche Depeschen gefunden wurden, können sich zwar von dem Verdacht, an der Sache Antheil genommen, und davon Wissenschaft gehabt zu haben, befreien. Aber es besteht eine starke Präsumpcion gegen die Unkenntniss des Capitains, und wenn er wissentlich ein Paquet oder einen Brief für einen Beamten einer kriegführenden Regierung an Bord genommen hat (hier wäre einzuschieben: im Lande der Kriegführenden) wird ihm nur in ganz äussersten Fällen der Einwand etwas nützen, den Inhalt nicht gekannt zu haben. Sein Regress geht gegen die Personen, deren Agent er war. Eine Ausnahme von dieser Regel ist es, wenn Gesandte eines Kriegführenden Depeschen aus neutralem Gebiet an ihre Regierung senden. Hier muss auch Rücksicht auf die Interessen der neutralen Regierungen genommen werden, welche eine Fortsetzung der Verbindung mit dem anderen kriegführenden Lande erheischen können. Die völlige Absperrung des

feindlichen Gesandten im neutralen Gebiet, würde seine Stellung so gut wie unmöglich machen.“ Ebenso sind Mittheilungen der feindlichen Regierung für ihre Consuln im neutralen Gebiet nicht Contrebande, sie müssten sich denn unmittelbar auf den Krieg beziehen. Heffter hat im §. 157a. seines Europäischen Völkerrechts mit Unrecht nur die Depeschen der Consuln als Ausnahme von dem Verbot der Depeschenbeförderung bezeichnet. Ortolan in seiner *Diplomatie de la mer* tom. II. p. 218 äussert sich folgender Maassen „Les raisonnements qui servent d'appui à la règle générale ne sont point applicables aux transports des dépêches diplomatiques d'un ambassadeur ou autre ministre public de l'ennemi en résidence dans un pays neutre. Les dépêches ne sont qu'un instrument des relations pacifiques entre les gouvernements neutres et les gouvernements belligerants; or la guerre ne devant pas interrompre ces relations, doit laisser libres les dépêches, qui y servent.“ Aus dem hier entscheidenden Gesichtspunkt geht aber hervor, dass auch die Depeschen von der kriegführenden Macht an ihre bei neutralen Staaten accreditirten Vertreter von neutralen Schiffen ohne Verletzung ihrer Neutralität befördert werden können. Blosser Mittheilung von einer Seite wäre keine Erfüllung des Bedürfnisses der neutralen Regierungen. In der Entscheidung Sir William Scott's im Fall der *Carolina* ist diess auch ausdrücklich hervorgehoben. Darüber, wann Depeschen wirklich den Charakter annehmen, sich auf den Krieg zu beziehen, kann im einzelnen Falle gestritten werden, aber von der Forderung, dass nur solche, welche wirklich diesen Character tragen, unter den Begriff des völkerrechtlich illegalen Transports kommen, kann und darf eine unparteiische Entscheidung nicht abgehen. Die

Grundsätze, welche Wheaton sowohl in Betreff der Regel als ihrer Ausnahmen aufstellt, sind, wie bei Phillimore nur ein Citat aus Sir William Scott's Entscheidungen, so dass ihre besondere Anführung unnöthig ist, (Wheaton l. c. §. 25), nur bezeichnet dieser mit Recht das betreffende Delict als „le transport frauduleux des dépêches,“ wodurch die zu weit gehende Präsumpcion der Schuld wenigstens in Etwas beschränkt zu werden scheint.

Kap. VIII. Gesandte Kriegführender am Bord neutraler Schiffe.

Man hat in Anknüpfung an den Trentfall endlich noch als eine Form des verbotenen Transportverkehrs in neutralen Schiffen die Beförderung von Gesandten der Kriegführenden aufgestellt. Auch hier haben wir als angebliche Beweise des Rechtsgrundsatzes, sowol die Aeusserungen von Völkerrechtsschriftstellern als auch Entscheidungen der Prisengerichte vor uns. In ersterer Hinsicht wird Vattel angeführt, allein dabei liegt ein offenes Missverständniss vor. An der angezogenen Stelle Liv. IV. §. 85 spricht er von der Stellung der Gesandten in Kriegszeiten, und was er behauptet, ist, dass sie dem anderen Kriegführenden gegenüber ihre internationalen Vorrechte verlieren und gleich anderen Angehörigen des Gegners zu behandeln sind. Nachdem in §. 84 von dem Recht der Gesandten auf respectvolle Behandlung in Friedenszeiten auch in den Territorien von dritten Staaten, bei denen sie nicht accreditirt sind, gehandelt ist, fährt der §. 85 fort: „Was wir so eben gesagt haben, geht die Nationen an, welche Frieden mit einander haben. Wenn man im Kriege ist, ist man nicht mehr verpflichtet, dem Feinde den freien Genuss seiner Rechte zu lassen; im Gegentheil man kann ihn derselben berauben, um ihn zu schwächen und zu zwingen, vernünftige Bedingungen anzuneh-

men. Man kann auch seine Leute angreifen und festnehmen, überall wo man das Recht hat, Akte der Feindseligkeit zu üben. Nicht allein kann man daher den Durchzug solcher Gesandten, welche der Feind an andere Souveraine schickt, verweigern; man verhaftet sie sogar, wenn sie sich unterfangen, heimlich und ohne Erlaubniss durch die Gebiete, worüber man Herr ist, zu passiren. Der letzte Krieg bietet dafür ein bedeutendes Beispiel. Ein französischer Gesandter (de Belle-Isle) auf der Reise nach Berlin, gerieth durch Unvorsichtigkeit seiner Führer in einen Ort des Kurfürstenthums Hannover, dessen Souverain der König von England mit Frankreich im Kriege war. Er wurde festgenommen und später nach England gebracht. Weder der französische noch preussische Hof beschwerten sich über den König von England, der nur sein Recht des Kriegs gebraucht hatte.“ Von einer Wegnahme eines Gesandten von einem neutralen Gebiet oder einem neutralen Schiffe ist hier gar keine Rede. Lord Stowell, der sich in dem Fall der *Carolina* in seinen Motiven auf diese Stelle Vattel's bezieht, die er zum Theil wörtlich anführt, sagt auch nur, dass man den Gesandten auf seiner Reise nach dem neutralen Staat, wenn er sich entweder auf unserem oder feindlichem Gebiet, oder auf den diesen gleichzuachtenden feindlichen Schiffen von uns betreten lässt, festnehmen kann, dass er aber, wenn er einmal seine Bestimmung erreicht hat, als Vermittler zwischen der neutralen Macht und unseren Gegnern gewisse Vorrechte des Verkehrs (vgl. den vorstehenden §.) erhält. Die wirkliche Aeusserung lautet: „Die Grenzen, welche Vattel und andere Autoren den Kriegsoperationen gegen Gesandte geben, sind, dass wir unser Kriegsrecht da gegen sie üben können, wo der Character der Hostilität vorhanden ist. Wir dürfen einen

Gesandten des Feindes auf seiner Reise anhalten, aber wenn er angekommen ist, die Functionen übernommen hat und in seinem Repräsentativcharacter angenommen ist, wird er eine Art Vermittler, zu besonderen Vorzügen berechtigt.“ Man sieht, dass hier durchaus nur der Gedankengang Vattel's wiedergegeben ist. Der Gesandte des Gegners ist auf seiner Reise nicht um dieses Auftrags willen privilegiert, er ist aber auch nicht schlechter gestellt als jeder andere Landesangehörige des Feindes. Nur so weit diese, in nichtmilitairischer Stellung befindlich, angehalten werden können, kann es auch der Gesandte. Und wenn etwas feststeht, ist es das Princip, dass feindliche, nichtmilitairische Staatsangehörige am Bord neutraler Schiffe der Gefangennehmung durch den anderen Kriegführenden nicht unterliegen. Mit dem angeblichen Präcedenzfalle steht es noch schlechter als mit den Autoritäten. Man hat ein Beispiel aus der englischen Praxis herbeigezogen, um darzuthun, dass England früher Gesandte am Bord neutraler Schiffe festgenommen, und die betreffenden Fahrzeuge als in einer völkerrechtswidrigen Expedition begriffen, condemnirt habe. Es betrifft dieses die Verhaftung des Ex-Präsidenten des amerikanischen Congresses Henry Laurens im Jahre 1780 durch ein englisches Kriegsschiff. Dass er sich damals als Commissioner oder bestimmter Unterhändler für die Niederlande auf der Reise befunden, ergab sich aus seinen Papieren, namentlich einem bis auf die Unterschriften ausgefertigten Vertrage zwischen Holland und den Vereinigten Staaten. Alles scheint auf den Trentfall zu passen. Nur haben die Herrn Everett und George Sumner, in Boston sehr hohe juristische und diplomatische Autoritäten, welche diesen angeblichen Präcedenzfall zuerst anführten, den entscheidenden Umstand übersehen,

dass *Laurens* am Bord des nordamerikanischen Paquetschiffes *Mercury* — und nicht wie sie behaupten, am Bord eines neutralen holländischen Schiffes, von der englischen Fregatte *Vestal* am 3. September 1780 angetroffen und mit dem Schiffe aufgebracht wurde. Wenn *Mason* und *Slidell* sich auf einem Schiffe unter conföderirter Flagge befunden hätten, würde es Niemanden eingefallen sein, die Rechtmässigkeit der Gefangennehmung zu bestreiten. Für den Grundsatz, dass ein feindlicher Gesandter am Bord eines neutralen Schiffes der Festnehmung unterliegt, folgt aber aus dem Verhalten gegen *Laurens* gar nichts. Die Beweise für den so berichtigten Thatbestand befinden sich in *Sparks Diplomatic Correspondence* vol. 2. p. 458. *Annual Register* 1780 vol. 23. p. 461. *Lord Mahon's History of England* vol. VII. p. 80. *Martens Nouvelles Causes célèbres* tom. 1. p. 173. „Peu de temps après un brick américaine se rendait de Philadelphie à Amsterdam et qui avait à bord l'ancien président des États-Unis *M. Laurens*, fut pris par les Anglais.“ Bericht des Rear-Admirals *Edwards* in *Almons Remembrancer* 1780 p. 266 „Captain *Keppel* in the *Vestal* and Captain *Berkeley* in the *Fairy* arrived with the *Mercury* packet from Philadelphia, on board of which was the Hon. *Henry Laurens* late President of Congress.“ In der Prisenliste heisst es unterm 3. September 1780 „By the *Vestal* and *Fairy*, brig *Mercury*, Congress Packet, 60 Tons. 4 guns. 14 men, from Philadelphia.“ Sonach befand sich *Laurens* sogar in einem bewaffneten Schiffe der kriegführenden oder wie die Engländer sie damals noch nannten (ähnlich wie der *Norden* jetzt den Süden von den Vereinigten Staaten) rebellischer Gegner Englands.

Kap. IX. Das Völkerrecht nach Captain Wilkes.

Nachdem wir bis hierher an der Hand der grossen Autoritäten der Völkerrechtswissenschaft, nach den anerkannten Schriftstellern, den Entscheidungen der Gerichte und den Resultaten des Herkommens die Hauptsätze des gültigen Völkerrechts im Kriege, soweit sie für die Entscheidung des Trentfalls maassgebend sein können, und zwar zunächst noch ohne jede Berücksichtigung der durch veränderte Umstände nothwendig bedingten Veränderungen, aufgestellt haben, muss es nur billig erscheinen, vor ihrer Anwendung auf den kritischen Fall die Verantwortung des Haupthandelnden in dieser *cause célèbre* zu vernehmen. Sie liegt in dem Bericht vor, welchen Capt. Wilkes an das Marineministerium der Vereinigten Staaten einsandte und muss diese Behörde überzeugt haben, da sie in ihrem Jahresbericht an den Congress die Handlungsweise des *San Jacinto*, soweit sie gewaltthätig war, vollkommen gutheisst und nur an der später zu erörternden formellen Seite des Vorgangs etwas zu tadeln findet. (Report of the Navy Department 1861. „Captain Charles Wilkes, in command of the *San Jacinto*, while searching in the West Indies for the *Sumter*, received information, that James M. Mason and John Slidell, disloyal citizens and leading conspirators, were with their suite to embark from Havannah in the English steamer *Trent*, on their way to Europe to pro-

mote the cause of the insurgents. Cruising in the Bahama Channel he intercepted the Trent on the 8th of November and took from her these dangerous men, whom he brought to the United States. The prompt and decisive action of Capt. Wilkes on this occasion merited and received the emphatic approval of the department u. s. w.) Der Bericht des Capt. Wilkes, datirt „Vereinigtes Staateschiff San Jacinto, auf offner See den 16. Nov.“ lautet, wie folgt: „In meiner Depesche überbracht durch Commander Taylor beschränkte ich mich auf die Berichte über die Operationen des Schiffes und die Thatsachen, betreffend die Verhaftung des Herrn Mason, Slidell, Eustis und Macferland, da ich beabsichtigte, Ihnen noch besonders über die Gründe zu schreiben, welche mich veranlasst, diese Personen zu Gefangenen zu machen. Als ich zu Cienfuegos an der Südküste von Cuba vernahm, dass diese Commissäre auf Cuba gelandet wären, sich zu Havannah befänden und mit dem englischen Dampfschiff am 7. Nov. abreisen wollten, beschloss ich, sie abzufangen, und untersuchte sorgfältig alle Autoritäten über internationales Recht, die mir zugänglich waren, nämlich Kent, Wheaton, Vattel und verschiedene Urtheile von Sir William Scott und anderen Richtern des Admiraltätsgerichts von Grossbritannien, welche sich auf die Rechte und Verpflichtungen der Neutralen bezogen. Da die Regierungen von Grossbritannien, Frankreich und Spanien Proklamationen erlassen hatten, wonach die conföderirten Staaten als Kriegführende behandelt und betrachtet wurden, und ich wusste, dass die Häfen von Grossbritannien, Frankreich, Spanien und Holland in Westindien ihren Schiffen offen standen, und dass sie alle Freundlichkeit und Beschirmung wie die Schiffe der Vereinigten Staaten genossen, indem

man ihnen jede Hülfe und Unterstützung gewährte, war es klar bewiesen, dass sie nach jener Auffassung und Entscheidung handelten und sich unter das völkerrechtliche Durchsuchungsrecht und seine Verantwortlichkeit brachten. Ich trug daher kein Bedenken, alle Schiffe von den verschiedenen Nationen zu borden und zu durchsuchen und habe demgemäss gehandelt. Die Frage warf sich bei mir auf, ob ich das Recht hätte, diese Commissäre gefangen zu nehmen. Ohne Zweifel hatte ich das Recht, Schiffe mit geschriebenen Depeschen wegzunehmen; alle Autoritäten gehen ausdrücklich darauf, indem sie das Schiff der Aufbringung und Condemnation unterwerfen, wenn der Capitain des Schiffes von ihrer Anwesenheit am Bord Kenntniss hatte; aber diese Herren waren nicht Depeschen im wörtlichen Sinne, schienen nicht unter diese Bezeichnung zu fallen, und nirgends konnte ich einen zutreffenden Präcedenzfall finden. Nach ihrem eignen Geständniss hatte ich Vollbeweis, dass sie Commissäre waren und erpicht auf verderbliche und hochverrätherische Anschläge gegen unser Vaterland, seine Institutionen zu zerstören und mit fremden Staaten in Verträge und Allianzen einzutreten, was die Constitution ausdrücklich verbietet. Sie waren dem Generalcapitain von Cuba durch den englischen General-Consul vorgestellt worden, aber der Generalcapitain sagte mir, dass er sie nicht in jener Eigenschaft, sondern als ausgezeichnete Fremde empfangen habe. Ich betrachtete sie darauf als die Verkörperung von Depeschen und da sie sich offen als mit voller Autorität der conföderirten Regierung bekleidet erklärt hatten, die Begründung ihrer Unabhängigkeit bezweckende Verträge abzuschliessen, überzeugte ich mich, dass ihre Mission gegnerisch und verbrecherisch gegen die Vereinigten Staaten sei, und es wurde somit

meine Pflicht, ihre Weiterreise zu hindern und sie gefangen zu nehmen, im Fall sie keine Pässe oder Papiere von der Vereinigten Staaten Regierung hätten, nach dem Völkerrechtssatz: „dass Gesandte eines Kriegführenden an Bord neutraler Schiffe, um passiren zu dürfen, Papiere vom anderen Kriegführenden haben müssen.“ Wie es hiess und sie geltend machten, waren sie Gesandte für England und Frankreich, aber insofern sie von diesen Mächten noch nicht empfangen waren, nahm ich nicht an, dass sie Immunität ihrer Personen besassen, sondern nur entflohene Verschwörer seien, welche den Umsturz der Vereinigten Staaten bezweckten, und dass sie desshalb nicht als berechtigt auf die Immunitäten des Characters erschienen, den sich beizulegen sie für gut befunden. Was das Schiff betrifft, welches sie bestiegen, erfuhr ich in der Havannah, dass es ein Handelsschiff sei, welches zwischen Veracruz, Havannah und St. Thomas fuhr und die Post contractweise besorgte. Der Agent des Schiffes, der Sohn des englischen Consuls in Havannah kannte den Character dieser Personen und wusste, dass sie ihre Passage auf dem Schiffe nahmen und an Bord kommen würden; sein Vater soll sie besucht und als Gesandte der conföderirten Staaten auf dem Wege nach England und Frankreich vorgestellt haben. Sie gingen mit dem Dampfschiffe mit Wissen und Willen des Capitains, der sie später zu verbergen suchte, indem er sich weigerte, die Passagierliste und die Schiffspapiere vorzulegen. Ohne Zweifel wusste er, dass sie sehr wichtige Depeschen bei sich hatten und mit für die Vereinigten Staaten feindlichen Instructionen versehen waren. Diess machte sein Schiff, ein neutrales, zur guten Prise, und ich beschloss, davon Besitz zu ergreifen und, wie ich in meinem Rapport erwähnte, es nach Key West zur Ab-

urtheilung zu senden, wo, wie ich überzeugt war, es verurtheilt worden wäre, wegen Beförderung dieser Personen und Widerstands gegen die Durchsuchung; die Ladung war auch confiscabel, da alle Verlader die Einschiffung dieser lebendigen Depeschen und ihre verrätherischen Motive und Handlungen gegen die Vereinigten Staaten kannten. Ich unterliess es jedoch das Schiff aufzubringen, weil ich an Offizieren und Mannschaft sehr reduzirt war und wegen der Störung, welche dieses unschuldigen Personen verursacht haben würde, da viele Passagiere den Anschluss des Dampfschiffes nach Europa verfehlt hätten. Ich beschloss desshalb, den Antheil meiner Offiziere und Mannschaft an der Prise zu opfern, und liess das Dampfschiff nach dem nothwendigen Aufenthalt zur Herüberbringung der Commissäre weiter fahren, in Betracht, dass ich meinen Hauptzweck erreicht, welcher die Interessen unseres Landes betraf und die Aktion des der Conföderirten unterbrach. Ich möchte noch hinzufügen, dass das Benehmen der Unterthanen Ihrer britischen Majestät sowohl der Beamten als der andern, nur wenig Rücksichtnahme oder Botmässigkeit gegen die königl. Proklamation verrieth, indem sie die Absichten der Commissioners unterstützten („aiding and abetting“ ist der technische Ausdruck für den verbrecherischen Gehülfen, socius criminis) und sie selbst zu verbergen suchten. Ich habe genügende Gründe aufgeführt, zu beweisen, dass meine Handlungsweise in diesem Fall aus einer festen Ueberzeugung entsprang, es sei meine Pflicht, diese Leute zu Gefangenen zu machen und sie nach den Vereinigten Staaten zu bringen. Obgleich ich durch das Losgeben dieser werthvollen Prise Offiziere und Mannschaft einer wohlverdienten Belohnung beraubte, habe ich doch die Gewissheit, dass sie ganz damit einverstanden sind, alle

Vortheile daran zu geben, welche ihnen sonst unter diesen Umständen zugekommen wären. Ich möchte noch hinzufügen, dass ich dafür die Verantwortlichkeit übernommen habe, und willens bin, die Folgen davon auf mich kommen zu lassen.

Ich bin sehr ergeben

Charles Wilkes.“

Hon. Gideon Welles,

Secretary of the Navy.

Obgleich die „lebendigen Depeschen“ der Hauptstützpunkt dieser Deduction sind, kann sich auch Capitain Wilkes nicht enthalten, den Standpunkt der Staatshoheit und des Staatsverbrechens hineinzumischen. Dass das Eine das Andere ausschliesst, wird ausserhalb Amerika nirgend mehr bezweifelt werden. Alle Argumente, welche aus der angeblichen Verbrecherqualität der Gefangenen hergeleitet werden, müssen einfach als beseitigt gelten, wenn man es unternimmt, wie es im Nachfolgenden geschehen soll, die Handlungsweise des Capitain Wilkes in ihrer materiellen Begründung zu prüfen.

Kap. X. Rechtliche Beurtheilung der materiellen Fragen.

Die erste Frage wird hier die sein: Waren in der Person der Herren Mason und Slidell Contrebandeartikel an Bord des Trent? Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass sie zwei Nichtmilitairpersonen am Bord eines von einem neutralen Hafen nach einem andern neutralen Hafen fahrenden Schiffes, mit der eignen Destination für die neutralen Länder Europas waren, und wie wir annehmen können, dort in officieller oder inofficieller Weise die Interessen des Gemeinwesens der Confederate States vertreten sollten, so ist es schon auf den ersten Blick klar, dass sie im gewöhnlichen Sinne des Worts nicht zur Contrebande gehörten. Sie waren keine im neutralen Eigenthum stehende Güter, bestimmt dem Feinde zugeführt zu werden, und zu solchen Artikeln gehörend, welche nach Völkerrecht unter diesen Umständen der Neutrale nicht zuführen darf. Mit einer Leichtfertigkeit ohne Gleichen hat man so argumentirt: Da die Herren Mason und Slidell durch ihr Wirken in Europa den Vereinigten Staaten vielleicht verderblicher werden konnten, als eine Batterie oder ein Detachement Soldaten, sind sie Contrebande. Auch wenn eine so ehrwürdige militairische Autorität wie der General Scott (in seinem von Paris aus veröffentlichten Briefe in der *Independance belge* vom 6. Dec. 1861) ein solches Argument vorbringt, muss mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, dass nicht

das subjective Meinen des einen Kriegführenden, was ihm schädlich sein kann oder nicht, sondern Vertrag und Herkommen die durch den Begriff Contrebande dargestellten Beschränkungen des neutralen Verkehrs bestimmen. Wenn es dort heisst: „S'ils étaient comme toutes les autorités s'unissent à l'admettre, des agents de la rebellion, il sera difficile de convaincre les esprits impartiaux, qu'ils étaient de la contrebande de guerre à un moindre degré qu'une troupe de soldats rebelles ou une batterie de canons hostiles“, so ist die einfache Antwort die: eine Sache ist nicht mehr oder minder Contrebande, sondern sie ist es oder ist es nicht, und im letzteren Falle befinden sich die betreffenden Personen.

Legen wir die Regel des geltenden Rechts weiter an die Frage, ob — von der Zuführung, dem Essentiale der eigentlichen Contrebande im Eigenthum des Neutralen abgesehen — die gedachten Passagiere nicht als feindliches Gut angesehen werden konnten, so ist daran zu erinnern, dass nach der oben S. 29 angezogenen Erklärung der amerikanischen Regierung „frei Schiff, frei Gut“ auch da machen soll, wo keine ausdrücklichen Verträge des Inhalts abgeschlossen sind, und dass namentlich auch für England dieser Grundsatz ausgesprochen ist. Wir würden daher, einmal angenommen, dass man die Herren als Güter ansehen dürfte (es wäre diess ja nur eine Analogie der „lebendigen Depeschen“, wovon Capitain Wilkes redet, und eine Art Talion für die Herren Mason und Slidell als Sklavenbesitzer, denen der Neger ein „chattel“ eine Sache ist) auch hier zu dem Resultate kommen, dass diese feindlichen „sich selbst im Eigenthum habenden“ Güter durch die englische Flagge gleich neutralen Gütern gegen die Wegnahme des Gegners gesichert waren. Es ist dabei

ganz gleichgültig, ob man von der Ansicht ausgeht, dass solche Gegenstände, welche von einem Neutralen zugeführt, Contrebande sein würden, auch ohne die Zuführung bloss wegen der Eigenschaft feindlichen Eigenthums jenen Schutz durch die neutrale Flagge verlieren, oder nach der von uns vertretenen Rechtsanschauung auch hier nur auf Zuführung oder Nichtzuführung sieht (vgl. oben S. 38). Da die Commissioners absolut keine Contrebande sind, können sie auch nicht als feindliches Gut unter neutraler Flagge der Captur ausgesetzt sein.

Wir brauchen uns nicht bei dem Beweise aufzuhalten, dass die fraglichen Herren keine Kriegsschiffe sind, dass der Capitain des Trent sie nicht als solche den südlichen Staaten zuführen wollte. Ebenso wenig wird man behaupten wollen, dass sie, wie etwa Material für eine Fremdenlegion von neutralen Häfen durch ein neutrales Schiff, sei es auch über ein neutrales Gebiet als Etappe, auf den Kriegsschauplatz dem Präsidenten der Secessionisten Jefferson Davis zugebracht werden sollten. Gegenüber dem allgemeinen sogenannten gesunden Menschenverstandsraisonnement — *dolus latet in generalibus* — war diese ins Einzelne gehende Prüfung aller rechtlichen Möglichkeiten gewiss am Platze; nach der Theorie von den „lebendigen Depeschen“ liess sich keine noch so weit hergeholte Analogie einfach mit Stillschweigen übergehen. Wir haben jetzt den Boden so weit geebnet, dass sich die ernsteren Fragen ergeben, zunächst:

Ob die Beförderung der Herren Mason u. s. w. von Seiten des Trent ein Verstoss gegen die allgemeinen Völkerrechtsnormen in Betreff des Transportsdienstes der Neutralen war? Im vorliegenden Fall schliessen Reiseziel und Art der Mitnahme eine solche Behauptung völlig aus.

Den gewöhnlichen Weg zwischen zwei neutralen Häfen und im vertragsmässigen Zusammenhang mit dem atlantischen Weltpostdienst machend, hatte der Trent unter seinen vielen Passagieren auch die nach dem neutralen Europa reisenden angeblichen Vertreter der Conföderirten Staaten. Der Trent fuhr nicht für die Conföderirten Staaten, sondern für den englischen Postdienst und in allen verurtheilenden Entscheidungen, namentlich auch dem Fall des „Orozembo“ geht Sir W. Scott davon aus, dass die Beförderung der feindlichen Militairpersonen die eigentliche Aufgabe des condemnirten Schiffes ist. Als gewöhnliche Angehörige des einen kriegführenden Landes konnten die Herren Mason und Slidell rechtlicher Weise gar nicht von den Schiffsagenten zurückgewiesen werden. Ein Recht, die nichtmilitairischen Angehörigen des anderen Belligerenten am Bord neutraler Schiffe zu beunruhigen, gibt es, wie wir oben sahen, nicht und daher mussten die sich anmeldenden vier Herrn nach dem allgemeinen Rechtsverhältniss des gewerbsmässigen Passagiertransports aufgenommen werden. Die vielen angeführten Verträge, welche die Ausnahme wegen der Militairpersonen im wirklichen Dienst hervorheben und sonst die allgemeine Freiheit proklamiren, sind nur Bestätigungen, nicht Ausnahmen von der Regel des allgemeinen Völkerrechts. Man bringt einen ganz anderen Standpunkt in die Behandlung der Frage, wenn man sich darauf bezieht, dass England früher seine gewesenen Matrosen (auf Deserteure im eigentlichen Sinn beschränkte man sich bei dem Pressgange bekanntlich nicht) von amerikanischen Schiffen weggeholt habe. Wie schon hervorgehoben wurde, müssen die Nordamerikaner der Union die Herren Mason und Slidell am Bord des Trent nicht als ihre Mitunterthanen und Hochverräther, sondern als Angehörige des krieg-

führenden Gegners betrachten; ausserdem ist, wie wir oben bei der Beurtheilung nach dem Völkerrecht im Frieden sahen, ihr ganzes Verfahren von vornherein recht- und bodenlos. Wer nun aber als Neutraler die Angehörigen eines kriegsführenden Staats vereinzelt im gewöhnlichen Schiffverkehrsverkehr zwischen neutralen Häfen befördert, wie im vorliegenden Fall, der handelt innerhalb der Pflichten seiner Neutralität und die so am Bord befindlichen Personen sind gegen jede Einwirkung des kriegerischen Gegners geschützt. Anders wäre es, wenn sich Militairpersonen am Bord des Trent befunden hätten. Ob aus den übrigen Umständen des Falls ein förmlicher Transportdienst zu entnehmen gewesen wäre, muss bezweifelt werden, influirt aber unsere Entscheidung nicht. Hätte sich der Capitain des Trent geweigert, etwa am Bord befindliche Soldaten der Südstaaten herauszugeben, so würde seine Aufbringung die rechtliche Folge davon gewesen sein, und ein Prisengericht würde darüber zu entscheiden gehabt haben, ob der Fall sich als der eines wirklichen Transportdienstes herausstellte, und somit für das neutrale Schiff die Confiscation einzutreten habe. Auch hier mag noch an eine Entscheidung Sir William Scott's erinnert werden. In dem Fall *Friendship* (6 Robinson's Reports 420) heisst es: „Die Kernfrage ist, ob die Schiffe von den Agenten der feindlichen Regierung gemiethet sind, um Soldaten oder Kriegsvorräthe im Dienst des Staats zu befördern... Die Sache würde anders liegen, wenn ein Schiff nur einige Invaliden oder entlassene Seeleute beförderte, welche zufällig und auf eigne Kosten an Bord genommen worden... Man fragt, ob ich einen Grundsatz aufstellen will, der soweit gehen könnte, dass er einen Offizier im Dienst der Feinde verhinderte, sich an Bord eines neutralen Schiffes nach Europa

auf die Heimkehr zu begeben? Wenn er nur als gewöhnlicher Passagier ginge wie andere Passagiere und auf seine eignen Kosten, würde der Fall sich in einer ganz verschiedenen Form darstellen. Weder dieser noch irgend ein anderer englischer Gerichtshof hat jemals den Grundsatz so weit ausgedehnt.“ Da nun aber erwiesener Maassen M a s o n und seine Begleiter keine Kriegsmannschaften waren, ist von dieser Unterart des verbotenen Transportdienstes nicht weiter zu reden.

Allein waren etwa vom T r e n t feindliche Depeschen befördert worden, waren besonders die Herren S l i d e l l und M a s o n nach Capitain Wilkes' ewig denkwürdigem Ausdruck: „verkörperte Depeschen?“ Indem wir die zweite Frage mit der einfachen Bemerkung abfertigen, dass Menschen keine Depeschen sind, weder körperliche noch unkörperliche, können wir in Betreff des ersten Punkts einfach auf die Thatsache hinweisen, dass keine Depeschen gefunden worden sind. Ob und welche Depeschen oder sonst officiële Mittheilungen am Bord gewesen, wissen wir nicht, aber selbst wenn solche im weiteren Sinne vorhanden waren, trugen diese sicherlich den Character von Mittheilungen an die neutralen Mächte. Beglaubigungsschreiben für die Commissarien würden keineswegs Kriegsdepeschen gewesen sein. Dergleichen Urkunden mochten in den Augen der Unionisten Beweise rebellischer Gesinnung und hochverrätherischer Absichten sein, und wenn M a s o n und S l i d e l l damit am Bord eines conföderirten Schiffs betroffen wurden, stand es der Unionsregierung frei, sie von diesem Gesichtspunkt aus zu beurtheilen, aber auf dem T r e n t und in den Beziehungen zum Lande, dessen Flagge der T r e n t führte, waren S l i d e l l und M a s o n Angehörige eines anderen Staats. Angenommen, die angeblichen Depeschen für fremde

Staaten waren nicht, wie wir oben dargethan haben, als für Neutrale bestimmt, ausserhalb des verbotenen Transports, ist es doch nicht undienlich daran zu erinnern, dass von einer wissentlichen Führung derselben durch Rheder und Capitain des Trent sich durchaus keine Spur des Beweises ergeben hat, und damit das Schiff, nach der Meinung Capitain Wilkes', confiscabel wurde, war das wissentliche (in dem oben hervorgehobenen Sinne) Befördern einer an sich verbotenen Korrespondenz eine Grundbedingung. In Uebereinstimmung mit unserer Auseinandersetzung sagt über den Punkt der Depeschen — die Analogisirung der „lebendigen Depeschen“ wird kurzer Hand mit einem Scherze abgefertigt — ein sehr guter Aufsatz in der Gazette des tribunaux vom 5. Dec. 1861: „Man muss sich klar werden über denjenigen Transport von Depeschen, welcher den Neutralen untersagt ist. Natürlich wenn sich ein neutrales Schiff vom Kriegführenden befrachten lässt, ausdrücklich für den Transport von Depeschen von einem kriegführenden Hafen nach einem andern, diess würde eine Verletzung der Neutralität sein. Aber ist es jemals einem neutralen Schiffe untersagt gewesen, Depeschen mit der Destination für einen neutralen Staat zu befördern? Verboten ist dem Neutralen nur jede Handlung, welche als eine direkte Betheiligung am Kriege oder als eine direkte Unterstützung für einen Kriegführenden in seinen Kriegsoperationen angesehen werden kann. Aber ebenso wie der Transport von Waffen und Munition mit einer Bestimmung für einen neutralen Staat eine für die Kriegführenden durchaus indifferente Sache ist, kann auch der Transport von Depeschen, welche an neutrale Staaten gerichtet sind, nicht angefochten werden. Haben die neutralen Staaten nicht das Recht, ihre Beziehungen mit jeder der

kriegführenden Parteien aufrecht zu erhalten? Hatte nicht z. B. Spanien während des Krimkriegs seine gewöhnlichen Beziehungen zu Frankreich und Russland? Hätte Frankreich unter neutraler Flagge die Depeschen wegnehmen können, welche die russische Regierung ihrem Gesandten in Madrid schickte? Diese Art von Depeschenbeförderung ist niemals verboten gewesen. Dagegen hätte Frankreich mit gutem Recht auch an neutralem Bord Depeschen wegnehmen können, welche etwa von St. Petersburg zu Wasser an den Commandanten von Sebastopol befördert wurden; denn der Transport von sich auf den Krieg beziehenden Depeschen ist eine dem Kriegführenden geleistete Unterstützung.“ Wir können noch hinzufügen, dass nach der amerikanischen Prätension die direkt für die neutrale Staatsregierung bestimmten, sich nicht auf den Krieg beziehenden Mittheilungen, vielleicht die wichtigsten Geheimnisse des neutralen Staats selbst, die kritische Revue des Auges eines amerikanischen Matrosen zu passiren haben würden. Verlangte ja Capitain Wilkes von seinem Lieutenant, dass er die etwa gefundenen Depeschen prüfen sollte (examine). Nehmen wir an, es hätte sich ein englischer Gesandtschaftscourier am Bord befunden, so würde nach dem Völkerrecht des Capitain Wilkes der Lieutenant verpflichtet gewesen sein, „die Depeschen“ desselben auf ihre Schuldlosigkeit zu prüfen. Oder wären die Depeschen der Südstaaten in Form gewöhnlicher Briefe in dem Postfelleisen vorhanden gewesen, — und die Postbeamten hätten solche Briefe gar nicht zurückweisen dürfen — so würden diese nach der amerikanischen Theorie mit der gesamten übrigen Correspondenz unter das Recht der Durchstöberung gefallen sein. Gegenüber diesen monströsen Consequenzen mag hier auf den Fall der *Atalanta* (6 Robinson's Reports

440) verwiesen werden, wo der Richter in seiner Motivirung von der damals richtigen Thatsache ausging, dass die Communication zwischen einem Kriegführenden und seinen Kolonien auch in Friedenszeiten nur „durch die eignen Kriegsschiffe und Paquetschiffe im Staatsdienst“ vermittelt werde; der Neutrale daher, der eine solche Verbindung im Krieg übernahm, sich dem unmittelbaren Dienst der Kriegführenden hingab. Heutzutage liegt der internationale Verkehr bekanntlich ganz anders. Die Neutralen d. h. dritte Staaten besorgen jenen Postverkehr auch im Frieden, z. B. England für fast die ganze Welt. Nichtsdestoweniger erfolgte in jenem Fall die Verurtheilung nur wegen „fraudulöser,“ nicht einfacher Depeschbeförderung. Vgl. auch oben S. 71. Zur näheren Erklärung des Begriffs „fraudulöser Depeschbeförderung“ kann der folgende Zusatz des neuesten Herausgebers von Wheaton's Elements, Mr. Lawrence, in der 6. Ausgabe (Boston 1855) p. 565 dienen. Nachdem er das schon oben angeführte Verbot der Depeschbeförderung in der englischen Order in Council vom 15. April 1854 erwähnt hat, heisst es weiter: „Ich nehme an, dass die Beförderung von Depeschen ein neutrales Schiff nur dann mit dem feindlichen Character bekleiden kann, wenn es selbst so von dem Kriegführenden gebraucht wird (employed, die Benutzung des ganzen Schiffs) und dass sie weder ein reguläres Postpacketschiff noch ein Kauffahrteischiff strafbar machen kann, welches eine Depesche im gewöhnlichen Lauf der Briefbeförderung mitnimmt, und dessen Capitain daher nothwendig mit dem Inhalt der Depeschen unbekannt sein wird. Diese Ansicht halte ich nicht für unvereinbar mit dem Context, welcher sich auf eine fraudulöse Beförderung feindlicher Depeschen bezieht. Seit den früheren europäischen Kriegen haben einige Regierungen

reguläre Postschiffe in Gang gebracht, deren Posten durch internationale Conventionen über die ganze civilisirte Welt verbreitet werden, während in anderen Ländern jedes Handelsschiff verpflichtet ist, bis zum Augenblicke des Absegelns nicht bloss Depeschen der Regierung, sondern alle Briefe, die ihm durch das Postamt zugesandt werden, anzunehmen.“

Es ist behauptet worden, dass die Herren Slidell und Mason lebendige Depeschen der schlimmsten Art gewesen seien, weil sie die europäischen Staaten um Anerkennung der neuen Conföderation gebeten haben würden, sie seien desshalb auf den Krieg sich beziehende oder, wie die amerikanischen Stimmführer mit hartnäckiger Verkennung der rechtlichen Lage sagen, die Rebellion begünstigende Depeschen gewesen. Hier liegt in der That eine ähnliche Begriffsverwirrung vor, wie wir sie schon im Anfang dem Herrn Randolph Clay nachgewiesen haben. Die Unterstützung besteht in der Gewährung derselben, nicht in der Bitte darum. Nach dieser neuen Logik gäbe der Bettler, der mich um ein Almosen ersucht, sich es dadurch schon selbst. Auch hier wieder wird Geben und Nehmen verwechselt. Die blosse Anerkennung würde aber auch keineswegs schon als eine Unterstützung angesehen werden können, wenn wirklich faktisch das neue Staatswesen sich als ein solches bethätigt. Sie gibt keine Rechte dem neuen und nimmt keine dem alten Staate. Dieser anerkannte Völkerrechtsgrundsatz, der besonders auch von den Vereinigten Staaten zur allgemeinen Geltung durchgesetzt ist („Indem wir die früheren spanischen Kolonien als selbstständige Staaten anerkennen, erklären wir uns zugleich in ihrem Kampfe mit dem Mutterlande neutral“, so lautete es in der berühmten ameri-

kanischen Präsidentenbotschaft vom 2. December 1823, vgl. Wheaton Histoire des progrès II. p. 203, 204), wird jetzt freilich in der Union fremd klingen, wo man sogar die Neutralitätserklärung zu einem Vergehen gegen die Neutralität stempeln möchte. In den jener Erklärung vorhergehenden Jahren war von Seiten nordamerikanischer Gerichtshöfe den Kaperschiffen der im Aufstand befindlichen spanischen Kolonien stets der Character von Belligerenten zuerkannt worden, und in der Botschaft Monroes, welche dem Congress die Anerkennung der neuen Freistaaten vorschlug, hiess es ausdrücklich: „Sobald die Bewegung eine feste Form annahm, welche die Selbstständigkeit der Provinzen wahrscheinlich machte, wurden auf sie die Rechte ausgedehnt, zu welchen sie als gleichgestellte Parteien in einem Bürgerkriege nach dem Völkerrecht berechtigt waren. — Während des ganzen Conflicts sind die Vereinigten Staaten neutral geblieben und haben mit der grössten Unparteilichkeit die mit diesem Character verbundenen Pflichten erfüllt.“ Ebenso lautete später 1836 die Antwort der Union, als Texas sich von Mexiko unabhängig erklärte.

Selbst wenn Mason und Slidell nach den etwa mitgeführten Depeschen einen Antrag auf kriegerische Unterstützung zu stellen gehabt hätten, wäre dieses an einen bis dahin neutral verbliebenen Staat gerichtete Ansinnen an sich für die Kriegführung ganz indifferent gewesen. In Bezug hierauf heisst es in einem Urtheile Sir William Scott's: „Der Feind mag feindselige Projecte gegen uns bei dem neutralen Staate ins Werk setzen wollen, aber wir müssen uns auf den Character (integrity) des Neutralen verlassen, dass er solche Pläne weder begünstigen noch daran Theil nehmen, sondern soweit es seine eignen Beschlüsse und Handlungen betrifft, ihnen entgentreten

wird. Und wenn wir specielle Ursachen (private reason) haben sollten, anzunehmen, dass ein solches Vertrauen in die Zuverlässigkeit des neutralen Staats nur einen unsicheren Boden hat, ist diess kein Grund, auf welchen hin der Gerichtshof erkennen kann, dass der neutrale Schiffer seine Pflicht verletzt hat, wenn er Depeschen beförderte, die, soweit er wissen kann, als unschuldig und für die Aufrechthaltung des friedlichen Verkehrs bestimmt zu präsumiren sind.“ (The Caroline 6 Robinson's Reports 466.)

Es fragt sich schliesslich, wenn wir die Lehre von den todten und lebendigen Depeschen ihrem ferneren Schicksal überlassen wollen, ob die Commissäre der Südstaaten, wenn sie von dem Capitain des Trent wirklich für Gesandte oder mit gesandtschaftlichen Funktionen bekleidet angesehen wurden, oder überhaupt wirklich Gesandte oder ihnen gleichgeltende Amtspersönlichkeiten waren, nicht hätten an Bord genommen werden dürfen, und im Gegenfall daselbst der kriegerischen Aktion des San Jacinto ausgesetzt gewesen wären? Wir haben oben nachgewiesen, dass der vielbelobte Präcedenzfall mit dem Präsidenten Henry Laurens, auf den zumeist die bejahende Antwort gestützt wird, in allen wesentlichen Punkten ganz anders lag. Der für Holland bestimmte Commissioner fuhr aus einem Hafen des Kriegführenden auf einem Unionskriegsschiff. Wenn die Herren Mason und Slidell auf einem südlichen Kaperschiffe von Charleston ausgegangen und an seinem Bord ergriffen worden wären, hätte jener Fall für den vorliegenden eine Bedeutung, sonst nicht. Es wird ferner auch darüber kein Zweifel mehr obwalten, dass man die grosse Autorität Sir William Scott's fälschlich für die gegentheilige Ansicht angezogen hat, und weder er, noch sein Gewährsmann Vattel von einem Festnehmen

eines Gesandten auf neutralen Schiffen reden. Sir William Scott bemerkt in dem angeführten Urtheil sogar ausdrücklich, dass niemals aus der Exterritorialität des Gesandten im neutralen Gebiet für jenen nachtheilige Rechtsconsequenzen gezogen worden sind. Als wenigstens besserer Präcedenzfall mag noch erwähnt werden, dass während des orientalischen Kriegs ein amerikanisches Schiff mit einem russischen für einen neutralen Staat bestimmten Gesandten unangefochten durch die englische und französische Flotte fuhr. Unser Resultat ist auch hier, dass, Mason und Slidell als Gesandte angesehen, dadurch in keine andere Rechtslage kamen, als wenn sie einfache Privatleute aus dem Gebiet der Confederate States gewesen wären. Da aber nur der förmliche Transport feindlicher Soldaten und Offiziere von Seiten eines Neutralen eine dem Völkerrecht entgegenlaufende Passagierbeförderung ist, die am Bord des Trent befindlichen Conföderirten aber dieser Kategorie in keiner Weise zuzuzählen sind, ist die Verhaftung auch unter diesem Gesichtspunkte ungerechtfertigt.

In Anwendung der früher allgemein aufgestellten Grundsätze auf die Verhältnisse des vorliegenden Falls gelangen wir zu dem Gesamtergebnisse, dass keine der für die materielle Rechtsbegründung des Vorfalles aufgestellten Behauptungen und keine irgend juristisch denkbare Betrachtung des Falls das englische Schiff schuldig, die Gefangenen als verbotenen Transportgegenstand erscheinen lässt; dass daher der nordamerikanische Prisengerichtshof, vor den die Sache gebracht worden wäre, Schiff und Gefangene hätte freigeben müssen. Allein noch sind zwei weitere Elemente in dem Streitfall in Erwägung zu ziehen, um die internationale Bedeutung des Ereignisses ganz zu würdigen, einmal die Form

der Anhaltung und Durchsuchung und zweitens die wider den Willen des Capitains vom Trent geschehene gewaltsame Wegführung seiner Passagiere und das Nichtaufbringen von Schiff und Gefangenen vor einen Prisengerichtshof der Union.

Kap. XI. Die Form der Visitation und der Gefangen- nehmung.

So unzweifelhaft die in der vorstehenden Untersuchung gewonnenen Resultate Rechtens sind und das Vorgehen des San Jacinto jeder materiellen Begründung entbehrte; nichtsdestoweniger war Captain Wilkes befugt, wenn er bona fide anderer Meinung war (wie sein Bericht je nach der Neigung des Lesers beweisen wird oder nicht), sich durch Augenschein von der internationalen Haltung des Dampfers Trent zu überzeugen. „Suffering is the batch of all our tribe“ könnten die Neutralen in Handelsschiffen von einander sagen. Bezweifelt ist das Recht der Durchsuchung sehr selten geworden, (vgl. darüber meine Abhandlung Durchsuchungsrecht im Staatslexikon) und der gewöhnliche Rechtfertigungsgrund der Maassregel ist der bei Vattel §. 114 angedeutete: „On ne peut empêcher le transport des effets de contrabande, si l'on ne visite pas les vaisseaux neutres, que l'on rencontre en mer. On est donc en droit de les visiter.“ Der Schluss ist schief, aber die Rechtsnorm allgemein anerkannt. Der unschuldigste Kauffahrteifahrer — dass neutrale öffentliche Schiffe der Durchsuchung nicht unterliegen, ist ein so unbezweifelter Rechtssatz, dass die Verträge diese Ausnahme gar nicht erwähnen — muss gehorchen, wenn ihn ein sich äusserlich legitimirendes Kriegsschiff eines Belligerenten zum Beilegen auffordert. Wer der Untersuchung ent-

weichen will, kann mit Gewalt zu ihrer Duldung gezwungen werden; wer sich derselben mit Gewalt widersetzt, wird dadurch ipso jure zum Feinde; sein Fahrzeug wird ohne Rücksicht auf Ladung und Bestimmung confiscirt, natürlich von dem zuständigen Prisengericht. „Aujourd’hui un vaisseau neutre, qui refuserait de souffrir la visite, se ferait condamner par cela seul comme étant de bonne prise.“ Vattel, l. c. Hat ein Durchsuchungsbeamter bei der Anstellung derselben überhaupt sich eine offenbare Belästigung des Neutralen zu schulden kommen lassen, z. B. ein notorisch keinen denkbaren Grund des Verdachts bietendes Schiff angehalten und dadurch geschädigt, oder die Untersuchung in völkerrechtswidriger Weise vorgenommen, so gibt es dafür ebenfalls eine Verantwortung vor den Admiralitätshöfen und Prisenconseils. Die Cautionen, welche früher die Kaperschiffsrheder und Capitaine stellen mussten, sollten die Neutralen in solchem Fall bei der Entschädigung wegen ungebührlicher Behandlung sicher stellen. Nach vielen Entscheidungen der Prisengerichtshöfe ist es eine ihrer Hauptaufgaben, darüber zu wachen, dass die Neutralen in ihren internationalen Rechten nicht gekränkt werden. Sir William Scott in der Entscheidung über den schwedischen Convoi: „Der Sitz des Gerichts ist zwar nach Recht und Herkommen der Völker hier im Lande des Kriegführenden, aber das Recht selbst hat keine Ortsangehörigkeit. Es ist die Pflicht dessen, der an dieser Stelle sitzt, die Frage gerade so zu entscheiden, wie er sie in Stockholm entscheiden würde, für Grossbritannien keine Ansprüche geltend zu machen, da er nicht Schweden unter gleichen Umständen zuerkennen würde, und Schweden als neutrales Land keine Pflichten aufzulegen, die er nicht Grossbritannien in derselben Lage zumuthen würde.“ „Neu-

trale können *ex debito justitiae* verlangen, dass Gerichtshöfe des Völkerrechts zur Wahrung ihrer Rechte im kriegführenden Lande sitzen.“ (Edwards Reports p. 381.) Zu diesen gehört auch die Forderung, dass Anhaltung und Untersuchung eines neutralen Schiffs nach Vertrag und Gewohnheitsrecht geschehe. Nach Vertrag, wenn zwischen den Staaten, welchen das durchsuchende Schiff und das neutrale angehören, über die Form und Art der Untersuchung Etwas ausdrücklich verabredet ist; nach Gewohnheitsrecht und den Grundsätzen des allgemeinen internationalen Rechts, wo solche besondere Vertragsbestimmungen fehlen. Allgemeine Regel ist auch hier, dass der Neutrale so wenig als möglich belästigt werde, und Berücksichtigung des Umstandes, dass die meisten angehaltenen Schiffe sich keiner Verletzung neutraler Pflichten schuldig machen. Aber ausser diesem allgemeinen Grundsatz sind im Laufe der Zeit für die Anhaltung und ihre Form noch nähere Bestimmungen aus dem Herkommen in die Verträge, aus diesen in das allgemeine Völkerrecht übergegangen, für welche der Pyrenäenfriede vom 16. Nov. 1659 den wichtigsten Einzelpunkt in der Entwicklung abgibt, dessen Bedeutung ich an einer andern Stelle in folgender Weise zusammengefasst habe: „Die Festsetzungen des Pyrenäenfriedens sind in eine grosse Anzahl von anderen Verträgen übergegangen (so hat sie z. B. der preussisch-nordamerikanische Art. 15 und der dänisch-preussische von 1818 Art. 19), manchmal mit unbedeutenden Modificationen, und sie entsprechen so sehr dem zu Grunde liegenden natürlichen Verhältniss zwischen Neutralen und Kriegführenden, dass man sich gewöhnt hat, in ihnen die allgemeine völkerrechtliche Regel zu sehen. Diess konnte um so eher geschehen, als die epochemachenden Utrechter

Verträge die Bestimmungen des Pyrenäenfriedens aufnehmen. Nach diesen soll das die Kriegsflagge führende Schiff dem neutralen das Zeichen zum Anhalten geben. Diess kann nach der Praxis durch Anrufen oder einen blinden Kanonenschuss geschehen (*coup de semonce* auch *coup d'assurance* genannt, weil dadurch die Richtigkeit der Flagge versichert wird, eine Art kräftigen Ehrenworts in der Seemannssprache). Wenn französische Autoren ausschliesslich die Aufforderung durch einen solchen Schuss statuiren, steht diess mit den englischen und amerikanischen Seegewohnheiten in Widerspruch, aber überall wird ein blinder, kein scharfer Schuss als Signal gefordert. Zu letzterem ist man erst berechtigt, wenn das neutrale Schiff keine Anstalt macht beizulegen. Natürlich muss, solange die Operation des Durchsuchens vor sich geht, das neutrale Schiff unter der möglichen Gewalt des Kriegführenden sein. Desshalb soll sich das Kriegsschiff auf Kanonenschussweite nähern dürfen, aber nicht mehr. (Wenn einzelne Schriftsteller und Verträge das Anhalten ausserhalb der Kanonenweite verlangen, scheint mir diess irrationell, wie denn eine solche Forderung heutzutage auch absolut unpraktisch sein würde.) Zur eigentlichen Untersuchung sollen einige Mann (die Verträge sagen zwei bis drei Mann — manchmal ist ausdrücklich vorgeschrieben, dass ein Offizier dabei sei) in einem entsprechend kleinen Boote an Bord der Neutralen gehen, um dort die Verifikation der Schiffspapiere und nöthigenfalls die eigentliche Durchsuchung vorzunehmen. (Meine Abhandlung über Durchsuchungsrecht im Staatslexikon IV. p. 626.)

Bemessen wir das Verfahren des Capitain Wilkes, wie es aus den Zeugnissen seines eignen Lieutenants und seines eignen Rapports hervorgeht, nach den soeben auf-

gestellten Regeln, die Amerika in vielen Verträgen für sich als bindend anerkannt hat und die ausserdem dem allgemeinen Seeherkommen entsprechen, so kann Niemand leugnen wollen, dass eine rücksichtslose Vernachlässigung der vorgeschriebenen Formen eingetreten ist. Was zunächst das Anhalten überhaupt angeht, müssen wir uns in die Lage und Anschauung des amerikanischen Seeoffiziers versetzen. Er nahm einmal, natürlich vorbehaltlich der Verantwortung seiner darauf gegründeten Handlungsweise an, dass er ein Recht habe, die lebendigen Depeschen Mason und Slidell auch vom neutralen Bord wegzufangen, (wenn er auch wie Rhadamanth erst „sie wegzunehmen beschloss“ und nach dem gefassten Beschluss auf Gründe dafür jagen ging). Wenn Captain Wilkes wusste, dass die Commissioners am Bord des Trent waren, so wusste er doch auch Charakter und Bestimmung des Schiffs, das als *prima facie* neutral die gewöhnliche Behandlungsweise anzusprechen hatte. Wusste Captain Wilkes nicht, dass Mason und Slidell an Bord waren, so war überhaupt die Anhaltung eines bekannten Postdampfschiffes mit notorischer neutraler Bestimmung eine der internationalen Höflichkeit durchaus widersprechende Handlung. Wir dürfen annehmen, dass der Captain die Ueberzeugung hatte, er würde die Gesuchten an Bord des Trent treffen, diess konnte ihn aber in keiner Weise von der Pflicht befreien, die gebräuchlichen Schranken in der Form der Durchsuchung einzuhalten. Was geschieht statt dessen? Gegen ein bekanntes unbewaffnetes Schiff einer neutralen Macht wird ein Angriff in Scene gesetzt, als wenn der nächste Augenblick eine Seeschlacht bringen soll. Zwei scharfe Schüsse geben dem Postdampfschiffe das Zeichen zum Anhalten (und über diese flagrante Verletzung der

völkerrechtlichen Formen triumphirte die Hauptstadt der amerikanischen Intelligenz Boston durch den Mund eines ihrer ersten Männer, weil es eine Insulte gegen England war). Alsdann wird nicht ein kleines Boot mit einigen Mann, sondern es werden die grossen Kutter, bewaffnet und bemannt wie zum Entern, gegen das unter den Kanonen des Kriegsschiffes wehrlos daliegende neutrale Schiff ausgesandt. Gegen ein der Piraterie verdächtiges Schiff mag ein solches Handeln am Platze sein, sonst pflegen nur Piraten so zu verfahren. Der mit seiner Mannschaft, die ihm alsbald folgte, an Bord gestiegene Lieutenant verlangt statt der gewöhnlichen Schiffspapiere die Passagierliste zu sehen, eine Forderung, welche nicht seeüblich ist, der sich daher der Capitain des Trent nicht unmittelbar zu fügen brauchte. Allein diese Forderung ist auch nicht weiter urgirt; sobald der Lieutenant Fairfax die betreffenden Persönlichkeiten erblickt, wendet er sich an sie und erklärt sie als seine Gefangenen. Auch diess ist gegen alle Seeordnung. Der Durchsuchende hat nur mit dem Capitain des Schiffes zu thun, dieser vertritt ihm gegenüber die Interessen seines Landes und seines Schiffes, wie jener die Kriegsmacht, in deren Namen er handelt. Die Weigerung der Betreffenden, dem Lieutenant ohne Weiteres an Bord des Kriegsschiffes zu folgen, berechtigte zunächst nur zur Aufforderung an den Capitain, ob er die Passagiere, welche als Quasi-contrebande auf seinem Schiffe sich befanden (wir argumentiren hier ganz nach dem Ideengang des Amerikaners), freiwillig ausliefern wolle. Auf die Weigerung war die einfache Folge, dass der Kriegführende von dem Schiffe Besitz ergriff. Nicht ob die Passagiere gehen wollten oder nicht, sondern wie sich der Capitain der Forderung des Durch-

suchenden gegenüber verhielt, musste das weitere Handeln des Kriegführenden bestimmen. Warum Capitain Wilkes nicht bei seiner ersten Ansicht geblieben, weshalb Lieutenant Fairfax seinen Auftrag, das Schiff als Prise zu erklären, nicht erfüllt, können wir nur vermuthen, aber der einzig rechtliche Weg in der Form wäre diess gewesen. Anstatt dessen wird das neutrale Deck mit bewaffneten Matrosen und Marinesoldaten mit aufgepflanztem Bajonett gefüllt und gegen den Protest des zuständigen Hausherrn, wie aus einem friedlichen im neutralen Gebiet gelegenen Hause, die angeblichen Hochverräther und Gesandten fortgeschleppt. Für die rechtliche Behandlung musste hier, nachdem wir so oft fälschlicher Weise von der Analogie der Contrebande gehört haben, Das geschehen, was Verträge in überwältigender Zahl und das allgemeine Völkerrecht für den Fall der Contrebande bestimmen. Will der Capitain des neutralen Schiffs freiwillig das angefochtene Gut hergeben, so darf das Kriegsschiff, wenn es anders für die Gegenstände Platz hat, das neutrale Schiff nicht aufbringen, sondern muss das Anerbieten der Herausgabe annehmen. Hier hat man den Capitain nicht einmal gefragt, oder wenn man aus seinem Protest eine Verweigerung entnahm, war es doppelt klar, dass er seine ihm anvertrauten Schützlinge (für die er sogar gegen alle Gefahren der See sein Leben zu lassen verpflichtet ist, vgl. meine Darstellung des amerikanischen Prozesses Alexander Holmes im Archiv des Criminalrechts 1857 „die Lehre vom Nothstande mit Beziehung auf einen merkwürdigen Rechtsfall“ S. 396 ff.) nicht freiwillig herausgeben wollte. Liess sich der nordamerikanische Offizier dadurch nicht bestimmen, von seinem Vorhaben abzugehen, so hatte er nur die eine rechtliche Möglichkeit, das ganze Fahrzeug, von dem er vorher eigen-

mächtig keinen Ruderpfosten entfernen durfte, mit Beschlag zu legen und zur Prise zu machen. Alsdann wäre aber von dem Augenblicke an der San Jacinto und sein Eigenthümer, die Union für allen Schaden verantwortlich gewesen, der durch die später sich herausstellende unrichtige Rechtsansicht des Capitain Wilkes, durch etwaigen Verlust des Trent u. s. w. sich ereignen konnte. Von dem Augenblicke an waren Capitain Wilkes als Captor und der Capitain und Eigenthümer der Prise prozessualische Parteien, deren Rechtsstreit, ob der Dampfer gute Prise sei, oder der Captor das Schiff mit oder ohne Entschädigung freizu lassen habe, ein amerikanischer Prisengerichtshof zu entscheiden gehabt hätte. Selbst wenn die Rheder des Schiffs es nicht für gut gefunden hätten, einen Anspruch auf Zurückgabe des Schiffs zu erheben (wir setzen den Fall, dass sich wirklich Contrebande an Bord befunden hätte) so würde Capitain Wilkes doch verpflichtet gewesen sein, vor einem Gerichtshof eine Adjudication über Schiff und Ladung sich zu verschaffen. Letztere Bedingung ist selbst da unerlässlich, wo die Contrebande gutwillig ausgeliefert wurde. Darin liegt ja gerade bei aller sonstigen Härte des Prisenprozesses der Schutz der Neutralen, dass über ihr Recht und Eigenthum nicht definitiv die Willkür, Rechtsunkenntniss, oder wie in unserem Falle fast noch schlimmer die Rechtsphantasieen eines biderben Seemanns, sondern Gerichtshöfe entscheiden, welche unter dem Auge der ganzen civilisirten Welt ihre Urtheile fällen, durch deren Bestätigung auch die an sich unzweifelhafteste gute Prise erst dem Rechte nach diess wird. Es zeugt von einer vollständigen Begriffsverwirrung, wenn man diese Forderung auf rechtlichen Prozess mit der Redensart abweisen will „das Unrecht wäre demnach kleiner gewesen,

wenn es grösser gewesen wäre.“ Nein, das Unrecht ist unsagbar grösser gewesen hier, wo man den gemeinsamen Rechtsweg verschmähend und den Neutralen um die rechtlichen Garantien seiner Stellung bringend, durch rechtlose Gewaltthat sich auch der Verantwortung für sein Handeln zu entziehen suchte. Nicht dass Capitain Wilkes vier Secessionisten überhaupt gefangen nahm, sondern dass er sie an Bord eines englischen Schiffes verhaftete und fort-schleppte, ist die internationale Seite seines Verfahrens, aber die gerichtliche Untersuchung dieses Punkts zwischen kriegführender und neutraler Macht hat er dem Urtheil der zuständigen Behörden vorenthalten. Die Captur von blossen Kriegsgefangenen ist eben so wenig eine Frage für die Prisengerichte, als die Untersuchung gegen Rebellen wegen Hochverraths, aber wenn bei der allgemeinen Rechtsverwirrung in Nordamerika noch irgend Etwas klar erscheint, ist es die Thatsache, dass seit ihrem Verweilen am Bord des San Jacinto die vier Gefangenen als Hochverräther behandelt worden sind. Um einem möglichen Missverständniss entgegenzutreten, das sich theilweise schon in der öffentlichen Discussion des Falls geäussert hat, muss bemerkt werden, dass der Capitain Wilkes keineswegs verpflichtet war, die Passagiere, welche ihm zur Aufbringung des Trent Anlass gaben, unter allen Umständen am Bord dieses letzteren Schiffes zu lassen. Wenn er es um der grösseren Sicherheit willen für nöthig hielt, sie am Bord des Kriegsschiffes zu verwahren, konnte er rechtmässiger Weise eine solche Uebersiedlung vornehmen, wie ihm dasselbe auch mit der Schiffsmannschaft oder anderen Passagieren freigestanden hätte, aber alles diess konnte er nur thun, nachdem er sich in den Besitz des Trent als seiner Prise gesetzt und damit international für das Schiff verantwortlich geworden,

und selbst dann war ein specieller Nachweis jener Nothwendigkeit vor dem Prisengericht geboten. Ausserdem hätte über den Hergang der Captur ein förmliches Protokoll und zugleich das Inventar des Schiffes aufgenommen werden müssen. Wenn Capitain Wilkes sich darauf beruft, dass er um der Interessen vieler Unschuldigen willen, die sich am Bord des Postdampfschiffes befunden hätten, von der Aufbringung desselben Umgang genommen habe, ist darauf einmal zu erwidern, dass solche subjective Rücksichten die ausdrücklichen Rechtsvorschriften und die Nothwendigkeit ihrer Befolgung nicht ändern, und ausserdem, dass es noch mehr im Interesse aller auf neutralen Schiffen fahrenden unschuldigen Passagiere und derjenigen Personen, welche Briefe und Güter darauf haben, ist, wenn sie sicher sind, auf dem Ocean nach Recht und nicht nach Willkür behandelt zu werden. Schliesslich unterliegt noch eine Bemerkung des Capitain Wilkes der rechtlichen Würdigung, nämlich die, dass das amerikanische Prisengericht den Dampfer nebst Ladung wegen Transports lebendiger Depeschen und wegen Weigerung, sich der Durchsuchung zu unterwerfen, confiscirt haben würde. Er hat freilich die Maassregeln so gut getroffen, dass ein Beweis von der Unrichtigkeit seiner Behauptung nicht gebracht werden konnte, aber wir zweifeln keinen Augenblick, dass es niemals einem amerikanischen Prisengerichte in den Sinn gekommen wäre, auf Seiten des Trent einen Widerstand gegen die Durchsuchung anzunehmen. Ja auch nur eine Weigerung ist im wörtlichen oder weiteren Sinne des Worts nicht vorgekommen, und selbst wenn eine Weigerung stattgehabt hätte, so gab diese, wie Capitain Wilkes aus seinen citirten Autoritäten leicht hätte sehen können, noch keineswegs einen Condemnationsgrund ab, sondern nur Berechtigung zur zwangsweisen Untersuchung.

Die Schlüsse, zu dem eine unbefangene wissenschaftliche Beurtheilung des formellen Vorgehens gegen den Trent uns führt, sind demnach: Völkerrechtswidrig ist die Art und Weise wie die Anhaltung vorgenommen wurde, völkerrechtswidrig die Vergewaltigung am Bord des Schiffes und völkerrechtswidrig, dass Capitain Wilkes eine Beurtheilung seines Verfahrens durch einen Prisengerichtshof seiner Nation durch die eigne rechtswidrige Handlungsweise unmöglich gemacht hat.

Kap. XII. Verantwortlichkeit und Genugthuungsforderung.

Wir haben von vornherein die ganze Handlungsweise des Unionscapitains als eine nicht anbefohlene, sondern durch die eigene Discretion bestimmte betrachtet, wie sich diess auch bald aus der nachher veröffentlichten Berichterstattung desselben an das Marineministerium ergab. Allein ganz abgesehen von der Form, in welcher dieses für die materielle Richtigkeit seines Verfahrens eintrat, an dem nur das Nichtaufbringen des Schiffes als zu viel Edelmuth (nicht als Unterlassung einer völkerrechtlich nothwendigen Rechtsform) getadelt wurde, stand Capitain Wilkes, während er so handelte, in Dienst und Vertretung der Union. Nicht als Privatmann, sondern als Führer eines öffentlichen Schiffes, hat er die Durchsuchung und Verhaftung vorgenommen, und deshalb war es die Union selbst, an welche sich der beleidigte Staat wegen Genugthuung wenden musste. Dass diese unmittelbar auf diplomatischem Wege zu suchen war, folgte nothwendig daraus, dass Capitain Wilkes durch sein Verfahren eine gerichtliche Erledigung des Falls unmöglich gemacht hatte. Auch dann, wenn sich durch die Entscheidung eines Prisengerichts die Grundlosigkeit der vom Capitain Wilkes verwirklichten Theorie herausgestellt hätte und dem misshandelten Schiffe

Entschädigung zugebilligt worden wäre, hätte eine dem Staate England zu leistende Genugthuung für das Formelle des Verfahrens noch gefordert werden können; aber wie jetzt die Sache lag, musste der diplomatische Weg von Staat zu Staat gleich eingeschlagen werden. Die Gefangenen selbst konnten völkerrechtlich keine gerichtliche Beschwerde erheben, weder als Rebellen noch als Angehörige der feindlichen Kriegsmacht hatten sie einen *locus standi* vor den amerikanischen zur Aburtheilung von Prisenfällen competenten Gerichten. — Capitain und Rheder des *Trent* hätten das aufgebrachte Schiff reclamiren können, aber dafür, dass der neutrale Private Passagiere als „lebendige Kaufmannsgüter,“ um in der Analogie der verkörperten Depeschen zu bleiben, im Wege Rechts zurückfordern könnte, liegt kein Präcedenzfall vor, wie denn auch eine solche Forderung voraussetzt, dass sich der zurückzuverlangende Gegenstand in der Obhut und unter der Disposition eines bestimmten Prisengerichts befindet, dem die Prüfung und Zusprechung rechtmässiger Prisen als Verwaltungsamt auch ohne förmlichen Rechtsstreit zukommt.

Unter diesen Umständen musste die englische Regierung den Fall selbst in die Hand nehmen. Der Conflict zwischen Capitain Wilkes und Capitain Muir wurde eine internationale Frage zwischen Amerika und England. In der Behandlung solcher Angelegenheiten befolgen die beiden Staaten das gleiche System. Die Rechtsbeistände der Krone in England, Attorney General, Solicitor General und der im Admiralitäts- und Prisengericht die Interessen des Landes vertretende Queen's Advocate geben auf das Geheiss des Ministeriums ihr Gutachten über den Rechtspunkt ab, und nach dieser halbjudiziellen Aeusserung richtet sich die Regierung, wenn nicht etwa po-

litische Gründe einwirken, z. B. eine rechtlich unzweifelhafte Forderung unter den vorliegenden allgemeinen Umständen nicht zu pressen. In gleicher Weise stattet der Attorney General der Union dem Präsidenten seine Gutachten ab. Nur darin besteht ein Unterschied der Praxis diesseits und jenseits des Oceans, dass die Gutachten der englischen Kronjuristen nicht veröffentlicht zu werden pflegen, bis sie und ihr Gegenstand der Geschichte anheimgefallen sind, während in Amerika eine solche öffentliche Bekanntmachung alsbald eintritt. Wenn die mittelbar über den Inhalt der Opinion der Kronjuristen uns zugekommenen Andeutungen richtig sind, hätten sich diese Rechtsgelehrten in der Trent-Angelegenheit vorwiegend mit der formellen Seite des Falls beschäftigt und die völlige Rechtlosigkeit des Verfahrens nach dieser Richtung als Ausgangspunkt der zu stellenden Forderung auf Genugthunng gewählt. Jeder Jurist wird mit dieser Behandlung einverstanden sein müssen. Wie in einer Prozessentscheidung die sich auf das Verfahren beziehenden Beschwerden und Einreden zunächst ins Auge zu fassen sind, war eine vorausgehende Erörterung des Falls, auch wenn sie zu dem Resultate geführt hätte, dass Captain Wilkes sich gegen das materielle Völkerrecht nicht verfehlt, müssig, sobald es feststand, dass sein formelles Verfahren völkerrechtswidrig war. Wenn wirklich die englischen Kronjuristen eine erschöpfende Untersuchung der materiellen Streitpunkte nicht vorgenommen haben, ist diess keineswegs als ein Argument für die Rechtmässigkeit der angefochtenen Aufstellungen zu verwenden, da sie im Gegentheil durch Hervorhebung des Präjudiziellen, unter allen Umständen Entscheidenden nur nach den anerkannten Regeln juristischer Logik verfahren. Und diess um so mehr, da die Beendigung eines internationalen Missverständ-

nisses von der intensiven Bedeutung des Trentfalls so rasch als möglich zu erstreben war. Wenn es ausserdem ein Gebot des Völkerrechts ist, bei allen Zwistigkeiten der Nationen untereinander den besten und somit auch wenigst aufreizenden Weg der Beilegung zu suchen, damit sobald als möglich der Normalzustand gegenseitigen Wohlwollens und friedlichen Verkehrs wieder gewonnen werde, so musste es sich besonders empfehlen, die Seite des Falls hervorzuheben, wo das Unrecht flagrant vorlag und ein Eingeständniss desselben am Allerwenigsten als Nachgiebigkeit des Schwächeren gedeutet werden konnte. Man hat zwar dagegen behauptet¹, dass diese Basis der Genugthuungsforderung zu enge sei und damit der englischen Handlungsweise einen Vorwurf zu machen geglaubt. Das so eben Bemerkte wird zusammen mit der früheren Ausführung über den Werth der strikten Formen im Völkerrecht die Unrichtigkeit dieser Meinung erwiesen haben.

Eine etwas eingehendere Erörterung verdient hier die aufgetauchte Forderung, dass der Streitfall nicht auf dem Wege direkter diplomatischer Aktion, in den kategorischen Formen eines sogenannten Ultimatum, sondern durch Schiedsspruch zur Entscheidung gebracht werde, mit besonderem Hinweis auf angebliche Beschlüsse des Pariser Kongresses von 1856. Es ist nicht zu leugnen, dass die allgemeine Einführung des Schiedsspruchs in das Völkerrecht ein grosser Segen sein würde, allein zunächst ist geltend zu machen, dass die Vorgänge auf dem Pariser Kongress in der That nur eine Empfehlung dieses friedlichen Mittels darstellen, ohne dadurch einer der betheiligten Mächte irgend eine Verbindlichkeit zur Einschlagung dieses Wegs in einem einzelnen Falle aufzuerlegen. Im Anschluss an den art. VIII. des Pariser Friedens

von 1856, welcher bei einem Missverständniss zwischen der Pforte und einer der übrigen Vertragsmächte es zur Pflicht macht, die anderen Contrahenten in den Stand zu setzen, durch Mediation der Entscheidung durch die Waffen vorzubeugen, sprechen sich die verschiedenen Gesandten in sehr allgemeinen Redensarten für das Wünschenswerthe friedlicher Mediation, da wo sie eintreten könne, aus. Lord Clarendon leitete die Sache ein: *Il propose donc de se concerter sur une résolution propre à assurer dans l'avenir, au maintien de la paix cette chance de durée sans toutefois porter atteinte à l'indépendance des Gouvernements.* Graf Walewski ist autorisirt die Idee zu unterstützen, *un voeu qui, en répondant pleinement aux tendances de notre époque n'entraverait d'aucune façon la liberté d'action des Gouvernements.* Ebenso äussern sich die anderen Mitglieder und als Resultat der Conversation, wie sie uns das 23. Protokoll vom 14. April 1856 schildert, enthält dieses nur den Passus: „*M. M. les Plenipotentiaires n'hésitent pas à exprimer, au nom de leur Gouvernements, le voeu: que les États entre lesquels s'élèverait un dissentiment sérieux avant d'en appeler aux armes eussent recours, en tant que les circonstances l'admettraient, aux bons offices d'une puissance amie. M. M les Plenipotentiaires espèrent, que les Gouvernements non représentés au Congrès s'associeront à la pensée qui a inspiré le voeu consigné au présent Protocoll.*“ Man sieht hieraus deutlich, wie wenig sich die Selbstentscheidung der einzelnen Staaten beschränken liess. Ein jeder Staat hat zwar danach die sittliche Pflicht zu untersuchen, ob ein kritischer Fall zu den eine Vermittlung oder bons offices Dritter gestattenden gehört, aber damit ist auch seine Verbindlichkeit zu Ende, die eigne Entscheidung darf ihm absolut mass-

gebend sein. Und wenn wir nun annehmen müssen, dass die englische Regierung über das dem Lande widerfahrene Unrecht nicht den geringsten Zweifel hegen konnte, so war der Vorfall an Bord des Trent sicher eine Angelegenheit, die sich dem Ab- und Zugeben durch Kompromisse und Schiedsrichter entzog. Ausserdem galt es doch zunächst, die Auffassung der amerikanischen Regierung zu vernehmen. Das Anerbieten einer Regelung durch Dritte, wie es die Friedensfreunde so laut und zänkisch postulirten, wäre eine Lächerlichkeit gewesen, wenn es sich herausstellte, dass die amerikanische Regierung den Rechtspunkt gerade so betrachtete, als das englische Cabinet und die Handlung ihres Untergebenen nicht zu rechtfertigen unternahm. Allein wenn auch englischer Seits ein Vorschlag friedlicher Erledigung durch Dritte nicht gemacht werden konnte, sondern die am 1. December 1861 abgegangene Genugthuungsforderung eine kategorische sein musste, hat sich England doch in seinem ganzen Auftreten der internationalen Pflicht, den Weg der Gewalt soweit es möglich zu vermeiden, bewusst und beflissen gezeigt. Durch unoffizielle Mittheilung der Anforderungen seiner Regierung sollte Lord Lyons, der englische Gesandte in Washington, die Unionsregierung in den Stand setzen, die Herausgabe der Gefangenen und ein Anerkenntniss, dass Rechte Englands verletzt worden, aus ihrer eignen Rechtsüberzeugung heraus zu gewähren, nicht auf eine ausdrückliche Forderung des verletzten Staates. Ganz in demselben Geiste geht auch die im nächsten Kapitel mitzutheilende offizielle Depesche, welche die Herausgabe der vier Gefangenen verlangt, von der Annahme aus, dass die Unionsregierung die Handlungsweise Captain Wilkes' weder befohlen habe, noch billigen werde.

Hier ist noch kurz einer Theorie Erwähnung zu thun, welche zwar zugesteht, dass Capitain Wilkes widerrechtlich gehandelt habe, aber die Möglichkeit der allein genügenden Genugthuung durch Herausgabe der vier Staatsgefangenen leugnet. Sie seien jetzt einmal auf Unionsboden und eine Auslieferung seiner eignen Angehörigen widerspreche der Würde des Staats. Man vergleicht den Fall der Herrn Mason und Slidell mit der unregelmässigen Verhaftung eines Angeklagten, der schuldig sei. In einer solchen Situation falle es keinem Staate ein, den Angeschuldigten freizulassen. Man bestrafe eben nur den Beamten, welcher die Verhaftung in widerrechtlicher Weise vorgenommen habe. Gegen diese Argumentation, welche neben der Desavouirung des Capitain Wilkes sich allenfalls auch zu einer Entschuldigung gegen England verstünde, muss schon gleich eingewendet werden, dass sie irrt, wenn das von ihr beschriebene Verfahren in Strafsachen als allgemeingültig hingestellt wird. Sowol England als Amerika haben den ganz entgegengesetzten Grundsatz, nach ihrem Rechte wird eine illegale Freiheitsberaubung nicht durch einen möglicher Weise später zu rechtfertigenden Strafgrund von ihrer Nichtigkeit geheilt. Die Verhaftung, welche nicht in den gesetzlichen Formen vorgenommen wurde, muss aufgehoben werden. Ausserdem könnte ein solcher Grundsatz des Einzelstaats- und Strafrechts durchaus nicht als Analogie dienen, wo es nicht bloss das Verhältniss des Staats zu seinen Angehörigen, sondern zu einem dritten Staat gilt. Mason und Slidell waren unter dem Schutze der englischen Flagge und ad hoc als englische Unterthanen anzusehen. Ebensowenig als ein Staat es sich gefallen lassen könnte, wenn ihm ein Unterthan vom eignen Gebiet entführt würde, um an demselben in dem fremden Staat eine

an sich vielleicht ganz gerechte Strafe zu vollziehen, und man dafür nur eine Entschuldigung als Genugthuung böte (solche Fälle sind noch neuerlich zwischen deutschen Staaten vorgekommen) kann diess bei einem fremden Schützling genügen. Wir haben noch bis heutzutage Niemanden gefunden, der geglaubt hätte, das völkerrechtswidrige Verfahren gegen den Duc d'Enghien wäre durch eine höfliche Entschuldigung gegen Baden von seiner Infamie zu reinigen gewesen. Der Umstand allein, dass das deutsche Reich für diesen unerhörten Frevel sich und der Nation keine Genugthuung zu verschaffen im Stande war, zeigte, wie nahe dem deutschen Staatskörper das Ende. Uebrigens brauchen wir zur Entscheidung der Frage, was für eine Genugthuung die Behandlung des Trent erheischt, keine weithergeholten und doch unanwendbaren Analogien aus dem Staats- oder Strafrecht. Das Völkerrecht selbst und seine Verkörperung in der Praxis der Nationen weist deutlich genug auf die richtige Lösung hin. Von Zeit zu Zeit sind in den Seekriegen auf dem Gebiete der Neutralen, in Buchten und Baien oder der Küste entlang von einem Kriegführenden Schiffe des anderen als Prise genommen und aufgebracht worden. Dabei, wie in unserem Falle, hat es nicht der so mit Unrecht geschädigte Kriegführende, sondern der in seinen Hoheitsrechten verletzte Neutrale mit dem Verletzer des neutralen Gebiets zu thun. Und überall ist in diesen Verhandlungen als erste und unerlässliche Forderung die Herausgabe der widerrechtlich genommenen Schiffe aufgestellt und von der anderen Seite nie verweigert worden, wenn eine friedliche Lösung beabsichtigt ward. Ebenso haben in allen solchen Fällen, wo die Entscheidung eines Prisengerichts erfolgte, die Richter eine Herausgabe des widerrechtlich genommenen Guts angeordnet.

Mit gleich gutem Grunde, wie in der Lage Slidell's und Mason's die gegentheilige Ansicht ein Verhaftetbleiben als Rebellen verfißt, hätte man in all diesen Präzedenzfällen behaupten können, dass die genommenen Schiffe an sich Gegenstand des Confiscationsrecht gewesen seien und sich jetzt doch einmal in den Händen des zur Wegnahme Berechtigten befunden hätten. Wie die in der vorliegenden Ausführung als die Normen des Völkerrechts vertheidigten Grundsätze zu allen Zeiten von den amerikanischen Staatsmännern und Juristen geltend gemacht worden sind, haben die Koryphäen der Republik auch daran niemals gezweifelt, dass für ein jene Grundsätze verletzendes wirkliches Unrecht volle Genugthuung zu leisten sei, und dass in Fällen, wie der vorliegende, die ungesäumte, bedingungslose Herausgabe der mit Unrecht in amerikanische Gewalt gebrachten Personen und Gegenstände das erste Erforderniss einer solchen Satisfaktion sei. Wir dürfen daher jenen Zweiflern gegenüber die volle Zuversicht aussprechen, dass wenn der nordamerikanische Präsident, berathen von den Autoritäten seines Landes, in dem Verfahren des Capitains Wilkes eine klare Verletzung des Völkerrechts sieht, damit zugleich auch die andere Frage erledigt ist, dass die vier Individuen dem Schutze des neutralen Staats, aus dem sie gewaltthätig entfernt wurden, zurückgegeben werden. Dass besonders keine Bedingungen gestellt werden können, in welcher Qualität die Gefangenen reklamirt werden müssen, als Rebellen oder Unterthanen eines Belligerenten, liegt nach unseren Ausführungen klar zu Tage. Sie werden zurückgefordert als unter dem Schutze Englands befindlich gewesene Personen. Darüber, wie der Staat England sie ansieht, braucht er der Union keine Rede zu stehen, und die Provozirung eines Urtheils über ihren Status in Form

einer Bedingung würde England ein Abgehen von seinem Prinzip der Nichteinmischung und der Neutralität zumuthen, und eine neue Verletzung derselben enthalten. Andererseits würde auch England nicht verlangen können, dass die Union ausdrücklich auf ihre Theorie von der Stellung der südlichen Staaten verzichte. Die Auslieferung, einerlei mit welcher Motivirung, genügt, aber auch nur die Auslieferung.

Kap. XIII. Der Depeschenwechsel.

Ein näheres Eingehen auf die so eben*) vollständig veröffentlichte diplomatische Korrespondenz beweist, dass die früher geäusserten Vermuthungen über den Gang der Genugthuungsforderung richtig waren.

Am 27. November 1861 war der Vorgang auf dem Trent der englischen Regierung bekannt geworden, schon am 1. December ging die nachfolgende Depesche an den englischen Gesandten in Washington Lord Lyons ab.

Earl Russell an Lord Lyons.

Auswärtiges Amt den 30. November.

„My Lord! Nachrichten sehr ernster Natur sind der Regierung Ihrer Majestät zugekommen.“

„Diese Nachrichten wurden in officieller Weise durch den Commander Williams, Agenten für die Posten am Bord des sie vertragsmässig befördernden Dampfschiffes Trent, zur Kenntniss der Admiralität gebracht.“

*) Ende Januar 1862. Da sowohl die Archives diplomatiques von Amyot als das Staatsarchiv den Notenwechsel, jene in französischer, dieser in der jedesmaligen Originalsprache bringen werden, habe ich es für passend gehalten, die Korrespondenz zwischen den Hauptbetheiligten in deutscher Uebersetzung mitzutheilen und nur die Thouvenelsche Note im Original zu lassen.

„Es geht aus dem Briefe des Commander Williams, datirt „Königliches Post-Contract-Paquetschiff Trent auf der See, den 9. November,“ hervor, dass der Trent die Havannah am 7. November verlassen mit Ihrer Majestät Post für England und mit zahlreichen Passagieren am Bord. Commander Williams giebt an, dass kurz nach Mittag am 8. November ein Dampfschiff, dem Aussehen nach ein Kriegsschiff, aber keine Flagge zeigend, vorne bemerkt wurde. Als man ihm näher kam, um $\frac{1}{4}$ nach ein Uhr, feuerte das Schiff eine Vollkugel von einer Drehkanone über den Trent hinweg und zeigte die amerikanische Flagge. Während sich der Trent ihm langsam näherte, warf das amerikanische Schiff eine Bombe über das Bugspriet des Trent, welche eine halbe Kabellänge vor dem Schiff explodirte. Der Trent hielt darauf an, und ein Offizier mit einer grossen bewaffneten Marinewache stieg an Bord. Der Offizier verlangte die Passagierliste, und als man sich weigerte, dieser Forderung nachzukommen, erklärte er Befehl zu haben, die Herren Mason, Slidell, Eustis und Macfarland zu verhaften und sichere Nachricht zu besitzen, dass sich dieselben als Passagiere am Bord des Trent befänden. Während darüber hin und her parlamentirt wurde, trat Herr Slidell heran und erklärte dem amerikanischen Offizier, dass die vier von ihm genannten Personen vor ihm ständen.“

„Der Capitain des Trent und Commander Williams protestirten gegen die Vornahme der gewaltsamen Wegführung der vier Passagiere vom Bord des Trent und aus dem Schutz der englischen Flagge. Aber der San Jacinto war damals nur 200 Yards vom Trent entfernt, seine Schiffsmannschaft in Kampfaufstellung (at quarters), die Kanonenluken offen und die Kanonenpfropfer herausgenom-

men. Widerstand war deshalb ausser Frage und die vier vorgenannten Herrn wurden mit Gewalt vom Schiffe fortgenommen. Eine weitere Forderung ward gemacht, dass der Capitain des Trent sich an Bord des San Jacinto begeben solle, allein er sagte, er werde nicht gehen, er sei denn gleichfalls mit Gewalt gezwungen, und man bestand nicht weiter auf diesem Verlangen.“

„Somit ergiebt sich, dass gewisse Individuen gewaltsam vom Bord eines englischen Fahrzeugs, des Schiffs einer neutralen Macht genommen worden sind, während das Schiff auf einer rechtmässigen und unschuldigen Fahrt begriffen war — ein Akt der Gewaltthätigkeit, welcher ein Affront für die englische Flagge und eine Verletzung des Völkerrechts war.“

„Ihrer Majestät Regierung, eingedenk der freundschaftlichen Beziehungen, welche lange zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten bestanden haben, ist geneigt zu glauben, dass der Vereinigte Staaten-Flottenoffizier, der diesen Ueberfall beging, nicht in Erfüllung irgend einer Autorisation von Seiten seiner Regierung handelte, und dass, wenn er so autorisirt zu sein glaubte, er die empfangenen Instructionen bedeutend missverstanden hat.“

„Denn die Regierung der Vereinigten Staaten musste vollständig überzeugt sein, dass die englische Regierung einen solchen Affront der Nationalehre nicht ohne vollständige Genugthuung hingehen lassen könnte, und Ihrer Majestät Regierung mag nicht glauben, dass es die überlegte Absicht der Regierung der Vereinigten Staaten sein könnte, unnöthiger Weise in die Discussion zwischen den beiden Regierungen eine Frage von so inhaltschwerem Character zu drängen, eine Frage, betreffs welcher die ganze engli-

sche Nation sicherlich in Einmüthigkeit dieses Gefühl hegen würde.“

„Ihrer Majestät Regierung verlässt sich desshalb darauf, dass wenn die Angelegenheit der Erwägung der Vereinigten Staaten-Regierung unterzogen sein wird, diese aus eigenem Antriebe der englischen Regierung diejenige Genugthuung anbieten wird, welche allein die englische Nation zufriedenstellen könnte, nämlich die Freilassung der vier Herrn und ihre Uebergabe an Ew. Herrlichkeit, damit sie wieder unter englischen Schutz gestellt werden, und eine passende Entschuldigung für den stattgehabten Angriff.“

„Sollte Herr Seward diese Bedingungen nicht anbieten, so werden Sie ihm dieselben vorschlagen.“

„Es ist Ihnen gestattet, diese Depesche dem Staatssecretair vorzulesen, und wenn er es wünschen sollte, werden Sie ihm davon Abschrift geben.“

„Russell.“

„An Lord Lyons K. C. u. s. w.“

In welcher Weise der englische Gesandte von dieser Mittheilung Gebrauch machen sollte, besonders auch was einzutreten hätte, wenn seinem Verlangen nicht nachgekommen würde, war natürlich in seinen Instructionen bestimmt. Diese sind nicht veröffentlicht. Wir wissen aber aus der Mittheilung über eine Conversation zwischen Adams und Russell am 19. December, (sie wird in einer übereinstimmenden Weise von Lord Russell und Adams wiedergegeben, von jenem in einer Depesche an Lyons, von diesem, in einer solchen für Seward von gleichem Datum), dass der Auftrag an Lord Lyons, im Fall der Nichterfüllung der Forderung in 7 Tagen nach Uebergabe der Note Washington zu verlassen, absichtlich nicht in die vorzulesende Depesche aufgenommen wurde, und dass Lord

Lyons eine Beantwortung der Frage, was im Fall der Weigerung eintreten würde, ablehnen sollte, um nicht den Anschein einer Drohung zu geben. Ebenso erklärte Lord Russell damals, dass die Erklärung der amerikanischen Regierung, sie habe jene Wegnahme nicht autorisirt, die Stelle einer Apologie vertreten würde. Ausserdem bietet eine Einlage eines Russell'schen Schreibens vom 11. Januar 1862 noch weiteren officiellen Aufschluss. Letzteres lautet:

„— — — Um Ew. Herrlichkeit durch ein öffentliches Dokument ein Beweisstück zu geben, dass Sie strict nach den empfangenen Instructionen gehandelt haben, schliesse ich einen Auszug eines Privatschreibens bei, welches ich am 1. December v. J. an Sie absandte.“

„Russell.“

Einlage

(Auszug aus einem Privatbrief des Lord Russell an Lord Lyons Dec. 1. 1861.)

„Die Depeschen, welche das Cabinet gestern beschlossen hat, und die ich heute Morgen unterzeichnet habe, legen Ihnen eine unangenehme Aufgabe auf. Mein Wunsch würde sein, dass Sie bei Ihrer ersten Unterredung mit Herrn Seward meine Depesche nicht mitnehmen, sondern ihn nur darauf vorbereiten, und ihn auffordern, dass er mit dem Präsidenten und dem Cabinet beschliesse, welche Handlungsweise sie vorschlagen wollen. Das nächste Mal sollten Sie die Depesche mitbringen und ihm vollständig vorlesen.“

„Wenn er fragt, was die Folge seiner Weigerung derselben nachzukommen sein wird, sollten Sie, meine ich, sagen, dass Sie den Wunsch haben, ihn und den Präsidenten völlig frei ihr Verfahren bestimmen zu lassen, und dass

Sie Sich von irgend Etwas, welches einer Drohung gleichkomme, fernhalten möchten.“

Da die amerikanische Regierung, wenn sie auch schon in einer am 30. November an den Gesandten Adams abgegangenen Depesche *) freie Hand zu haben erklärt, doch

*) Der Vollständigkeit wegen möge der betreffende Passus der Note hier Platz finden, deren Hauptgegenstände frühere Vorfälle sind.

— — „Seit jener Unterhaltung hat Capitain Wilkes vom Dampfschiff San Jacinto einen englischen Colonialdampfer gebordet und von seinem Deck zwei Insurgenten weggenommen, welche in einem hochverrätherischen Auftrage gegen ihr Vaterland nach Europa auf der Reise waren. Diess ist ein neuer Incidenzfall, Lord Palmerston unbekannt, und wenigstens in seinen näheren Umständen von ihm unvorhergesehen. Er muss von den beiden Regierungen in dem angedeuteten Geiste behandelt und wo möglich beseitigt werden.

Lord Lyons hat sich verständiger Weise enthalten, mit uns von dem Gegenstande anzufangen, indem er, wie ich vermuthe, Instructionen von daheim abwartet. Wir haben nichts gethan diesen Gegenstand betreffend, um die Discussion zu anticipiren und wir haben Sie desshalb mit keinen Erklärungen versehen. Wir bleiben auch jetzt bei dieser Behandlung, weil wir es für weiser halten, dass die Position, welche die englische Regierung einnimmt, uns erst hier bekannt gegeben wird, und dass die Discussion, wenn in der That eine solche eintreten soll, hier vor sich geht.

Es ist indess passend, dass Sie einen Umstand kennen lernen, ohne dass ich jedoch damit sagen will, dass wir demselben Gewicht beilegen, nämlich, dass Capitain Wilkes ohne Instructionen von der Regierung gehandelt hat, und der Gegenstand deshalb von der Erschwerung frei ist, welche hätte ein-

nach den inofficiellen Besprechungen zwischen Lord Lyons und M. Seward, vom 20. December anfangend, keine Anstalt machte, aus eigenem Entschlusse die nöthige Genugthuung zu gewähren, sah sich der Gesandte genöthigt, am 23. December die officiële Mittheilung der Russell'schen Note vorzunehmen.

Mittlerweile hatten die europäischen Grossmächte sich im Interesse des Weltfriedens und des Rechts der neutralen Schifffahrt veranlasst gefunden, der nordamerikanischen Regierung ihre Ansichten über den Conflict auszu- drücken. Am ausführlichsten that diess das französische Gouvernement in der folgenden von M. Thouvenel an den Gesandten zu Washington M. Mercier unterm 3. December gerichteten Depesche.

Thouvenel an Mercier.

„Paris le 3. decembre 1861.“

„Monsieur, l'arrestation de MM. Mason et Slidell, à bord du paquebot anglais le Trent, par un croiseur américain, a produit en France, sinon la même émotion qu'en Angleterre, au moins un étonnement et une sensation extrêmes.“

treten können, wenn jene Handlung ausdrücklich von uns angeordnet worden wäre.

Ich vertraue darauf, dass die englische Regierung den Gegenstand in einer freundschaftlichen Stimmung betrachten wird und sie darf die besten Dispositionen von unserer Seite erwarten.

Ogleich diess eine confidentielle Note ist, werde ich nichts dagegen haben, wenn Sie dieselbe Earl Russell und Lord Palmerston vorlesen, sollten Sie diess für räthlich erachten.“

„L'opinion publique s'est au plus tôt préoccupée de la légitimité et des conséquences d'un acte semblable, et l'impression qu'elle en a ressentie n'a pas été un instant douteuse. Le fait lui a paru tellement en désaccord avec les règles ordinaires du droit international, qu'elle s'est plu à en faire exclusivement peser la responsabilité sur le commandant du San Jacinto.

„Il ne nous est pas donné encore de savoir si cette supposition est fondée, et le gouvernement de l'Empereur a dû, dès lors, examiner aussi la question que soulevait l'enlèvement des deux passagers du Trent. Le désir de contribuer à prévenir un conflit imminent, peut-être, entre deux puissances pour lesquelles il est animé de sentiments également amicaux, et le devoir de maintenir, — à l'effet de mettre les droits de son propre pavillon à l'abri de toute atteinte, — certains principes essentiels à la sécurité des neutres, l'ont, après mûre réflexion, convaincu qu'il ne pouvait, en cette circonstance, rester complètement silencieux.

„Si, à notre grand regret, le cabinet de Washington était disposé à approuver la conduite du commandant du San Jacinto, ce serait ou en considérant MM. Mason et Slidell comme des ennemis, ou en ne voyant en eux que des rebelles. Dans l'un comme dans l'autre cas, il y aurait un oubli extrêmement fâcheux de principes sur lesquels nous avons toujours trouvé les Etats-Unis d'accord avec nous.

„A quel titre, en effet, le croiseur américain aurait-il, dans le premier cas, arrêté MM. Mason et Slidell? Les Etats-Unis ont admis avec nous, dans les traités conclus entre les deux pays, que la liberté du pavillon s'étendait aux personnes trouvées à bord, fussent-elles ennemies des

deux parties, à moins qu'il ne s'agit de gens de guerre actuellement au service de l'ennemi. MM. Mason et Slidell étaient donc, en vertu de ce principe, que nous n'avons jamais rencontré de difficulté à faire insérer dans nos traités d'amitié et de commerce, parfaitement libres sous le pavillon neutre de l'Angleterre.

„On ne prétendra pas, sans doute, qu'ils pouvaient être considérés comme contrebande de guerre. Ce qui constitue la contrebande de guerre n'est pas encore, il est vrai, précisément fixé; les limites n'en sont pas absolument les mêmes pour toutes les puissances; mais en ce qui se rapporte aux personnes, les stipulations spéciales qu'on rencontre dans les traités concernant les gens de guerre, définissent nettement le caractère de celles qui peuvent seules être saisies par les belligérants.

„Or, il n'est pas besoin de démontrer que MM. Mason et Slidell ne sauraient être assimilés aux personnes de cette catégorie. Il ne resterait, dès lors, à invoquer, pour expliquer leur capture, que ce prétexte qu'ils étaient les porteurs des dépêches officielles de l'ennemi. Or, c'est ici le moment de rappeler une circonstance qui domine toute cette affaire et qui rend injustifiable la conduite du croiseur américain.

„Le Trent n'avait pas pour destination un point appartenant à l'un des belligérants. Il portait en pays neutre sa cargaison et ses passagers, et c'était de plus dans un port neutre, qu'il les avait pris. S'il était admissible que dans de telles conditions le pavillon neutre ne couvrit pas complètement les personnes et les marchandises qu'il transporte, son immunité ne serait plus qu'un vain mot: à chaque instant le commerce et la navigation des puissances tierces aurait à souffrir de leurs rapports innocents

ou même indirects avec l'un ou l'autre des belligérants. Ces derniers ne se trouveraient plus seulement en droit d'exiger du neutre une entière impartialité, de lui interdire toute immixtion aux actes d'hostilité, ils apporteraient à sa liberté de commerce et de navigation des restrictions dont le droit international moderne s'est refusé à admettre la légitimité. On en reviendrait, en un mot, à des pratiques vexatoires contre lesquelles, à d'autres époques, aucune puissance n'a plus vivement protesté que les Etats-Unis.

„Si le cabinet de Washington ne voulait voir dans les deux personnes arrêtées que des rebelles qu'il est toujours en droit de saisir, la question, pour se placer sur un autre terrain, n'en saurait être résolue davantage dans un sens favorable à la conduite du commandant du San Jacinto. Il y aurait, en pareil cas, méconnaissance du principe qui fait d'un navire une portion du territoire de la nation dont il porte le pavillon, et violation de l'immunité qui s'oppose à ce qu'un souverain étranger y exerce, par conséquent, sa juridiction. Il n'est pas nécessaire, sans doute, de rappeler l'énergie avec laquelle, en toute occasion, le gouvernement des Etats-Unis a défendu cette immunité et le droit d'asile qui en est la conséquence.

„Ne voulant pas entrer dans une discussion plus approfondie des questions soulevées par la capture de MM. Mason et Slidell, j'en ai dit assez, je crois, pour établir que le cabinet de Washington ne saurait, sans porter atteinte à des principes dont toutes les puissances neutres sont également intéressées à assurer le respect, ni sans se mettre en contradiction avec sa propre conduite jusqu'à ce jour, donner son approbation aux procédés du San Jacinto. En cet état de choses, il n'a évidemment pas, selon nous, à hésiter sur la détermination à prendre.

Lord Lyons est déjà chargé de présenter les demandes de satisfaction que le cabinet anglais est dans la nécessité de formuler, et qui consistent dans la relaxation immédiate des personnes enlevées à bord du Trent, et dans l'envoi d'explications qui ôtent à ce fait son caractère offensant pour le pavillon britannique. Le gouvernement fédéral s'inspirera d'un sentiment juste et élevé en déférant à ces demandes. On chercherait vainement dans quel but, dans quel intérêt il risquerait de provoquer, par une attitude différente, une rupture avec la Grande-Bretagne.

„Pour nous, qui verrions dans ce fait une complication déplorable à tous égards des difficultés avec lesquelles le cabinet de Washington a déjà à lutter, et un procédé de nature à inquiéter sérieusement toutes les puissances restées en dehors du conflit actuel nous croyons donner un témoignage de loyale amitié au cabinet de Washington en ne lui laissant pas ignorer, en cette circonstance, notre manière de voir.

„Je vous invite donc, monsieur, à saisir la première occasion de vous en ouvrir franchement avec M. Seward, et s'il vous en fait la demande, de lui remettre une copie de cette dépêche.

„Recevez, etc.

„Signé: Thouvenel.“

Zu spät, um mehr zu leisten, als guten Willen zu zeigen, und zu allgemein gehalten, um der wissenschaftlichen Discussion viel nützen zu können, mögen hier doch der Vollständigkeit wegen die resp. österreichische und preussische Depesche Platz finden.

Graf Rechberg an Chev. Hülsemann.

„Wien, 18. December 1861.“

„Die Streitsache, welche zwischen der Regierung der

Vereinigten Staaten und jener Grossbritanniens in Folge der durch den Capitän des amerikanischen Kriegsschiffes San Jacinto an Bord des englischen Paketbootes Trent bewirkten Verhaftung der Herren Mason und Slidell entstanden ist, konnte nicht verfehlen, die ernsteste Aufmerksamkeit des kaiserlichen Cabinets auf sich zu ziehen.

„Je mehr Gewicht wir auf die Erhaltung der guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und England legen, umsomehr haben wir einen Zwischenfall bedauern müssen, welcher einer schon mit so vielen Schwierigkeiten besäeten Situation noch eine so erhebliche Verwicklung hinzufügen sollte.“

„Ohne in eine nähere Prüfung der Rechtsfrage hier eingehen zu wollen, können wir doch nicht verkennen, dass nach den von allen Mächten angenommenen und auch von der amerikanischen Regierung oft als massgebend für ihr Verhalten anerkannten internationalen Rechtsbegriffen England in dem vorliegenden Falle sich nicht enthalten konnte, gegen die seiner Flagge zugefügte Verletzung zu reklamieren und dafür gerechte Genugthuung zu fordern. Es scheint uns überdiess, dass die von dem Cabinet von St. James in dieser Hinsicht formulirten Forderungen nichts Verletzendes für das Cabinet von Washington haben, und dass dieses, ohne seiner Würde das Geringste zu vergeben, einen Akt der Billigkeit und Mässigung vollziehen können.“

„Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten die für die internationalen Beziehungen geltenden Regeln und die Rücksichten einer erleuchteten Politik mehr in Betracht zieht, als die durch eine übertriebene Erregung der Volksgefühle hervorgerufenen Kundgebungen, so wird sie — wir hoffen es gerne — in ihrer Würdigung alle jene Ruhe zeigen, welche die Bedeutsamkeit des Falles erfordert, und

sie wird es für angemessen erachten, bei einem Entschlusse stehen zu bleiben, welcher, indem er die Beziehungen zwischen zwei grossen Staaten, mit denen Oesterreich durch gleiche Freundschaftsbande verbunden ist, vor einem Bruche bewahrt, geeignet sein wird, den ernstesten Störungen vorzubeugen, welche die Eventualität eines Krieges unfehlbar sowol für jeden der streitenden Theile, als für die Angelegenheiten des ganzen Erdkreises herbeiführen würde. Sie wollen, p. p., die vorstehenden Betrachtungen zur Kenntniss des Herrn Seward bringen, und uns von der Art und Weise, wie der Herr Minister unsere Mittheilung aufgenommen, Bericht erstatten.“

„Empfangen Sie etc. etc.“

„Rechberg.“

Graf von Bernstorff an Freiherrn von Gerolt.

Berlin, 25. December 1861.

„Hochwohlgeborner Freiherr! Die kriegerischen Massregeln, welche der Präsident Lincoln zur See über die von der Union sich trennenden Staaten des Südens verhängt hat, mussten gleich bei ihrem Eintreten die königliche Regierung mit der Besorgniss erfüllen, dass sie leicht Anlass zu Beeinträchtigungen der legitimen Interessen neutraler Staaten geben könnten. Diese Besorgniss ist leider durch die an Bord des neutralen Postdampfers Trent erfolgte gewaltsame Verhaftung und Abführung der Herren Slidell und Mason durch den Befehlshaber des nord-amerikanischen Kriegsschiffes San Jacinto vollständig gerechtfertigt worden. Es hat dieser Vorfall, wie Ew. Hochwohlgeboren leicht ermessen werden, in England, wie in ganz Europa, das grösste Aufsehen erregt und nicht nur die Cabinete, sondern auch die öffentliche Meinung in die

Marquardsen, Trent-Fall.

lebhafteste Spannung versetzt. Wird durch jenen Akt zunächst allerdings nur England berührt, so ist doch zugleich eines der wesentlichsten und allseitig anerkannten Rechte der neutralen Flagge dabei in Frage gestellt. Einer Erörterung des in Betracht kommenden Rechtspunktes darf ich mich hier enthalten. In Europa hat die öffentliche Meinung sich mit seltener Einstimmigkeit auf das entschiedenste für den verletzten Theil ausgesprochen. Wir selbst haben bisher nur Anstand genommen, uns gegen Ew. Hochwohlgeboren über den Vorfall zu äussern, weil wir bei dem Mangel an zuverlässigen Nachrichten Zweifel hegten, ob der Capitän des San Jacinto bei seinem Verfahren von einer ihm ertheilten Vorschrift seiner Regierung geleitet worden sein möchte oder nicht. Wir ziehen noch in dieser Stunde vor, das Letztere anzunehmen. Sollte jedoch das Erstere sich als das wahre Sachverhältniss erweisen, so würden wir uns genöthigt sehen, dem Vorfalle eine ernstere Bedeutung beizulegen und darin zu unserem grössten Bedauern nicht eine vereinzelte Thatsache, sondern vielmehr eine offene Bedrohung der allen Neutralen zustehenden Rechte zu erblicken. Noch sind die englischerseits an das dortige Cabinet gerichteten Anforderungen, von deren Annahme die Erhaltung des Friedens bedingt erscheint, uns nicht zuverlässig bekannt. So weit wir aber davon Kunde haben, hegen wir die Ueberzeugung, dass man von Seiten Englands keine Bedingungen aufgestellt hat, durch welche das Selbstgefühl des Präsidenten Lincoln mit Grund verletzt werden könnte. Se. Maj. der König, von den aufrichtigsten Wünschen für das Wohl der Vereinigten Staaten von Nordamerika beseelt, haben mir befohlen, bei dem Präsidenten Lincoln durch Ew. Hochwohlgeboren Vermittlung der Sache des Friedens mit allem

Nachdruck das Wort zu reden. Wir würden uns glücklich schätzen, wenn es uns auf diese Weise gelänge, zur friedlichen Lösung eines Conflictes beizutragen, aus welchem die grössten Gefahren hervorgehen können. Es ist möglich, dass zur Stunde der Präsident seine Entschliessung bereits gefasst und ausgesprochen hat. Welcher Art dieselbe aber auch sein möge, jedenfalls wird es der königlichen Regierung, im Hinblick auf die nie gestörten Beziehungen aufrichtiger Freundschaft, welche zwischen Preussen und den Vereinigten Staaten seit deren Gründung bestehen, zur Beruhigung dienen, ihre Auffassung des vorliegenden Falles, so wie ihre daran sich knüpfenden Wünsche, dem Cabinete von Washington mit unumwundener Offenheit dargelegt zu haben. Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, die vorstehende Depesche ohne Verzug dem dortigen Staatssecretär vorlesen und ihm auf seinen Wunsch Abschrift derselben zustellen zu wollen. Ueber die Erledigung dieses Auftrages sehe ich Ihrer demnächstigen gefälligen Anzeige entgegen. — Empfangen Ew. Hochwohlgeboren die erneuerte Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.

„Bernstorff.“

Offenbar hat es die Regierung der Vereinigten Staaten einen schweren Kampf gekostet, dem englischen Verlangen nachzukommen. Noch am 26. December erfuhr der französische Gesandte M. Mercier von Herrn Seward als den Stand der Frage, dass Nichts entschieden sei. Allein wahrscheinlich deutete dieser damit nur auf Meinungsverschiedenheiten des Cabinets hin, denn am 27. December Morgens empfing Lord Lyons die Antwort, an welcher Krieg und Frieden hing, in Gestalt der folgenden Note:

Mr. Seward an Lord Lyons.

„Staatsdepartement, Washington den 26. December 1861.“

„— — — — *) Die Depesche ist dem Präsidenten unterbreitet worden. Die englische Regierung hat richtig vermuthet, was jetzt zu sagen meine Pflicht ist, dass Capitain Wilkes, indem er das fragliche Verfahren sich vornahm und ausführte, nach seiner eigenen Auffassung seiner Pflichten handelte ohne irgend welche Anweisung, Instruction oder auch nur vorherige Kenntniss davon auf Seiten seiner Regierung. Weder ihm noch irgend anderen Flottenoffizieren sind Instructionen gegeben worden, die genannten vier Personen oder irgend eine von ihnen am Bord des Trent oder irgend eines anderen englischen Schiffs am Platze, wo es geschah, oder irgendwo sonst festzunehmen.“

„Die englische Regierung wird gerechter Weise aus diesen Thatsachen schliessen, dass die Vereinigten Staaten weder die Absicht noch auch nur den Gedanken gehegt haben, die vorliegende Frage oder irgend eine andere, welche das englische Nationalgefühl irgendwie erregen könnte, mit Gewalt in Verhandlung zu bringen.“

„Es ist wahr, dass eine Vollkugel von der Drehkanone des San Jacinto bei dem Herankommen des Trent abgefeuert wurde, aber wie die Thatsachen hierher rapportirt worden sind, wurde der Schuss nichtsdestoweniger ab-

*) Der Anfang des überaus lang gedehnten Aktenstücks enthält nur eine Recapitulation der Russellschen Note und konnte füglich, ohne der Vollständigkeit Eintrag zu thun, hier weggelassen werden.

sichtlich in einer vom Cours des Trent so abweichenden Richtung gefeuert, dass er so harmlos wie ein blinder Schuss war, während er in der That auch nur als Signal dienen sollte. So erfuhren wir auch, dass der Trent sich nicht langsam dem San Jacinto näherte, als eine Bombe über sein Bugspriet geworfen wurde, sondern dass das Schiff mit voller Dampfkraft fuhr oder doch zu fahren schien, als ob es die Absicht hätte, am San Jacinto vorbeizukommen.“

„Wir sind auch dahin berichtet, dass der anbordende Offizier (Lieutnant Fairfax) nicht mit einer grossen bewaffneten Macht anbordete, sondern seine Marinesoldaten in seinem Boot liess, während er den Trent betrat. Er gab seine vom Capitain Wilkes erhaltenen Instructionen, nach den vier genannten Personen zu suchen, in respectvoller und höflicher, wenn auch entschiedener Form zu erkennen, und forderte den Capitain auf, ihm die Passagierliste zu zeigen, was verweigert wurde. Der Lieutenant wandte, wie wir berichtet sind, keine absolute Gewalt bei der Hinüberschaffung der Passagiere an, aber er gebrauchte gerade soviel, als nöthig war, um die betreffenden Personen zu überzeugen, dass Weigerung oder Widerstand vergeblich sein würde.“

„So sind wir auch dahin berichtet, dass der Capitain des Trent niemals und in keiner Weise aufgefordert worden ist, an Bord des San Jacinto zu kommen.“

„Diese Modificationen des Falls, wie er von Commander Williams dargestellt worden ist, beruhen auf unseren officiellen Berichten.“

„Ich habe jetzt Ew. Herrlichkeit an einige Thatfachen zu erinnern, welche ohne Zweifel von Lord Russell aus dem sehr entsprechenden und richtigen Motiv ausge-

lassen wurden, damit sie von Seiten der Vereinigten Staaten in der der diesseitigen Regierung am Meisten zusagenden Weise in die Verhandlung gebracht werden könnten.“

„Diese Umstände sind, dass zur Zeit, wo der Vorfall sich ereignete, in den Vereinigten Staaten eine Insurrection stattfand, welche die diesseitige Regierung durch die Anwendung von Land- und Seekriegsmacht zu unterdrücken beschäftigt war, dass in Bezug auf diesen inneren Zwist die Vereinigten Staaten Grossbritannien als eine befreundete Macht betrachteten, während es selbst die Stellung eines Neutralen annahm, und dass Spanien ebenso betrachtet wurde, und seinerseits dieselbe Stellung wie Grossbritannien angenommen hatte. Durch Notenaustausch ist bestimmt worden, dass die Vereinigten Staaten und England gegenseitig als anwendbar auf diesen lokalen Streit die zwei vom Pariser Congress 1856 in seiner Declaration aufgestellten Artikel anerkannt haben, wonach die neutrale oder befreundete Flagge feindliches Gut, soweit es nicht Kriegsgontrebande ist, decken soll, und neutrale nicht Contrebande-Güter unter feindlicher Flagge der Captur nicht unterliegen sollen.“

„Diese Ausnahme der Contrebande von der Begünstigung war eine negative Anerkennung des bis dahin überall als ein Theil des Völkerrechts angesehenen Grundsatzes, dass, was einmal Contrebande ist, in allen Fällen der Wegnahme und Confiscation unterliegt.“

„James M. Mason und Macfarland sind Bürger der Vereinigten Staaten und Bewohner von Virginien. John Slidell und George Eustis sind Bürger der Vereinigten Staaten und Bewohner von Louisiana.“

„Als diese Personen sich auf dem Trent einschifften, war es in der Havannah wohlbekannt, dass James M.

Mason sich nach England mit dem angenommenen Character eines bevollmächtigten Ministers für den Hof von St. James begab, unter einer angeblichen Beglaubigung von Jefferson Davis, welcher sich für den Präsidenten der Insurgentenpartei in den Vereinigten Staaten ausgab; und dass Macfarland ihn in dem ebenso unwirklichen Character eines Secretairs der angeblichen Gesandtschaft begleitete.

„John Slidell war unter ähnlichen Umständen auf der Reise nach Paris als angeblicher Gesandter an den Kaiser der Franzosen und George Eustis war der erkorene Legationssecretair für diese angebliche Mission. Die Thatsache, dass diese Personen sich den Character beigelegt haben, ist seitdem von dem gedachten Jefferson Davis in einer angeblichen Botschaft an einen ungesetzlichen und insurrectionellen Congress zugestanden worden. Man hat, wie wir meinen, mit Recht präsumirt, dass diese Gesandten angebliche Beglaubigungsschreiben und Instructionen mit sich führten, und solche Papiere sind in der Rechtssprache als Depeschen bekannt. Von unserem Consul in Paris haben wir erfahren, dass diese Depeschen, welche der Durchsuchung des Trent entgingen, wirklich befördert und an Emissäre der Insurrection in England ausgeliefert worden sind.“

„Obgleich nicht essentiell, ist es doch am Platze zu behaupten, wie ich nach Meldung und Glauben thue, dass der Eigenthümer und Agent, sowie alle Offiziere des Trent, einschliesslich des Commander Williams, Kenntniss von den angenommenen Characteren und Zwecken der genannten Personen hatten, als diese sich auf jenem Fahrzeuge einschifften.“

„Ew. Herrlichkeit wird jetzt ersehen, dass der vor-

liegende Fall statt einen durchaus flagranten Gewaltact von Seiten des Capitain Wilkes darzustellen, wie allerdings aus seiner unvollständigen Berichterung, welche darüber an die englische Regierung gelangte, geschlossen werden konnte, von Capitain Wilkes als ein einfacher, rechtmässiger, herkömmlicher Vorgang unternommen wurde, als Anhaltung und Captur eines neutralen Schiffs, welches für den Gebrauch und Vorthail der Insurgenten Kriegscontrabande beförderte.“

„Die Frage vor uns ist, ob dieses Verfahren vom Völkerrecht sanctionirt war und dessen Vorschriften dabei eingehalten wurden. Sie involvirt die folgenden Untersuchungen:“

- 1) Waren die genannten Personen und ihre vermutheten Depeschen Kriegscontrabande?
- 2) Konnte Capitain Wilkes rechtmässiger Weise den Trent anhalten und nach diesen Contrabande-Personen und Depeschen durchsuchen?
- 3) Uebte er dieses Recht in rechtmässiger und gehöriger Art?
- 4) Hatte er, nachdem er die Contrabande - Personen an Bord und im vermutheten Besitz der Contrabande-Depeschen gefunden, das Recht, diese Personen der Captur zu unterwerfen?
- 5) Machte er von diesem Recht der Captur in der vom Völkerrecht erlaubten und anerkannten Weise Gebrauch?

„Wenn alle diese Fragen affirmativ entschieden werden müssten, wird der englischen Regierung kein Anspruch auf Genugthuung zustehen. Ich wende mich zur ersten Untersuchung: „„Waren die vier erwähnten Personen und ihre vermutheten Depeschen Contrabande?““

„Das Seerecht findet, wie seine wissenschaftlichen Autoritäten (professors) sagen, seine Anwendung so allgemein in rem d. h. auf Eigenthumsgegenstände und so selten auf Personen, dass es ein Pressen des Ausdrucks Contrebande scheint, ihn auf letztere anzuwenden. Aber Personen so gut als Sachen können Contrebande werden, da das Wort allgemein ausdrücken will, „wider eine Proklamation, verboten, illegal, unerlaubt.“ Alle Schriftsteller und Richter erklären Seeleute und Militairpersonen im Dienst des Feindes als Contrebande.“

„Vattel sagt: „„Der Krieg erlaubt uns, einem Gegner alle seine Hülfsmittel abzuschneiden und ihn zu hindern, Gesandte auszuschicken, um Beistand zu erbitten.““ Und Sir William Scott sagt: „„Man darf den Gesandten seines Feindes auf der Passage anhalten.““ Depeschen sind nicht weniger klärlich Contrebande und die Boten oder Couriere, welche die Beförderung derselben übernehmen, fallen unter dieselbe Condemnation.“

„Man könnte eine Subtilität daraus machen, ob angebliche Gesandte einer usurpatorischen Staatsgewalt, die als legal weder von dem Kriegführenden noch dem Neutralen anerkannt ist, als Contrebande angesehen werden können. Aber eine solche würde verschwinden, wenn man sie dem wahren Probirstein in allen Fällen, nämlich dem Geist des Gesetzes unterwirft. Indem Sir William Scott von Civilbeamten spricht, welche als Contrebande festgenommen und gefangen gehalten waren, sagt er: „„Es scheint mir, was das Princip anbelangt, nur richtig (reasonable), dass wenn es für den Feind von hinreichender Wichtigkeit ist, dass solche Personen im öffentlichen Dienst auf öffentliche Kosten ausgesendet werden, diess gleichen Grund zur Verwirkung des Schiffes abgeben müsste, wel-

ches für einen so unmittelbar mit den Kriegsoperationen verknüpften Zweck vermiethet sein sollte.““ Ich bin gewiss, nachgewiesen zu haben, dass die vier durch Capitain Wilkes vom Trent weggenommenen Personen und ihre Depeschen Kriegscontrebande waren.“

„Die zweite Frage ist, ob Capitain Wilkes nach Völkerrecht befugt war, den Trent anzuhalten und zu durchsuchen.“

„Der Trent, obgleich er die Post beförderte, war ein Contract- oder Handels-Schiff, ein gewöhnliches Frachtfahrzeug, denn hier kennt das Völkerrecht nur 3 Klassen von Schiffen — Kriegsschiffe, Zollschiffe und Handelsschiffe. Der Trent fällt unter die dritte Klasse. Was für Streitigkeiten auch über das Durchsuchungsrecht in Friedenszeiten obgewaltet haben, wir dürfen annehmen, dass in neueren Zeiten keine vorgekommen sind in Betreff des Rechts eines Kriegführenden während des Kriegs Contrebande in neutralen und selbst befreundeten Handelsschiffen zu kapern, und in Betreff des Durchsuchungsrechts, um zu entscheiden, ob die Schiffe neutral und als solche nach dem Völkerrecht gehörig legitimirt sind.“

„Ich nehme im vorliegenden Falle an, was, wie ich in den englischen Autoritäten ersehe, von England selbst als wahrer Seerechtssatz betrachtet wird, dass der Umstand, dass der Trent von einem neutralen Hafen nach einem anderen neutralen Hafen fuhr, die Rechte des kriegführenden Staats nicht modifizirt.“

„Die dritte Frage ist, ob Capitain Wilkes das Durchsuchungsrecht in gesetzmässiger und gehöriger Weise übte? Wenn nach der von der britischen Regierung angenommenen Version des Vorfalls irgend ein Zweifel über diesem Punkt hing, so denke ich, muss dieser schon vor den

meinerseits beigebrachten Modificationen dieser Version geschwunden sein.“

„Ich gehe zur vierten Untersuchung über — ob Captain Wilkes, nachdem er die vermuthete Contrebande am Bord des Trent gefunden, das Recht hatte, sie zu kapern? Die Captur ist der Haupt-, wenn nicht der allein anerkannte Zweck der gestatteten Durchsuchung. Das Prinzip des Rechtssatzes ist, dass der der Gefahr ausgesetzte Kriegführende die Contrebande-Personen und Sachen verhindern darf, sich den beabsichtigten feindlichen Zwecken zu widmen oder widmen zu lassen. Das Völkerrecht ist in diesem Punkt so überaus liberal, dass, wenn Contrebande am Bord eines neutralen Schiffs gefunden wird, nicht bloss die Contrebande verwirkt ist, sondern auch das Schiff, welches das Vehikel der Passage oder des Transports ist, infiziert und selbst zur Contrebande wird und der Captur und Confiscation unterliegt *).“

„Es bleibt nur noch die fünfte Frage: Uebte Captain Wilkes das Recht, die Contrebande zu nehmen, den Gesetzen des Völkerrechts conform aus? Gerade hier beginnen die Schwierigkeiten des Falls. Was ist die vom Völkerrecht vorgeschriebene Art und Weise, die Contrebande zu behandeln, wenn man sie am Bord des neutralen Schiffs gefunden und in Besitz genommen hat?“

„Die Antwort wäre leicht gefunden, wenn die Frage wäre, was hat man mit dem Contrebande-Schiff zu thun? Man muss es in einen gelegenen Hafen bringen oder bringen lassen und daselbst eine gerichtliche Verfolgung nach Ad-

*) Hier ist Herr Seward mit dem neueren Völkerrecht im Widerspruch vgl. oben S. 48.

miralitätsrecht dagegen anstellen, wonach die Fragen über Kriegführung, Neutralität, Contrebande und Captur untersucht und entschieden werden. Ebenso findet sich rasch die gleiche Antwort, wenn die Frage wäre: Welches Verfahren schreibt das Völkerrecht vor in Betreff der Contrebande, wenn sie aus Sachen von materiellem oder Geldwerth besteht?“

„Aber die Frage betrifft hier die Prozedur nicht mit dem Schiffe, welches die Contrebande führte, noch mit Contrebandesachen, welche die Verwirkung des Schiffs nach sich zogen, sondern mit Contrebande-Personen. Die Rechtsbücher sind stumm, dennoch ist die Frage ebenso wichtig, als sie schwierig ist. Einmal hat der kriegführende Captor ein Recht zu verhindern, dass der Contrebande-Offizier, Soldat, Matrose, Gesandte, Bote oder Träger seine ungesetzliche Reise fortsetzt und den bestimmten Schauplatz seines verderblichen Dienstes erreicht. Aber auf der anderen Seite, die ergriffene Person kann unschuldig — d. h. nicht Contrebande sein. Sie hat deshalb ein Anrecht auf eine gehörige Untersuchung der Anklage gegen sie. Der neutrale Staat, welcher sie unter seine Flagge aufgenommen hat, ist verpflichtet sie zu schützen, wenn sie nicht Contrebande ist, und hat deshalb seinerseits einen Anspruch darauf, betreffs dieser wichtigen Frage vollen Beweis geführt zu sehen. Treu und Glauben des Staats ist für die Sicherheit der Person verpfändet, wenn sie unschuldig, ebenso wie seine Gerechtigkeit für die Uebergabe einzustehen hat, wenn die Person wirklich Contrebande ist.“

„Hier sind widerstreitende Ansprüche, wobei persönliche Freiheit, Leben, Ehre und Pflicht zur Frage stehen, hier sind widerstreitende National-Ansprüche, wobei es sich um Wohlfahrt, Sicherheit, Ehre und Staatshoheit handelt.

Sie fordern einen Gerichtshof und eine gerichtliche Untersuchung. Die Captoren und die Gefangengenommenen sind gleichgestellt, die Neutralen und der kriegführende Staat sind gleichgestellt.“

„Während man die Rechtsautoritäten schweigend fand, wurde schon früh von der diesseitigen Regierung der Vorschlag gemacht, dass man die festgenommenen Personen in einen passendgelegenen Hafen bringe und dort eine gerichtliche Untersuchung anstelle, um die Controverse zur Entscheidung zu bringen. Aber in Seesachen haben nur Admiralitätsgerichte Jurisdiction und diese haben nur Formen, um Ansprüche auf Contrebandesachen zu entscheiden, aber keine in Betreff von Contrebande-Personen. Diese Gerichtshöfe können zu Gunsten oder gegen angebliche Contrebandepersonen kein Verfahren anstellen noch Urtheile geben.“

„Man erwiederte darauf: „„Alles diess ist richtig, aber man kann in diesen Gerichtshöfen auf einem Umwege eine Entscheidung erzielen, welche das moralische Gewicht einer richterlichen haben würde. Man bringe die verdächtigen Personen mit dem verdächtigen Schiffe in den Hafen, und lasse daselbst die Frage entscheiden, ob das Schiff Contrebande ist. Diess kann man durch den Beweis darthun, dass die Personen Contrebande sind, und das Gericht muss alsdann das Schiff als Contrebande erklären.““

„Wenn die Personen nicht Contrebande sind, wird das Schiff der Condemnation entgehen. Aber auch dann ist noch kein Urtheil für oder gegen die weggenommenen Personen vorhanden. Aber man nahm an, dass aus der Entscheidung des Gerichtshofs über das Schiff eine rechtliche Gewissheit über den Character der Personen resultiren würde. Dieser Gang des Verfahrens schien manchem

Einwand ausgesetzt. Er erhebt die nur einen Incidenzpunkt bildenden niederen Privatinteressen zu der Stelle, welche dem entscheidenden wichtigen öffentlichen zukommt, und kann möglicher Weise die Geschicke, die Wohlfahrt oder Existenz einer Nation von dem Zufall eines rein persönlichen, um Geld geführten Rechtsstreits abhängig machen.“

„Dazu bringt die Entscheidung des Prisengerichtshofes über die Rechtmässigkeit der Captur der Schiffe in der That Nichts zum wirklichen Abschluss und bindet weder den Neutralen noch den kriegführenden Staat betreffs der grossen Frage, was mit den gefangenen Contrebande-Personen zu machen ist. Diese Frage muss dann immer noch, wenn überhaupt, durch diplomatisches Arrangement oder durch Krieg erledigt werden.“

„Wir mögen uns wohl erstaunen, wenn wir erfahren, dass das Völkerrecht keinen verständigeren, praktischeren und besseren Weg, als den gedachten bietet, um Fragen von so gewichtiger Bedeutung zwischen souverainen Staaten zur Entscheidung zu bringen. Das Bedauern, welches wir bei dieser Gelegenheit empfinden mögen, wird jedoch durch den Gedanken abgeschwächt, dass diese Schwierigkeit nicht durchaus anomal ist.

„Aehnliche und gleiche Lücken finden sich in jedem System der Einzelstaatsordnungen, besonders in dem Rechtssystem, welches in den grösseren Gebietstheilen Grossbritanniens und den Vereinigten Staaten gilt. Der Rechtstitel an beweglichem Gut kann von einem Gerichtshof kaum jemals entschieden werden, ohne dass man seine Zuflucht zu der Fiction nimmt, dass der Kläger die Sache verloren und der Inhaber sie gefunden habe; und der Titel

an unbeweglichen Sachen wird von den wirklichen Parteien unter dem Namen imaginärer Personen umstritten *).“

„Man muss immerhin zugestehen, dass während alle benachtheiligten Staaten die Nothwendigkeit einer Form gerichtlichen Verfahrens zur Entscheidung über den Character von Contrebande-Personen geltend machen und alle unparteiischen anderen einstimmen, dennoch keine andere als die so eben beschriebene unlogische und weitschweifige vorhanden ist, noch irgend eine andere je in Vorschlag gebracht wurde. Praktisch liegt deshalb die Wahl zwischen jenem Rechtswege oder gar keinem.“

„Wenn kein Rechtsweg vorhanden, ist das Resultat, dass die Frage vom Captor selbst auf dem Deck des Pri-senschiffs entschieden werden muss. Sehr gewichtige Einwürfe stehen dem entgegen. Der Captor ist bewaffnet, der Neutrale unbewaffnet. Der Captor ist interessirt, vor-eingenommen und vielleicht gewaltthätig, der Neutrale, wenn in Wahrheit neutral, ist unbetheiligt, unterworfen und hilflos.“

„Das Tribunal ist ferner unverantwortlich, weil seine Entscheidung augenblicklich vollzogen wird. Die gefangen-genommene Persönlichkeit ist gezwungen, sich zu unterwerfen, obgleich sie durch keine rechtliche moralische oder vertragsmässige Verpflichtung gebunden ist, so nachzuge-ben. Genugthuung ist in der Ferne liegend und proble-matisch und hängt zuletzt von der Gerechtigkeit, Gross-muth oder Schwäche des Staats ab, für den und unter dessen Autorität die Captur vorgenommen wurde.“

*) Hier zeigt sich Herr Seward mit dem englischen Rechte nach den neuen Prozessreformen nicht vertraut.

„Aus solchen Zwistigkeiten entspringen mit Nothwendigkeit Repressalien und Kriege und diese sind so häufig und verderblich, dass man nicht zweifeln kann, ob diese Form der Rechtshülfe nicht ein grösseres gesellschaftliches Uebel ist, als Alles, was eintreten könnte, wenn das kriegsgerische Recht der Durchsuchung ganz und gar abgeschafft und aufgegeben würde. Aber führen wir den Fall noch einen Schritt weiter.“

„Was dann, wenn der Staat, der die Captur machte, sich unvernünftiger Weise weigert, die Klage des Neutralen zu hören oder sie zu befriedigen? In dem Fall wäre schon der Akt der Captur ein Akt des Kriegs, eines Kriegs ohne Notifikation und möglicher Weise durchaus ohne Provokation begonnen.“

„Ich denke Alle, welche ohne Voreingenommenheit urtheilen, werden zugeben, dass so unvollkommen auch der vorhandene Rechtsweg sein mag, es als allgemeiner Brauch besser sein würde, ihn einzuschlagen als den summarischen zu nehmen, dem Captor die Entscheidung zu lassen und für die fernere Prüfung derselben auf diplomatische Debatten zu vertrauen. Praktisch ist diess eine Frage zwischen dem Recht mit seinen Unvollkommenheiten und Verzögerungen und dem Krieg mit seinen Uebeln und Verwüstungen.“

„Auch sollte man nie vergessen, dass ehrenhaft und gerecht bewahrte Neutralität immer der Herold des Friedens ist und deshalb das gemeinsame Interesse der Nationen ist, was ebensoviel sagen will, als dass es das Interesse der Menschheit selbst ist *).“

„Daneben ist jedoch nicht zu läugnen, dass es sich

*) Man sollte fast glauben, dass dieser hier völlig nichtsbedeu-

manchmal ereignen kann, dass die gerichtliche Remedur unmöglich wird — wie z. B. durch den Schiffbruch des Prisenschiffs oder andere Umstände, welche den Captor entschuldigen, dass er es nicht zur Condemnation in einen Hafen bringt oder sendet. In einem solchen Fall kann das Recht des Captors, die gefangenen Personen festzuhalten und so über sie zu verfügen, dass ihre widerrechtlichen Absichten verhindert werden, wenn sie wirklich Contrebande sind, verständiger Weise nicht geleugnet werden.“

„Was für eine Norm ist auf einen solchen Fall anzuwenden? Gewiss muss der Captor verpflichtet sein nachzuweisen, dass das Nichteintreten der gerichtlichen Remedur von Umständen herrührt, welche ausserhalb seiner Controlle und ohne seine Schuld entstanden. Sonst würde es ihm gestattet sein, aus seinem eignen Unrecht Vorthail zu ziehen.“

„Im vorliegenden Fall liess Capitain Wilkes, nachdem er die Contrebandepersonen gefangen genommen und den Trent in einer, wie uns scheint, vollkommen rechtlichen Weise zur Prise gemacht, das Schiff wieder frei statt es aufzubringen, und gestattete ihm, mit seiner ganzen Ladung seine Reise fortzusetzen.“

„Er verhinderte so wirklich die gerichtliche Untersuchung, welche sonst hätte eintreten können. Wenn nun nach Völkerrecht die Captur der Contrebande-Personen und die des Contrebande-Schiffes nicht als zwei trennbare und getrennte Handlungen, sondern nur als eine Handlung, als eine Captur zu betrachten sind, so folgt daraus, dass die

tende Passus aus irgend einer der vielen anderen Seward'schen Depeschen sich eingeschlichen hat.

Captur in diesem Fall unvollendet gelassen oder aufgegeben wurde.“

„Ob die Vereinigten Staaten ein Recht haben, die Hauptvorthelle davon zu behalten, nämlich die Gefangenhaltung der weggenommenen Personen unter dem Nachweis, dass sie Contrebande sind, wird von der Vorfrage abhängen, ob das Unvollendetlassen des Vorgangs nöthig oder unnöthig und deshalb freiwillig war. Wenn es nothwendig war, muss England, wie wir annehmen, den Mangel und das daraus sich ergebende Nichteintreten der gerichtlichen Remedur sich gefallen lassen.“

„Auf der anderen Seite ist nicht zu ersehen, wie die Vereinigten Staaten auf Englands Verzicht auf jenes gerichtliche Mittel bestehen können, wenn der Mangel in der Captur aus einer Handlung des Capitain Wilkes entstand, was ein Fehler auf ihrer Seite sein würde.“

„Capitain Wilkes hat der diesseitigen Regierung seine Gründe für die Freigebung des Trent vorgelegt.“

„Ich unterliess es — sagt er — das Schiff aufzubringen, weil ich an Offizieren und Mannschaft sehr reduziert war und wegen der Störung, welche dieses unschuldigen Personen verursacht haben würde, da viele Passagiere den Anschluss des Dampfschiffes nach Europa verfehlt hätten. Ich beschloss deshalb, den Antheil meiner Offiziere und Mannschaft an der Prise zu opfern, und liess das Dampfschiff nach dem nothwendigen Aufenthalt zur Herüberbringung der Commissäre weiter fahren, in Betracht, dass ich meinen Hauptzweck erreicht, welcher die Interessen unseres Landes betraf und die Aktion des der Conföderirten unterbrach.“ “

„Ich werde zunächst untersuchen, in wie fern diese Gründe für die Handlungsweise der diesseitigen Regierung

bestimmend sein mussten, und dann, wie wir erwarten durften, dass sie die Handlungsweise der englischen Regierung bestimmten. Soweit es Capitain Wilkes betrifft, sind diese Gründe für uns genügend. Wir konnten nicht wünschen, dass der San Jacinto, seine Offiziere und Mannschaft der Gefahr und dem Untergang ausgesetzt wurden, indem man ihre Zahl durch die Detaschirung einer Prisenmannschaft an Bord des Trent verminderte. Noch weniger konnten wir den humanen Beweggrund desavouiren, mehreren hundert unschuldigen am Bord des Prisen-schiffs gefundenen Passagieren Unbequemlichkeiten, Verluste und vielleicht Unglücksfälle zu ersparen.“

„Die diesseitige Regierung hatte auch keinen Anlass, die Thatsache in Zweifel zu ziehen, dass diese Gründe, wenn auch scheinbar unverträglich mit einander, in dem Geiste des Capitain Wilkes wirkten und ihn bestimmten, den Trent freizugeben. Menschliche Handlungen entstehen gewöhnlich aus gemischten und manchmal widerstrebenden Motiven. Er bemass die Opfer, welche diese Entscheidung kosten würde. Offenbar aber trat es ihm nicht vor den Sinn, dass ausser dem Opfer der Privatinteressen (wie er sie nennt) seiner Offiziere und Mannschaft möglicher Weise noch das Opfer des Haupt- und öffentlichen Zwecks seiner Captur darin liegen konnte, nämlich des Rechts seiner Regierung auf die Gefangenhaltung und Disposition über die festgenommenen Personen.“

„Die diesseitige Regierung kann ihn wegen dieses Uebersehens nicht tadeln. Sie gesteht, dass der ganze Gegenstand an sie selbst ebenso unvorhergesehen herankam, wie es ohne Zweifel auch ihm geschah. Die gegenwärtigen Ueberzeugungen in Betreff dieses Punkts sind bei uns die Resultate überlegter Untersuchung und jetzt angestellter

Deductionen und nicht von irgendwie früher geformten Eindrücken.“

„Nichtsdestoweniger ist die Frage jetzt nicht die, ob Capitain Wilkes gerechtfertigt ist in dem, was er that, sondern was die gegenwärtige Ansicht der Regierung über den Effect dessen, was er that, ist. Nehmen wir, nur der Argumentation wegen, an, dass die Freilassung des Trent, wenn freiwillig geschehen, einen Verzicht der Regierung auf den Anspruch, die Gefangenen festzuhalten, involvirte, so könnten in einem solchen Falle die Vereinigten Staaten nicht zweifelhaft sein zu erklären, dass der Akt, welcher so von der Regierung schon approbirt worden ist, seine rechtlichen Consequenzen nach sich ziehen müsse.“

„Es liegt in dem Wesen eines Geschenks oder einer Mildthätigkeit, dass der Geber, nachdem er sein Wohlwollen verwirklicht hat, die Wohlthaten nicht zurückfordern oder modificiren kann.“

„Wir werden so direkt auf die Frage geführt, ob wir berechtigt sind, die Freilassung des Trent als unfreiwillig zu betrachten, oder ob wir verpflichtet sind anzunehmen, dass sie freiwillig war. Die Freigebung würde offenbar unfreiwillig gewesen sein, wenn sie allein wegen des ersten von Capitain Wilkes angeführten Grundes geschehen wäre — Mangel einer genügenden Mannszahl, um das Prisen-schiff in einen Hafen zur Aburtheilung zu senden.“

„Es ist nicht die Pflicht eines Captors sein eigenes Schiff aufs Spiel zu setzen, um eine gerichtliche Untersuchung des genommenen zu sichern. Eine grosse Prisenmannschaft ist übrigens nach dem Recht nicht nothwendig, denn es ist die Pflicht der genommenen Schiffsmannschaft sich zu fügen und willig vor das Tribunal sich zu bege-

ben, an dessen Entscheidung sie appellirt. Wenn die Genommenen Absichten laut werden lassen, einen Widerstand, wie ihn der Captor mit eigener Sicherheit nicht wohl zu überwinden hoffen darf, anzuwenden, so kann er mit Recht das Schiff weiter segeln lassen, und weder dasselbe noch der Staat, den es repräsentirt, kann jemals später mit Grund einwenden, dass der Captor es um die gerichtliche Untersuchung brachte, worauf es Anspruch hatte.“

„Aber der zweite vom Capitain Wilkes angeführte Grund für die Freilassung des Trent ist von dem ersten verschieden. Im besten Fall müssen wir annehmen, dass Capitain Wilkes, wie er es auch selbst darstellt, aus den zusammentreffenden Gefühlen der Vorsicht und Grossmuth handelte, und dass so die Freigebung des Prisschiffs nicht streng nothwendig oder unfreiwillig war.“

„Zweitens. Wie dürfen wir erwarten, dass diese Erklärungen Capitain Wilkes' über seine eignen Gründe, die Captur unvollendet zu lassen, die Handlungsweise der englischen Regierung influirt? Die sich bei diesem Punkt zunächst aufdrängende Bemerkung ist die, dass Capitain Wilkes' Erklärungen nicht den Autoritäten des genommenen Schiffs gegeben worden sind.“

„Wenn sie diesen bekannt gemacht wären, hätten sie dieselben billigen und die Freilassung mit einem Verzicht auf die gerichtliche Untersuchung hinnehmen, oder sie hätten sich weigern können, die Freigebung mit dieser Bedingung anzunehmen.“

„Aber die Sache liegt jetzt nicht bei ihnen, sondern bei der englischen Regierung. Wenn wir fordern, dass England nicht mehr darauf bestehen soll, dass eine gerichtliche Untersuchung dadurch verhindert worden ist, weil wir freiwillig das sich vergehende Schiff aus Rücksicht auf seine

unschuldigen Passagiere freiliessen, kann ich nicht absehen, wie England an eine Entscheidung gebunden werden kann, welche von uns ohne Nothwendigkeit und ohne Kenntniss der Bedingungen oder Zustimmung seinerseits getroffen wurde.“

„So gestellt würde die Frage zwischen England und uns nicht eine Frage des Rechts und Gesetzes sondern einer Gunst sein, welche es uns in Erwiderung von ihm erwiesenen Begünstigungen erzeigen soll, über deren Werth beider Seits wir uns selbst zum Richter machten.“

„Natürlicher Weise könnten die Vereinigten Staaten nicht daran denken, in irgend einem Falle die Frage so zu stellen.“

„Ich hoffe zur Ueberzeugung der englischen Regierung durch eine sehr einfache und natürliche Darstellung der Thatsachen und Analyse der darauf anzuwendenden Rechtsbestimmungen dargethan zu haben, dass die diesseitige Regierung ein absichtliches Unrecht in der Transaktion, worauf unsere Aufmerksamkeit hingelenkt worden ist, weder beabsichtigt noch ausgeübt noch gebilligt hat, und im Gegentheil, dass, was geschehen ist, einfach eine Unaufmerksamkeit war, indem der Flottenoffizier, frei von irgend einem ungerechten Motiv, eine Regel nicht beobachtete, welche nur unsicher ausgebildet ist und von den verschiedenen dabei betroffenen Personen entweder unvollständig gekannt oder völlig ungekannt war.“

„Für diesen Irrthum hat die englische Regierung ein Recht, dieselbe Genugthuung zu erwarten, welche wir als ein unabhängiger Staat von England oder irgend einer anderen befreundeten Nation in einem ähnlichen Falle erwarten würden.“

„Es ist mir nicht entgangen, dass ich in der Untersu-

chung dieser Frage in eine Argumentation für die scheinbar englische Seite derselben gegen mein eignes Land gerathen bin. Aber was diesen Umstand angeht, bin ich jeder Schwierigkeit enthoben. Ich war kaum in diesen Gang der Argumentation gerathen, als ich bemerkte, dass ich in der That nicht ein ausschliesslich englisches Interesse vertheidige und geltend mache, sondern eine alte ehrwürdige und theure amerikanische Sache, nicht mit englischen Autoritäten, sondern auf Prinzipien, welche einen grossen Theil der unterscheidenden Politik ausmachen, wodurch die Vereinigten Staaten die Hülfquellen eines ganzen Welttheils erschlossen und, so eine bedeutende Seemacht geworden, den Respect und das Vertrauen vieler Nationen erworben haben.“

„Diese Prinzipien wurden in unseren Namen im Jahre 1804 von James Madison, als Staatssecretair in der Administration von Thomas Jefferson, in Instructionen für James Monroe unsern Gesandten in England aufgestellt.“

„Obgleich der Fall, der ihm vorlag, eine andere Art von Personen betraf, als welche incidenter Weise Gegenstand der gegenwärtigen Discussion sind, war doch die Grundlage, von der er ausging, dieselbe, auf die ich mich stelle, und die Argumente, wodurch er sich darauf erhielt, sind für mich in Ausarbeitung dieser Antwort eine Inspiration gewesen.“

„„So oft immer, sagt er, auf einem neutralen Schiffe gefundenes Eigenthum aus irgend einem Grund für der Captur und Condemnation unterliegend gehalten wird, ist die Rechtsnorm in allen Fällen, dass die Frage nicht von dem Captor entschieden, sondern vor ein Tribunal gebracht werden soll, wo eine gehörige Untersuchung eintreten

kann und der Captor selbst der Entschädigungspflicht für einen Missbrauch seines Rechts unterliegt. Kann es dann für vernünftig oder gerecht gelten, dass es einem²³ Schiffsführer des Belligerenten, der in einem Fall von blossen Sachen von geringfügigem Werthe so gebunden und so verantwortlich ist, gestattet sein sollte, ohne an irgend ein Gericht zu gehen, die Mannschaft eines neutralen Schiffs zu verhören, die wichtige Frage ihrer respectiven Landesangehörigkeit zu entscheiden, und diese Entscheidung zu vollziehen, indem er Jeden, wie es ihm gut scheint, in einen seinen Gefühlen widerstrebenden Dienst zwingt, ihn von seinen theuersten Verbindungen trennt, Geist und Person der erniedrigendsten Disciplin unterwirft und sein Leben selbst in die grösste Gefahr setzt? Vernunft, Gerechtigkeit und Humanität protestiren vereinigt gegen ein so extravagantes Verfahren.““

„Wenn ich den vorliegenden Fall zu Gunsten meiner eignen Regierung entscheide, muss ich seine theuersten Grundsätze preisgeben und seine essentielle Politik umkehren und für immer fahren lassen. Das Land kann ein solches Opfer nicht bringen.“

„Wenn ich diese Prinzipien aufrecht halte und bei dieser Politik bleibe, muss ich den Fall selbst aufgeben.“

„Man wird daher sehen, dass unsere Regierung die materielle Gerechtigkeit des gegen uns so geltend gemachten Anspruchs nicht ableugnen konnte.“

„Man verlangt, dass wir die englische Regierung so behandeln, wie wir immer gefordert haben, dass andere Nationen uns behandeln sollen.“

„Die Forderung der englischen Regierung ist in keiner unhöflichen Form gemacht worden. Unsere Regierung

hat seit ihrer ersten Organisation niemals eine bemessenere Sprache in ähnlichen Fällen gebraucht.“

„Indem ich zu meiner Schlussfolgerung gelangte, habe ich nicht vergessen, dass wenn die Wohlfahrt unserer Union die Festhaltung der genommenen Personen forderte, es Recht und Pflicht der Regierung sein würde, sie festzuhalten. Aber die kräftige Zurückweisung und die abnehmenden Verhältnisse der gegenwärtigen Insurrection sowie die verhältnissmässige Unbedeutendheit der gefangenen Personen selbst, wenn man sie leidenschaftslos abwägt, verbieten es mir glücklicher Weise, auf diesen Vertheidigungsgrund zurückzugreifen.“

„Mir entgeht auch nicht, dass amerikanische Bürger in keinem Fall unnöthiger Weise für irgend welchen Zweck der Obhut einer fremden Regierung überliefert werden sollen. Jedoch nur die Gefangenen selbst oder Andere welche bei ihnen interessirt sind, könnten rechtlicher Art eine Frage auf diesen Grund hin aufwerfen.“

„Ebenso wenig haben mich Suggestionen in Versuchung geführt, dass in der Geschichte sich Fälle finden lassen, wo England anderen Nationen und sogar uns selbst Forderungen abschlug, wie die, welche jetzt vor uns liegt. Diese Fälle ereigneten sich in Zeiten, als England so gut wie die Vereinigten Staaten die Heimath von Generationen waren, welche mit all ihren besonderen Interessen und Leidenschaften ausgestorben sind. England konnte auf keine andere Weise solches Unrecht so wirksam desavouiren, als es nach unserer Meinung jetzt thut, indem es den Boden, auf welchem wir standen, sich zu eigen macht.“

„Es würde wenig für unseren Anspruch auf den Character eines gerechten und grossmüthigen Volks reden, wenn wir uns insoweit von dem Recht der Retaliation

leiten liessen, begrabene Ungerechtigkeiten aus ihren Gräbern herauszuheben, um Dem entgegenzutreten, was nationale Beständigkeit und nationale Gewissenhaftigkeit uns für einen an sich gerechten Anspruch anzuerkennen zwingt.“

„Indem ich alle Suggestionen dieser Art bei Seite lasse, ziehe ich vor, meine Genugthuung darüber auszusprechen, dass durch die Beilegung des gegenwärtigen Falls auf Grund von Prinzipien, welche anerkannt Amerikanische und doch wie ich hoffe, für beide Nationen gleichmässig befriedigend sind, zwischen ihnen eine Frage definitiv und dem Recht gemäss beigelegt ist, welche früher nicht bloss alle Formen friedlicher Discussion sondern selbst die Entscheidung durch den Krieg erschöpfte, länger als ein halbes Jahrhundert die zwei Länder einander entfremdete und alle andern Nationen mit Befürchtungen und Schwierigkeiten quälte.“

„Die vier Gefangenen sind jetzt in militairischer Obhut im Fort Warren im Staat Massachusetts. Sie werden sehr bereitwillig freigegeben werden. Ew. Herrlichkeit werden gefälligst Zeit und Ort angeben, um sie in Empfang zu nehmen.“

„Ich benütze diese Gelegenheit u. s. w.

„William H. Seward.“

Damit war der grosse Wurf gethan, und die Frage war jetzt, ob die Form der Genugthuung England befriedigen werde. Hierbei ist daran zu erinnern, dass sich die oben angeführte Depesche Russell's vom 19. December noch nicht in den Händen des englischen Gesandten befand. Somit war dieser auf seine eigne Discretion angewiesen. Seine Antwort an den Staatssecretair lautete:

Lord Lyons an Mr. Seward.

„Washington 27. December 1861.“

„Mein Herr!

„Ich habe diesen Morgen die Note empfangen, welche Sie mir gestern die Ehre erzeigten an mich zu richten, in Antwort auf Graf Russell's Depesche vom 30. November, betreffend die Entfernung der Herrn Mason, Slidell, Macfarland und Eustis vom Bord des englischen Postdampfschiffs Trent. Ich will ohne Zeitverlust Ihrer Majestät Regierung eine Abschrift der mir gemachten wichtigen Mittheilung übersenden. Unverzüglich werde ich mir ebenfalls die Ehre nehmen, mit Ihnen persönlich mich über die Arrangements für die Uebergabe der 4 Herrn an mich zu benehmen, damit sie wieder unter den Schutz der englischen Flagge gestellt werden.“

„Ich habe die Ehre u. s. w.

„Lyons.“

Und die Uebersendung der amerikanischen Erklärung nach England wurde mit folgendem Schreiben begleitet:

Lord Lyons an Earl Russell.

„Washington 27. December 1861.“

My Lord!

„Ich habe die Ehre, eine Abschrift einer Note einzuschliessen, welche ich diesen Morgen von Herrn Seward in Antwort auf Ew. Herrlichkeit Depesche vom 30. letzten Monats erhalten habe, betreffend die Entfernung der Herrn Mason, Slidell, Macfarland und Eustis vom englischen Postdampfschiffe Trent. Die Note enthält eine sehr lange und ausgearbeitete Dissertation über die in diesem Fall involvirten völkerrechtlichen Fragen. Ich

habe keine Zeit vor dem Abgange des Couriers, die Argumente abzuwägen oder die Stärke der gebrauchten Ausdrücke genau abzuschätzen. Aber da Herr Seward zugiebt, dass Genugthuung für England nothwendig ist, und einwilligt, mir die vier Gefangenen auszuliefern, nehme ich an, dass die Forderungen der Regierung Ihrer Majestät in so weit substantiell erfüllt sind, dass es meine Pflicht ist, in Erfüllung von Ew. Herrlichkeit Befehlen, die Thatsache Ihrer Majestät Regierung zu ihrer Würdigung vorzulegen, und auf meinem Posten zu verbleiben, bis ich weitere Ordres erhalte. Ich habe die Ehre, eine Copie der Antwort, welche ich auf M. Seward's Note gegeben, einzuschliessen. Ich habe mich darauf beschränkt zu sagen, dass ich eine Abschrift davon an Ihrer Majestät Regierung übersenden würde, und dass ich mit Herrn Seward persönlich über die Arrangements für die Uebergabe der Gefangenen an mich conferiren will.“

„Ich habe u. s. w.

„Lyons.“

In Europa hatte sich das allgemeine Urtheil über den Erfolg der Genugthuungsforderung noch nicht schlüssig gemacht und Argumente, deren Beachtung und Würdigung ausserhalb unserer juristischen Darstellung liegen, wogten in der Presse und der mündlichen Discussion von Millionen hin und her, als nach Ankunft des langersehten Postdampfschiffes zu Cork die Friedensbotschaft von dem äussersten Telegraphenamte Irlands durch die alte Welt flog. Der 8. Januar war der denkwürdige Tag, und schon zwei mal 24 Stunden nach Empfang der officiellen Meldung des Gesandten ging die folgende zustimmende Depesche des englischen Cabinets nach Washington ab.

Earl Russell an Lord Lyons.

„Auswärtiges Amt d. 11. Januar 1862.“

„My Lord!“

„In meiner Depesche an Sie vom 30. November v. J. benachrichtigte ich Sie von den Umständen, welche sich bei der Wegnahme von vier Personen am Bord des Trent ereignet, und gab Ihnen an, wie es daraus hervorgehe, dass gewisse Individuen mit Gewalt vom Bord eines englischen Schiffs, des Schiffs einer neutralen Macht genommen worden, während dasselbe auf einer erlaubten und unschuldigen Reise begriffen war — ein Gewaltact, welcher einen Affront für die englische Flagge und eine Verletzung des Völkerrechts ausmachte. Ich schloss mit dem Auftrag an Sie, im Fall die Genugthuung, welche Ihrer Majestät Regierung zu erhalten erwartete, von Herrn Seward nicht angeboten werden sollte, dem Minister vorzuschlagen, diejenige Genugthuung zu geben, welche allein die englische Nation zufrieden stellen würde — nämlich erstens die Freilassung der vom Bord des Trent weggenommenen vier Herren und ihre Uebergabe an Ew. Herrlichkeit, damit sie wieder unter englischen Schutz gestellt werden, und zweitens eine entsprechende Entschuldigung für den Angriff, welcher stattgefunden.“

„Ich empfang gestern Ihre Depesche vom 27. ultim. mit einer Note des Herrn Seward an Sie als Einlage, welche substantiell die Antwort auf meine Depesche vom 30. November ist.“

„Indem ich sogleich auf die zwischen uns in Discussion befindlichen Hauptpunkte übergehe, hat Ihrer Majestät Regierung sorgfältig geprüft, inwiefern Herrn Seward's Note und das Verfahren, welches sie ankündigt, der Haupt-

sache nach die beiden Vorschläge, welche ich angegeben, erfüllt.“

„Was den ersten angeht — die Freilassung der Gefangenen, damit sie wieder unter englischen Schutz gestellt werden — so finde ich, dass die Note mit der Angabe schliesst, die Gefangenen würden bereitwillig übergeben werden, und mit der Aufforderung an Ew. Herrlichkeit, Platz und Zeit für ihre Empfangnahme anzugeben. Keine Bedingung irgend welcher Art ist an die Befreiung der Gefangenen geknüpft.“

„Betreffend die entsprechende Entschuldigung, welche die englische Regierung zu erwarten ein Recht hatte, finde ich, dass die Regierung der Vereinigten Staaten ausdrücklich und unzweideutig erklärt, es seien weder Capitain Wilkes noch irgend einem andern Flottenoffizier Befehle gegeben gewesen, die vier Personen oder eine von ihnen am Bord des Trent oder irgend eines anderen englischen Schiffs oder sonst irgend eines neutralen Schiffs, am Ort wo es geschah oder irgend wo sonst gefangen zu nehmen.“

„Ich finde ferner, dass der Staatssecretair es ausdrücklich vermeidet, den besonderen Act, worüber sich Ihrer Majestät Regierung beklagte, zu rechtfertigen. Hätte die Regierung der Vereinigten Staaten angegeben, dass, wenn Capitain Wilkes auch keine vorgängigen Instructionen zu diesem Zweck erhalten, er doch Recht that, die vier Personen festzunehmen und vom Bord des Trent auf sein eignes Schiff zu bringen, um sie später nach einem Hafen der Vereinigten Staaten zu führen, so würde die Regierung, welche so das Verfahren des Capitain Wilkes sanctionirt hätte, für die ursprüngliche Gewaltthat und die in dem Act gelegene Insulte verantwortlich geworden sein. Aber Herr Seward begnügt sich damit anzugeben, dass

was geschehen, einfach ein Uebersehen war, bestehend auf Seiten eines Seeoffiziers ohne ungerechtes Motiv, in der Nichterfüllung einer Rechtsnorm von unsicherer Geltung die wahrscheinlich von den betheiligten Personen nur unvollständig oder gar nicht gekannt war. Der Staatssecretair bejaht ferner, dass für diesen Irrthum die englische Regierung dieselbe Genugthuung zu erwarten berechtigt ist, welche die Vereinigten Staaten als unabhängiger Staat, von England oder irgend einer anderen befreundeten Nation im ähnlichen Falle zu erwarten ein Recht hätte.“

„Nachdem Ihrer Majestät Regierung die Freigebung der Gefangenen, die Uebergabe derselben in Ihre Hände und die Erklärungen, die ich soeben berührt, sorgfältig geprüft hat, ist sie zu dem Schlusse gekommen, dass dieses die Genugthuung ausmacht, welche Ihre Majestät und das Volk von England zu erwarten ein Recht hatten.“

„Es giebt Ihrer Majestät Regierung grosse Genugthuung, in den Stand gesetzt zu sein, zu einem Schluss gelangen zu können, welcher der Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen günstig ist. Ich brauche die Modificationen meiner faktischen Darstellung, welche Herr Seward, wie er sagt, aus dem offiziellen Rapport der Offiziere seiner Regierung entnommen hat, nicht weiter zu discutiren.“

„Ich kann jedoch nicht schliessen, ohne kurz die Discussion zu berühren, welche Herr Seward über Punkte, die in meiner Depesche vom 30. Nov. nicht in den Vordergrund gestellt waren, in Gang gesetzt hat. Im Namen der Regierung Ihrer Majestät beschwerte ich mich über das, was Capitain Wilkes gethan. In seiner Antwort setzt Herr Seward auseinander, was nach seiner Meinung Ca-

pitain Wilkes hätte thun dürfen, ohne das Völkerrecht zu verletzen.“

„Es ist nicht nöthig, dass ich hier im Einzelnen die fünf Fragen discutire, welche vom Staatssecretair mit Geschick behandelt sind, aber es ist nöthig, dass ich erkläre, dass Ihrer Majestät Regierung in mehreren der von ihm gewonnenen Schlüsse mit Herrn Seward nicht übereinstimmt. Und es kann vielleicht zu einem besseren Einverständniss zwischen den beiden Nationen über mehrere Punkte des Völkerrechts, welche im Lauf des gegenwärtigen Conflicts oder künftig zur Sprache kommen könnten, dienen, dass ich Ihnen zum Zweck der Mittheilung an den Staatssecretair auseinandersetze, worin diese Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich hoffe diess in wenigen Tagen zu thun.“

„Mittlerweile ist es wünschenswerth, dass die Befehlshaber der Kreuzerschiffe der Vereinigten Staaten instruiert werden, keine Akte zu wiederholen, für welche die englische Regierung Genugthuung zu fordern haben würde und welche die Vereinigten Staaten Regierung zu rechtfertigen nicht im Stande ist. Sie wollen diese Depesche dem Staatssecretair vorlesen und ihm eine Abschrift zustellen.“

„Ich bin u. s. w.“

„Russell.“

Gleichzeitig mit der Beantwortung der Genugthuungsforderung hatte der nordamerikanische Staatssecretair auch eine Erwiderung auf die französische Note ergehen lassen, und später geschah dasselbe in Betreff der österreichischen und preussischen Mittheilungen. Allein da diese Erwiderungen in das Materielle der discutirten Fragen nicht eingehen, sondern nur im Allgemeinen die Will-

fähigkeit der Vereinigten Staaten ausdrücken, zu einer Reform des Seerechts mitzuwirken, verdienen sie hier nur diese kurze Erwähnung. Ganz anders steht es mit der englischen Depesche, welche das Seward'sche Aktenstück in seinem theoretischen Theile einer ausführlichen Kritik unterzieht. Als Schluss der diplomatischen Correspondenz und als Ausgangspunkt für die Reform und die Vorschläge dazu soll es auch unser aktenmässiges Kapitel enden.

Earl Russell an Lord Lyons.

„Auswärtiges Amt den 23. Januar 1862.“

„My Lord!“

„Ich erwähnte in meiner Depesche vom 11. d. M., dass Ihrer Majestät Regierung mit einigen der Schlüsse, zu welchen Herr Seward gelangt ist, nicht übereinstimmt, und dass ich Ihnen bei einer künftigen Gelegenheit kundgeben würde, worin diese Meinungsverschiedenheit bestehe.“

„Ich gehe jetzt daran, diess zu thun.“

„Es ist nöthig vorausszuschicken, dass ich die in dieser Korrespondenz zu berührenden Fragen einzig nach den Grundsätzen des Völkerrechts zu discutiren gedenke. Herr Seward selbst bemerkt, indem er von der Gefangennehmung der vom Bord des Trent weggenommenen vier Herrn spricht: „Die Frage vor uns ist, ob dieses Verfahren vom Völkerrecht erlaubt und nach seinen Grundsätzen ausgeführt war?“ Dies ist in der That die Natur der Frage, welche im Streit stand und glücklicher Weise jetzt nicht mehr steht. Sie betraf die respectiven Rechte der Kriegführenden und Neutralen. Wir müssen deshalb die Behauptung ganz ausser Acht lassen, dass die Gefangenen Rebellen waren, und dürfen sie nur als Feinde der Vereinigten Staaten im Kriege mit deren Regierung betrachten,

denn diess ist der Boden, auf welchen Herr Seward schliesslich die Discussion stellt. Es ist der einzige Boden, auf welchem fremde Regierungen sie behandeln können.“

„Die erste auftauchende Untersuchung ist desshalb, wie Herr Seward sie formulirt: „Waren die genannten Personen und ihre vermutheten Depeschen Kriegscontrebande?““

„In Betreff dieser Frage ist Ihrer Majestät Regierung völlig anderer Meinung als Herr Seward. Dass eine neutrale Macht im Allgemeinen das Recht und die Pflicht hat, ihren Verkehr mit beiden kriegführenden Mächten und ihre freundschaftlichen Beziehungen zu denselben aufrecht zu erhalten, lässt sich nicht bestreiten. „Eine neutrale Nation,“ sagt Vattel (Buch III., Kap. 7, Sect. 118), „bleibt den kriegführenden Parteien gegenüber in den verschiedenen Beziehungen, welche die Natur zwischen Nationen geschaffen hat. Sie ist bereit, gegen beide alle die Pflichten der Humanität zu erfüllen, welche eine Nation der anderen schuldet.““ An der Ausübung dieser Pflichten nach beiden Seiten hin hat die neutrale Nation selbst ein sehr unmittelbares und wesentliches Interesse, namentlich wenn eine grosse Zahl ihrer Bürger in dem Gebiete der beiden kriegführenden Staaten lebt, und wenn ihre Bürger, sowol die dort, als die im Inlande lebenden, Eigenthum von grossem Werthe im Gebiete der Kriegführenden besitzen, welches durch Handlungen der Confiscation und Gewaltthätigkeit gefährdet werden kann, wenn die eigene Regierung ihren Schutz vorenthält. Diess findet Anwendung auf die britischen Unterthanen während des gegenwärtigen Bürgerkrieges in Nordamerika. Auf Grund dieser Prinzipien entschied Sir William Scott im Falle des Schiffes *Caroline* (siehe Wheaton „Elements,“ Theil IV., Kap. 3,

Section 22.) während des Krieges zwischen Grossbritannien und Frankreich, dass es keine Verletzung der Neutralität der Vereinigten Staaten in dem Kriege zwischen Grossbritannien und Frankreich sei, wenn ein Kauffahrer der Vereinigten Staaten der französischen Regierung Depeschen des in den Vereinigten Staaten residirenden französischen Gesandten überbringe, und dass solche Depeschen nicht als Kriegs-Contrebande behandelt werden dürften.“

„Dass diese Grundsätze nothwendig auf jede Art des diplomatischen Verkehrs zwischen einer Regierung und der anderen ihre Anwendung finden müssen, mag derselbe nun in der Sendung und in dem Empfange von Gesandten oder Commissaren, oder in der Sendung und dem Empfange von Depeschen solcher Gesandten und Commissare, oder von Depeschen der betreffenden Regierungen oder an die betreffenden Regierungen bestehen, ist zu klar, als dass es eines Beweises bedürfte, und nicht weniger klar scheint es zu sein, dass derartige Communicationen in ihrem ersten Beginn nothwendig eben so berechtigt und unverfänglich sind, wie später, und dass die Regel nicht auf den Fall beschränkt werden kann, wo diplomatische Beziehungen bereits durch das Residiren eines beglaubigten Gesandten in dem neutralen Lande förmlich bestehen. Dass die eine bei den Communicationen betheiligte Partei neutral ist, nicht aber die Art der Communication, oder die Zeit, in welcher sie beginnt, ist das entscheidende Moment für die Anwendung des Prinzips. Der einzige Unterschied, welcher aus den eigenthümlichen Umständen eines Bürgerkrieges und der Nichtanerkennung der Unabhängigkeit der de facto bestehenden Regierung einer der kriegführenden Mächte Seitens der anderen kriegführenden, oder Seitens der neutralen Macht entspringt, ist der, dass „zur Vermei-

dung der Ungelegenheiten, welche aus einer förmlichen und positiven Lösung dieser Fragen entstehen könnten, man sich häufig diplomatischer Agenten bedient, welche mit den Vollmachten von Gesandten bekleidet sind und sich der Immunitäten derselben erfreuen, obgleich sie keinen Repräsentativ-Character tragen und keinen Anspruch auf diplomatische Ehren haben.““ (Wheaton „Elements,“ Theil III., Kap. 1, Section 5.) In dieser Eigenschaft sind die Herren Mason und Slidell, von denen Herr Seward ausdrücklich sagt, sie seien als angebliche bevollmächtigte Minister von den südlichen Staaten an die Höfe von St. James und Paris geschickt worden, jedenfalls abgesandt worden; in dieser Eigenschaft würden sie, wenn überhaupt ein Empfang Statt gefunden hätte, empfangen worden sein, und ein solcher Empfang hätte dem Völkerrechte gemäss nicht mit Recht als eine feindliche oder unfreundliche Handlung gegen die Vereinigten Staaten betrachtet werden können. Auch ist es in der That nicht klar, dass diese Herren mit irgend welchen Vollmachten bekleidet gewesen sind, oder irgend welche Immunitäten genossen haben würden ausser denen, welche diplomatischen Agenten gewährt werden, die nicht amtlich anerkannt sind.“

„Aus diesen Prinzipien scheint der Regierung Ihrer Majestät mit Nothwendigkeit zu folgen, dass die Beförderung solcher Agenten von der Havannah nach St. Thomas auf ihrem Wege nach Grossbritannien und Frankreich, und ihrer Beglaubigungsschreiben und Depeschen (wenn sie deren überhaupt hatten) an Bord des Trent keine Verletzung der Pflichten der Neutralität von Seiten jenes Schiffes war, noch sein konnte, und sowol aus diesem Grunde, als weil das Reiseziel dieser Personen ein bona fide neutrales war, ist es nach Ihrer Majestät Regierung Ur-

theil klar und gewiss, dass sie keine Kriegs-Contrebande waren.“

„Die Lehre von der Kriegs-Contrebande hat ihre ganze Grundlage und ihren ganzen Ursprung in einem Prinzip, welches nirgends genauer auseinandergesetzt ist, als in einer Stelle bei Bynkershoek (Quaest. Jur. Publ. lib. I. cap. 9). Dieser sagt nämlich, nachdem er im Allgemeinen über die Pflicht einer unparteiischen Neutralität gesprochen hat: „*Et sane id, quod modo dicebam, non tantum ratio docet, sed et usus inter omnes fere gentes receptus. Quamvis enim libera sint cum amicorum nostrorum hostibus commercia, usus tamen placuit, ne alterutrum his rebus juvemus, quibus bellum contra amicos nostros instruatur et foveatur. Non licet igitur alterutri advehere ea, quibus in bello gerendo opus habet; ut sunt tormenta, arma, et quorum praecipuus in bello usus, milites.... Optimo jure interdictum est, ne quid eorum hostibus administremus; quia his rebus nos ipsi quodammodo videremur amicis nostris bellum facere.*““ Der Begriff Kriegs-Contrebande ist hier deutlich definirt, und es ist unmöglich, dass Personen oder Depeschen, auf welche diese Definition nicht passt, in dem vorerwähnten Sinne Kriegs-Contrebande sein können. Die Strafe dafür, dass man wissentlich Kriegs-Contrebande bei sich führt, besteht, wie Herr Seward sagt, in nichts Geringerem, als in der Confiscation des Schiffes. Unmöglich kann aber ein Neutraler dieser Strafe verfallen, wenn er nicht mehr gethan hat, als sich der Mittel bedient, die unter Nationen gebräuchlich sind, um ihre eignen rechtmässigen Beziehungen zu einer der kriegführenden Mächte aufrecht zu erhalten. Es ist für den Begriff Contrebande unerlässlich, dass die Artikel

einen feindlichen und nicht einen neutralen Bestimmungsort haben.“

„„Güter, sagt Lord Stowell (im Fall *Imina*, 3 Robinson's Rep. 167) welche nach einem neutralen Hafen gehen, können nicht unter den Begriff von Contrebande fallen, da alle Güter, welche dahin gehen, gleichmässig erlaubt sind. Die Grundregel über Contrebande, setzt er hinzu, wie ich sie immer verstanden habe, ist, dass die Gegenstände in delicto in der wirklichen Verfolgung der Reise nach einem feindlichen Hafen ergriffen werden müssen.“ „Nach welchem gerechten Prinzip kann es behauptet werden, dass ein feindlicher Bestimmungsort weniger nothwendig, oder ein neutraler Bestimmungsort schuldvoller ist, um den Contrebandecharacter im Fall öffentlicher Agenten oder Depeschen zu begründen, als im Fall von Waffen und Munition? Herr Seward sucht seine Schlussfolgerung in diesem Punkt durch Bezugnahme auf das wohlbekannte Dictum Sir William Scott's im Fall der „*Caroline*“ zu unterstützen, „„dass man den Ambassadeur des Feindes auf seinem Wege anhalten darf.““ (*Caroline*, 6 Robinson 468) und auf einen anderen Ausspruch desselben Richters im Fall des *Orozembo* (6 Robinson 434), dass Civilbeamte, wenn sie für eng mit den Kriegsoperationen verbundene Zwecke ausgesandt werden, unter dieselbe Regel mit solchen Personen fallen können, deren Verwendung ausschliesslich militairisch ist.“

„Diese Citate sind, wie es Ihrer Majestät Regierung vorkommt, irrelevant. In beiden Fällen sind die Worte Sir William Scott's von Herrn Seward in einem anderen Sinne angewendet, als in welchem sie gebraucht wurden. Sir William Scott sagt keineswegs, dass ein Gesandter, von einem Kriegführenden an einen neutralen Staat

bestimmt, als Contrebande am Bord eines neutralen Schiffs, welches diesem oder einem anderen neutralen Staat angehört, angehalten werden darf; noch auch, dass, wenn er auch nicht Contrebande ist, der andere Kriegführende doch irgend ein Recht haben würde, ihn auf einer solchen Reise anzuhalten. Was Sir William Scott allein im Auge hatte, war die Ausdehnung und die Grenzen der Lehre von der Unverletzbarkeit der Gesandten, kraft dieses Characters, darzuthun, denn er sagt:“

„„Die Schranken, welche den Kriegsoperationen gegen sie durch Vattel und andere Schriftsteller über diese Gegenstände gesetzt sind, gehen dahin, dass man sein Kriegrecht gegen sie überall da gebrauchen darf, wo der Character der Hostilität vorhanden ist. Wir können den Gesandten unseres Feindes auf seiner Reise anhalten, aber wenn er angekommen ist und die Functionen seines Amtes übernommen hat und in seinem Repräsentativcharacter empfangen worden ist, dann wird er eine Art Mittelsmann, berechtigt zu den eigenthümlichen Privilegien, welche zum Schutz der Freundschafts- und Friedensbeziehungen bestellt sind, an deren Aufrechthaltung alle Nationen in einem gewissen Grade ein Interesse haben.““ Gewiss ist in diesem Passus Nichts enthalten, woraus ein dem allgemeinen tenor des ganzen Urtheils so total entgegengesetzter Schluss gezogen werden kann, dass ein Gesandter, der sich in das Land begiebt, wofür er bestimmt ist, und an Bord eines diesem Lande angehörenden neutralen Schiffs sich befindet, deshalb angehalten werden kann, weil die Beförderung eines solchen Gesandten ein Bruch der Neutralität ist, was sie sein würde, wenn er Kriegscontrebande wäre. Sir William Scott drückt hier nicht bloss seine eigene Meinung aus, sondern die Lehre, welche, wie er

annimmt, von den schriftstellerischen Autoritäten über diesen Gegenstand dargelegt ist. Kein Schriftsteller von Ansehen hat jemals angedeutet, dass ein Gesandter, der sich in ein neutrales Land an Bord eines zu diesem gehörenden Handelsschiffs begiebt, Kriegscontrebände ist. Der einzige von Sir William Scott namentlich angeführte Schriftsteller ist Vattel, dessen Worte so lauten: „„On peut encore attaquer et arrêter ses gens (i. e. gens de l'ennemi) partout où on a la liberté d'exercer des actes d'hostilité. Non seulement donc on peut justement refuser le passage aux Ministres qu'un ennemi envoie à d'autres Souverains; on les arrête même s'ils entreprennent de passer secrètement et sans permission dans les lieux dont on est maître.““

„Und er fügt als Beispiel die Gefangennehmung eines französischen Ambassadeurs bei, von Seiten des Königs von England, der auch Souverain von Hannover war, als jener während eines Kriegs zwischen Frankreich und England durch Hannover'sches Gebiet passirte.“

„Die aus diesen Autoritäten abzuleitende Regel ist die, dass man einen feindlichen Gesandten überall festhalten darf, wo man selbst Herr ist, oder wo man das Recht hat, Handlungen der Feindseligkeit auszuüben. Unser eigenes Gebiet und Kriegsschiffe unseres eigenen Landes sind Orte, deren Herren wir sind. Feindliches Gebiet und feindliche Schiffe sind Orte, wo wir ein Recht haben, Handlungen der Feindseligkeit zu verüben. Neutrale Schiffe, die sich keiner Verletzung der Gesetze der Neutralität schuldig machen, sind Orte, wo wir kein Recht zur Ausübung feindseliger Handlungen haben. Es würde eine Umkehrung der Lehre sein, dass Gesandte besondere Vorrechte haben, wenn man sagen wollte, sie seien weniger geschützt, als

andere Menschen. Der richtige Schluss ist vielmehr der, dass ein an eine neutrale Macht geschickter Gesandter auf der hohen See eben so unverletzlich ist, wie in neutralen Gewässern, so lange er unter dem Schutze der neutralen Flagge steht.“

„Der andere Ausspruch Sir William Scott's im Fall *Orozembo* ist sogar noch weniger bedeutend für die vorliegende Frage. Dieser bezog sich auf den Fall eines neutralen Schiffs, welches kraft der in der Verhandlung sich ergebenden Beweise vom Gerichtshof als im Transportdienst des Feindes beschäftigt erkannt wurde, um Militairpersonen des Feindes und einige seiner Civilbeamten, deren Amtspflichten mit Kriegsoperationen eng verknüpft waren, von dem feindlichen Lande nach einer feindlichen Colonie zu befördern, welche der Schauplatz dieser Operationen werden sollte, während die ganze Expedition unter dem Deckmantel einer simulirten neutralen Bestimmung vor sich ging. Aber solange eine neutrale Regierung, innerhalb deren Gebiets keine militairischen Operationen unternommen werden, der erklärten Neutralität treu bleibt, können die Amtspflichten eines Civilbeamten auf einer Mission bei dieser Regierung und innerhalb ihres Gebiets in keiner irgend möglichen Weise mit irgend welchen Militairoperationen in dem Sinn verknüpft sein, in welchem diese Worte von Sir William Scott gebraucht wurden, wie diess in der That durch den aus dessen eignem Urtheil im Fall der *Caroline* angeführten Passus klargestellt wird.“

„Im Zusammenhang mit diesem Theil des Gegenstandes ist es nothwendig, eine bemerkenswerthe Stelle in Herrn Seward's Note ins Auge zu fassen, worin er sagt: „„Ich nehme im vorliegenden Fall an, was, wie ich die englischen Autoritäten verstehe, von Grossbritannien selbst

als das wahre Seerecht betrachtet wird, dass der Umstand, dass der Trent von einem neutralen Hafen nach einem andern neutralen Hafen sich begab, das Recht der kriegerischen Captur nicht modifizirt.“ “ Wenn in der That die unmittelbare und ostensible Reise des Trent nach einem neutralen Hafen gegangen wäre, aber seine endliche und wirkliche Bestimmung nach einem feindlichen Hafen, so würde Ihrer Majestät Regierung eher im Stande gewesen sein, die in diesem Passus enthaltene Bezugnahme auf britische Autoritäten zu verstehen. Es ist unzweifelhaft von britischen Autoritäten als Rechtens aufgestellt, dass, wenn die wirkliche Bestimmung des Schiffes eine feindliche ist, (d. h. zum Feinde oder zum Lande des Feindes) sie nicht durch eine fingirte Destination für einen neutralen Hafen gedeckt und unschuldig gemacht werden kann. Aber wenn der wirkliche Endpunkt der Reise bona fide auf neutralem Gebiete ist, kann weder eine englische noch, wie Ihrer Majestät Regierung glaubt, irgend eine amerikanische Autorität gefunden werden, welche jemals der Lehre Vorschub geleistet hat, dass Menschen oder Depeschen während einer solchen Reise und am Bord solch eines neutralen Schiffes der kriegerischen Captur als Kriegscontrebände unterworfen sind. Ihrer Majestät Regierung hält solch eine Doctrin für völlig unvereinbar mit den wahren Grundsätzen des Seerechts und sicherlich mit diesen Prinzipien, wie sie in den Gerichtshöfen dieses Landes verstanden worden sind.“

„Es ist ferner darauf aufmerksam zu machen, dass Paketschiffe, welche im Postdienst beschäftigt sind und die regelmässigen und periodischen Verbindungen zwischen den verschiedenen Ländern Europas, Amerikas und den anderen Welttheilen aufrecht erhalten, mögen sie auch beim Mangel von Vertragsstipulationen in Kriegszeiten nicht

von der Durchsuchung befreit sein oder von den Strafen einer Neutralitätsverletzung, wenn diese als wissentlich begangen bewiesen wird, dennoch, wenn sie im gewöhnlichen und unschuldigen Verlauf ihrer legitimen Thätigkeit der Beförderung von Posten und Passagieren fahren, auf besondere Begünstigung und Beschützung von allen Regierungen, in deren Dienst sie thätig sind, Anspruch haben. Solche ohne die allergewichtigste Ursache anzuhalten, zu stören oder sonst zu beunruhigen, würde eine Massregel von höchst nachtheiligem und verderblichem Character sein, nicht bloss für eine ungeheuere und mannichfaltige Zahl von individuellen und Privat-Interessen, sondern auch für die öffentlichen Interessen neutraler und befreundeter Regierungen.“

„Es ist nöthig gewesen bei diesen Punkten etwas eingehend zu verweilen, weil sie Prinzipien von der höchsten Bedeutung euthalten und weil, wenn auf Herrn Seward's Argumentation hin, als eine richtige, gehandelt würde, die nachtheiligsten Folgen sich ergeben könnten.“

„Nach der von Herrn Seward aufgestellten Lehre könnte in dem gegenwärtigen Kriege jedes Paketschiff, welches einen Agenten der Conföderirten von Dover nach Calais oder von Calais nach Dover brächte, gekapert und nach New-York geschleppt werden. Im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich und Italien könnte die Beförderung eines italienischen Gesandten oder Agenten die Wegnahme eines zwischen Malta und Marseille oder zwischen Malta und Gibraltar fahrenden neutralen Paketbootes, die Condemnirung des Schiffes und die Einsperrung des Gesandten oder Agenten in ein österreichisches Gefängniss verursachen. So hätte in dem letzten Kriege zwischen Grossbritannien und Frankreich auf der einen und Russland

auf der anderen Seite ein russischer Gesandter, welcher sich von Hamburg in einem amerikanischen Schiff nach Washington begab, nach Portsmouth aufgebracht, das Schiff verurtheilt und der Gesandte in den Tower von London gesandt werden können. Ein conföderirtes Kriegsschiff könnte einen Cunard-Dampfer, der Depeschen von Herrn Seward für Herrn Adams an Bord hätte, auf dem Wege von Halifax nach Liverpool kapern.“

„Angesichts daher der von Herrn Seward aufgestellten irrigen Grundsätze und der Folgen, die sie in sich bergen, hält Ihrer Majestät Regierung es für nöthig, zu erklären, dass sie sich die Wegnahme (capture) keines britischen Handelsschiffes unter ähnlichen Umständen, wie beim Trent, gefallen lassen würde, und dass, wenn man ein solches Schiff vor ein Prisengericht stellte, diess zwar den Character des dadurch gegen das Völkerrecht begangenen Verstosses verändern, nicht aber die Grösse desselben vermindern würde.“

„Nachdem ich die Frage erledigt, ob die genannten Personen und ihre vermutheten Depeschen Kriegscontrebande waren, bin ich von der Nothwendigkeit befreit, die anderen von Herrn Seward aufgeworfenen Fragen zu erörtern nämlich: ob Captain Wilkes rechtlich die Befugniss hatte, den Trent anzuhalten und nach diesen Personen und ihren vermutheten Depeschen zu durchsuchen, ob dieses Recht, angenommen dass er es besass, von ihm in rechtmässiger und gebührender Weise geübt wurde, und ob er ein Recht hatte, die am Bord gefundenen Personen gefangen zu nehmen.“

„Die fünfte von Herrn Seward aufgestellte Frage — ob Captain Wilkes das behauptete Recht der Captur in

der vom Völkerrecht gestatteten und anerkannten Weise ausgeübt hat, ist von Herrn Seward selbst verneinend beantwortet worden.“

„Ich kann nicht schliessen, ohne einer sehr eigenthümlichen Stelle in der Depesche des Herrn Seward Erwähnung zu thun. Herr Seward behauptet, „wenn die Sicherheit der Union die Festhaltung der Gefangenen erforderte, so würde es das Recht und die Pflicht der Unions-Regierung sein, sie festzuhalten.“ Er sagt dann weiter, der immer kleiner werdende Umfang des Aufruhrs und die verhältnissmässige Unbedeutenheit der Gefangenen selbst verböten ihm, zu diesem Vertheidigungsgrunde seine Zuflucht zu nehmen. Herr Seward macht hier kein sich auf das Völkerrecht stützendes, wenn auch vielleicht für neutrale Nationen sehr unbequemes und lästiges Recht geltend; er verliert den ungeheuren Unterschied ganz aus den Augen, welcher zwischen der Ausübung eines nur in äussersten Fällen anwendbaren Rechtes und der Verübung eines unbestreitbaren Unrechtes besteht. Seine Freimüthigkeit zwingt mich zu einer gleichen Offenherzigkeit, und nöthigt mich, ihm zu wissen zu thun, dass England sich die Verübung dieses Unrechts nicht hätte gefallen lassen können, so sehr auch der Aufruhr im Süden in Blüthe gestanden haben möchte und so wichtig auch die Gefangenen gewesen sein möchten.“

„Zum Glück ist alle Gefahr eines feindlichen Zusammenstosses auf Grund dieses Vorfalles beseitigt worden. Ihrer Majestät Regierung hegt die ernstliche Hoffnung, dass, wenn ähnliche Gefahren wiederkehren sollten, sie durch friedliche in dem Geiste, welcher den Organen zweier grossen Nationen

geziemt, geführte Unterhandlungen abgewendet werden mögen.“

„Ich ersuche Sie, diese Depesche Herrn Seward vorzulesen und ihm eine Abschrift davon einzuhändigen.“

„Ich bin u. s. w.“

„Russell.“

Von einer Replik des amerikanischen Gouvernements auf diese Auseinandersetzung hat man nichts weiter vernommen, und in der That möchte es schwer sein, vom Seward'schen Standpunkte aus, in einer ferneren Discussion dagegen aufzukommen.

Kap. XIV. Zur Reformfrage.

Nachdem wir in den vorausgehenden Kapiteln sowohl den positiven Stand der Lehre von der Contrebande und dem Transportdienst der Neutralen dargelegt, als auch seine Anwendung auf den kritischen Fall bis zur Beilegung des aus ihm erwachsenen internationalen Conflicts verfolgt haben, scheint es jetzt keineswegs nöthig, die wissenschaftliche Discussion zwischen dem amerikanischen Staatssecretair und dem englischen Minister des Auswärtigen ausführlich vor unser eignes kritisches Forum zu ziehen. Wir dürfen getrost behaupten, dass die nordamerikanische Depesche kein irgend erhebliches Argument enthält, dessen Zurückweisung nicht schon in unserer Beurtheilung des Falls vorweggenommen worden ist, und die englische Depesche vom 23. Januar, die wir wohl zum grössten Theil als eine Arbeit der englischen Kronjuristen anzusehen haben, geht nicht bloss im Grossen und Ganzen, sondern auch in der Erörterung der Einzelheiten den in unseren Aufstellungen eingeschlagenen Weg. Statt dass man sich einer solchen Uebereinstimmung gross zu rühmen hätte, ist sie nur ein Beweis, wie einfach und klar die Streitsache war, wenn nicht das Urtheil durch den Wunsch oder die Nothwendigkeit, einen vorhergegangenen Akt unter allen Umständen zu rechtfertigen oder in seiner Ungerechtigkeit abzuschwächen, gefesselt wurde. Ausserdem ergab sich für den unbefangenen Argu-

mentirenden schon deshalb das gleiche Endresultat, weil mit ganz denselben Materialien, den Aussprüchen der wissenschaftlichen und richterlichen Autoritäten unserer Lehre und den rechtlichen Grundverhältnissen zwischen unabhängigen Staaten, die Beweisführung beschafft werden musste. Nichts ist so sehr geeignet, das Misstrauen zu erwecken, dass die nordamerikanische Regierung in der Seward'schen Depesche, im vermeinten Interesse der Nationalehre, selbst unüberzeugt, nur Scheingründe ins Feld führte, als die völlige Vernachlässigung des wissenschaftlichen Materials. Wer irgend mit der nordamerikanischen Rechtsliteratur bekannt ist, weiss, dass sie an wissenschaftlicher Tüchtigkeit der englischen mehr als gleichkommt, und gerade auf dem Gebiet des Völkerrechts durch Autoritäten wie Kent, Marshall, Story und Wheaton in der praktischen Behandlung des Rechts glänzt. Wenn wir deshalb hier auf eine Bekämpfung der Seward'schen Doctrinen verzichten, geschieht es mit aus dem Grunde, weil wir ihm nicht das Unrecht thun möchten, den Schein zu erwecken, als wenn wir die von ihm vertheidigten Sätze für seine oder der amerikanischen Rechtsgelehrten wirkliche Ueberzeugung hielten.

Allein auch bei den Aufstellungen in der Russell'schen Antwort kann man sich nur mit einer gewissen Beschränkung beruhigen. Es wird nicht nöthig sein, hier noch darauf aufmerksam zu machen, dass die von uns für geboten erachtete Auseinanderhaltung des Contrebandirens und des kriegerischen Transportdienstes von Lord Russell nicht zur vollen Geltung gebracht ist; als Vertheidigung der einen Partei im Streitfall war die Darstellung auch ohne die wissenschaftlich schärfere Unterscheidung genügend. Wohl aber ist daran zu erinnern, dass man englischer

Seits sich fest an die beurkundeten Entscheidungen einer völkerrechtlichen Praxis gehalten hat, welche wir als den richtigen Ausdruck des Rechts, das mit uns geboren ist, das sich aus dem ganz veränderten thatsächlichen Boden unserer heutigen internationalen Verkehrsverhältnisse entwickelt hat, nicht anerkennen dürfen. Soweit es sich um den Streit wegen des Trentfalls handelte, war diese Bezugnahme Englands auf die strengen, wenn auch den damaligen Verhältnissen entsprungenen Rechtsgrundsätze einer früheren Zeit ganz richtig. Man stellte sich auf den für Amerika als Kriegführenden günstigsten Boden und beurtheilte den Fall nach den Präcedenzerklärungen der englischfranzösischen Kriege und des grossen Admiralitätsrichters jener Zeit. Man argumentirte nicht aus anderslautenden Consequenzen des heutigen Standes der Dinge, der neuen Natur der Sache, die, wenn man sie auf das Urtheil hätte einwirken lassen, den Endentscheid nur noch ungünstiger für die amerikanische Seite gemacht hätten. Wenn es nun aber auch gestattet war, eine Beurtheilung auf dieser engeren Grundlage des früheren positiven Rechts eintreten zu lassen, wie wir ja auch selbst denselben Gang der Untersuchung eingehalten haben, so muss doch dagegen Verwahrung eingelegt werden, aus den Entscheidungsgründen selbst wieder Präcedenzen zu schaffen, und etwa aus den beim Trentfall der älteren Wissenschaft und Praxis entnommenen Rechtsgrundsätzen das lebendige Recht der Gegenwart zu construiren.

Es ist ein grosser Missstand für die Entwicklung des Völkerrechts im Kriege, dass seine Regeln von der wissenschaftlichen Behandlung in Zeiten des Friedens nur einen sehr geringen praktischen Nutzen ziehen, und in einem Kriege eine Weiterführung und Modification ungerecht ge-

wordener Grundsätze nur zu oft an der kurzsichtigen Selbstsucht der unmittelbar Betheiligten scheitert. Dieser Nachtheil wird noch durch einen sonst sehr segensreichen Umstand erhöht, dadurch nämlich, dass Kriege zwischen den Nationen, welche als Hauptträger des internationalen Fortschritts dienen, in der neueren Zeit sehr selten die friedlichen Verkehrsverhältnisse durchbrechen, und wenn sie eintreten, sehr rasch verlaufen. Auch im Staate hinkt das positive, von den Gerichten anzuwendende Recht seiner Umbildung im Geist und in den Bedürfnissen der Nation, selbst bei der regsamsten legislativen Arbeit, mühsam nach, aber in viel höherem Grade ist diess bei dem Völkerrecht der Fall, und insbesondere bei dem Völkerrechte des Kriegs. Mit hergestelltem Frieden werden alle, auch die dem überkommenen Recht gemässen, überstandenen Drangsale des Unfriedens vergessen, und kommt es nach längerer Friedenszeit wieder irgendwo zum Kampfe, so lässt die Hoffnung auf ein rasches Ende die ernstliche Bemühung um eine Umgestaltung des Rechts zwischen Kriegführenden und Neutralen als eine unnöthige Sorge erscheinen.

Unseren neuesten Tagen scheint jetzt ein etwas anderes Loos gefallen zu sein, in dem raschen Wechsel zwischen Krieg und Frieden machen sich die Mängel des bisherigen positiven Völkerrechts fühlbarer, das leichte Vergessen wird durch neue schlimme Erfahrungen unmöglich gemacht, und ernste Versuche, dem Völkerrecht im Kriege eine unseren gegenwärtigen internationalen Beziehungen entsprechende Umgestaltung zu verschaffen, dürfen jetzt auf allgemeinere Theilnahme und thätige Mitwirkung in weiten Kreisen rechnen.

Es kann nicht verkannt werden, dass die Pariser De-

claration vom 16. April 1856 ein sehr wichtiger Schritt auf der rechten Bahn gewesen ist. Zunächst möchten wir diess in Betreff der Formfrage behaupten. Anstatt mit aller Umständlichkeit durch Verträge im technischen Sinne des Worts die Beschlüsse rein aus dem Willen der Contrahenten hervorgehen zu lassen, wählte man den Weg der Declaration, der zwar den einzelnen sie aussprechenden und ihr beitretenen Staat so gut bindet, als ein formeller Staatsvertrag, aber gleichfalls mit aller zwingenden Gewalt eines allgemeinen Rechtssatzes auftritt, der begründet und Recht war, ehe sich die Einzelstaaten zur Anerkennung seiner Norm verstanden. Zugleich erleichterte dieser Weg den übrigen Staaten den Beitritt sehr. Im Materiellen ist durch die Beseitigung der Privatkaperei dem neutralen Handelsverkehr späte Gerechtigkeit wiederfahren. Die Ausdehnung der Immunität auf das schwimmende Privateigenthum der feindlichen Unterthanen auch gegen die kriegerische Wegnahme durch Staatsschiffe hat zwar in Amerika und Deutschland viele begeisterte Vertheidiger gefunden, allein nach unserer Ueberzeugung ist diese Frage, deren nähere Behandlung wir einer andern Gelegenheit vorbehalten, noch nicht spruchreif. Sie hängt auch nicht mit der, wie uns scheint, dringenderen Aufgabe einer Reform zusammen, den neutralen Verkehr in Gemässheit der Veränderungen des Seehandelsbetriebes von ungerechten Beschränkungen zu befreien, und den Belligrenten nur die durchaus nothwendigen Zwangsrechte gegen die friedlichen Nationen einzuräumen. Ganz in diesem Geiste sind die Punkte 3 und 4 der Pariser Declaration gehalten. Dass die neutrale Flagge die Ladung deckt, dass das neutrale Gut am feindlichen Bord nicht confiscabel ist, sind Grundsätze, welche aus

einer richtigen Auffassung der Neutralität mit Nothwendigkeit fliessen. Wenn nichtsdestoweniger Jahrhunderte lang das Gegentheil des ersten Satzes anerkannte Regel war, und nach vielen Verträgen das Umgekehrte des zweiten galt, so ist diess nur eine weitere Bestätigung der grossen Schwierigkeiten, welche sich einer Harmonisirung des internationalen Kriegsrechts mit den richtigen allgemeinen Grundsätzen entgegenstemmten. Siegreich brach sich die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des älteren Rechts erst Bahn, als eine Gegenseitigkeit der internationalen Rhederei in Friedenszeiten eingetreten war, welche die Beschäftigung der Neutralen in der Frachtfahrt für die Unterthanen der Kriegführenden nur als eine Fortsetzung eines gewöhnlichen friedlichen Geschäfts erscheinen liess. Der Freihandel und die Aufhebung der Navigationsakte und ähnlicher nationalökonomischer Ketzereien haben der Anerkennung der wahren Rechtsgrundsätze mehr vorgearbeitet, als manche Idealisten sich träumen lassen, wie denn überhaupt im öffentlichen Recht bei seiner spiegelblanken Oberfläche gar häufig eine Unterströmung des Interesse und der Nützlichkeit das Bestimmende ist. Was in der Pariser Declaration über das Blokaderecht aufgestellt wird, ist nur die Wiederholung einer Rechtsregel, deren Gültigkeit niemals wissenschaftlich angezweifelt ist. Wenn wir von zurückliegenden Jahrhunderten absehen, sind Papierblockaden nur von Napoleon als legitime Mittel des Angriffs behauptet worden, während sich England ihrer erklärter Maassen nur als Retaliation gegen die französischen Masslosigkeiten z. B. des Berliner Decrets bediente. Nur war englischer Seits vergessen, dass das Mittel, wenn es auch gegen die Unterthanen des französischen Kaisers und seiner Verbündeten als Retorsion gerechtfertigt sein mochte, gegen die

unschuldigen Neutralen ebenso ungerecht war, als deren Verurtheilung durch das flottenlose Frankreich, wenn sie in die offenen englischen Häfen eingelaufen waren. Man hat neuerdings die Bestimmung der Declaration über diesen Punkt, als zu allgemein gehalten, angegriffen, jedoch ohne guten Grund. Auch hier verbietet unsere specielle Aufgabe eine desfallsige weitere Auseinandersetzung.

Der uns beschäftigende Gegenstand des Contrebandehandels und des Transportdienstes für die Kriegführenden hat durch die Pariser Declaration keine Abänderung erlitten; kurz erwähnt wird die Contrebande nur insofern, als der Contrebandewaare die Begünstigung durch die neutrale Flagge oder neutrale Eignerschaft nicht zukommen soll. Es fehlt noch immer eine abschliessende allgemein anzuerkennende Aufzählung derjenigen Handelsgegenstände, welche ein Neutraler dem Lande der Kriegführenden nicht über das Kriegsgebiet zubringen darf, oder eine präzise Definition des Begriffs der Contrebande, und wenn wir auch die grotesken Rechtsbehauptungen der amerikanischen Note schwerlich jemals wieder zu hören bekommen, ist eine Erweiterung der Declaration durch die oben aufgestellte oder eine ähnliche Begriffsbestimmung der Contrebande doch dringend geboten. Gerade weil der russische Krieg zu einer richterlichen Revision der Lehre von der Contrebande keinen Anlass gegeben hat, wäre es doppelt werthvoll, den wissenschaftlichen Abschluss auf diesem Gebiete durch einen internationalen Akt dem praktischen Völkerrecht einzuverleiben. Und hier muss rühmend anerkannt werden, dass der von Hautefeuille in seinem *Droit maritime international* p. 83 aufgestellte Formulirung: „Toute espèce d'armes ou instrument en fer, acier, bronze, cuivre ou autres matières

quelconques manufacturées, préparées, et fabriquées expressément et uniquement destinées pour faire la guerre sur terre ou sur mer“ den Rechten der Kriegführenden und der Neutralen gleichmässig zu entsprechen scheint. Eine völlige Freigebung der Waffenzufuhr, wie sie von Amerika und einzelnen deutschen Stimmen vorgeschlagen oder als Recht gefordert worden ist, scheint mir der Natur der Sache zuwiderzulaufen und ich muss bei der Meinung verharren, welche ich darüber in der Abhandlung *Contrebande* ausgesprochen habe. Der Neutrale, welcher einem Kriegführenden während eines Krieges über das Kriegsfeld hin Waffen liefert, handelt dadurch feindlich gegen den anderen Belligerenten und wird mit Recht dafür wenigstens um Waare und Fracht gebracht. Eine völlige Unbeschränktheit dieser Art Zufuhr anzunehmen, würde nach meiner Ueberzeugung auch durchaus nicht zum Vortheil der Neutralen ausschlagen, denn die Forderung sich dergleichen gefallen zu lassen, muthet dem Kriegführenden etwas, wie die menschliche Natur einmal ist, Unmögliches zu, und statt des Rechts würde schliesslich dabei die Gewalt entscheiden. Dagegen aber ist mit aller Energie zu fordern, dass der neutrale Schifffahrtsverkehr gegen jede nicht dringend nothwendige Belästigung durch den Kriegführenden freigehalten werde, und als eine Folge aus dieser Forderung muss der Satz aufgestellt werden, dass die unmittelbare Bestimmung eines Schiffs mit Kriegsmaterial für einen neutralen Hafen, der sich nicht etwa im Besitz des Feindes befindet oder einer feindlichen Kriegsmacht Obdach bietet, den Begriff der *Contrebande* und der Zuführung zum Feinde ausschliesst. Ist der neutrale Hafen nur ein Vorwand, das Schiff in Wirklichkeit für eine Destination im kriegführenden Lande ausgesegelt,

so findet natürlich der Grundsatz des eigentlichen Contrebandirens Anwendung, allein — und hierin weichen wir von den, wenn auch nur ausnahmsweisen, Aufstellungen einer früheren Epoche, über die wir oben referirten, ab — die Destination der Waaren für den Feind, wenn das Schiff sie nicht selbst demselben zu überbringen hat, kann dieselben noch nicht allein auf der vorbereitenden Reise zur Contrebande, das Schiff zum Contrebandeur machen. Mit anderen Worten, nur die unmittelbare Zuführung zum Feinde, nicht die mittelbare macht das völkerrechtswidrige Contrebandiren aus. Wir entnehmen diesen Rechtsgrundsatz der thatsächlichen Erwägung, dass durch eine andere Regelung der interneutralen Handelsverkehr sich Belästigungen ausgesetzt sehen würde, welche in gar keinem Verhältniss zu den daraus den Kriegführenden erwachsenden Rechtsvorthelen ständen, dem allgemeinen Rechtsprinzip, dass eine jede Beschränkung des an sich freien neutralen Verkehrs nur in der strictesten Weise zu erklären ist und endlich einer Analogie der altanerkannten Rechtsanschauung, dass bei Blockadebrüchen nur die unmittelbare Reise selbst den Zeitraum für eine strafende Reaction gegen das Schiff abgiebt. Das Schiff, welches an einen neutralen Ort, wohin der Handel mit Kriegsmaterial frei ist, solche Gegenstände befördert, hat mit der Ablieferung der Ladung in dem Hafen seinen Destinationort erreicht. Die Transaction ist abgeschlossen. Was den ferneren Bestimmungsort der Waaren anbelangt, ob und wie sie in die Gewalt des Kriegführenden oder seiner Unterthanen gelangen werden, Alles diess sind für Rheder und Schiffer völlig fremde Fragen. Mir scheint vollkommen richtig, was in diesem Betreff in der Thouvenel'schen Note geltend gemacht worden ist, und Lord Russell's Bemerkung,

dass eine solche bona fide Destination die Anwendung des Rechts gegen Contrebande ausschliesst, auch auf den von uns angenommenen Thatbestand anwendbar zu sein.

Im Einklange mit unserer oben aufgestellten Unterscheidung sind wir dagegen nicht mit der Theorie einverstanden, welche auch für den wirklichen kriegerischen Transportdienst die unmittelbare Destination absolut massgebend sein lässt. Wer als neutraler Schiffsführer sich einem Kriegführenden völlig zur Disposition stellt, und im Transport von Kriegsmaterial oder Mannschaften begriffen ist, wird als der feindlichen Kriegsmacht ad hoc angehörig zu betrachten sein. Was der Kriegführende mit dem Kriegsmaterial im neutralen Gebiet vorhat, wie sich desfalls das Verhältniss zwischen kriegführenden und neutralen Gebietsheern stellt, ist für die Beurtheilung des neutralen Transporteurs gleichgültig. Von der oben S. 57 ausgesprochenen Rechtsüberzeugung, welche das Völkerrecht nach den bisherigen positiven Entscheidungen enthält, sehe ich auch da keinen Grund abzugehen, wo es sich um Gewinnung der unseren heutigen Verkehrsverhältnissen entsprechenden Rechtsregeln handelt.

Wohl aber ist dann darauf aufmerksam zu machen, dass nicht die vereinzelte Beförderung von Militairpersonen der Kriegführenden, sondern nur die vertragsmässige Zurdispositionstellung des Fahrzeugs für solche Zwecke den eigentlichen Transportdienst ausmacht. Es ist nicht nothwendig, dass das Schiff ganz allein nur diesem Zwecke dient. Wenn es z. B. etwa die Hälfte seines Raumes für die Transportirung von Truppen nach einem Hafen vermietet hätte, und die andere Hälfte für Waaren allgemeiner Natur freigeblieben und benützt worden wäre (in dieser Art haben bei der Truppensendung nach Canada meh-

rere der grossen Postdampfer Englands partiell als Transportschiffe ihrer Regierung gedient) würde immerhin die Beförderung der Truppen als eine wesentlich kriegerische zu betrachten sein und neben dem die Neutralität verletzenden Hauptcharacter der Expedition die Nebenverträge ebensowenig entscheiden, als wenn umgekehrt an Bord eines ganz allgemein dem freien erlaubten Handel dienenden Schiffs sich einige Militairpersonen als Passagiere befänden. Allein wie in diesem letzteren Falle das Schiff in seiner Gesamtheit auf einem neutralen, dem Kriege selbst fremden Expedition ist, muss in Folge dieses Characters weiter verlangt werden, dass auch die feindlichen Militairpersonen am Bord selbst durch dieses Prinzip gedeckt werden und der Wegnahme aus einer solchen Lage nur dann ausgesetzt sind, wenn ausdrückliche Verträge sie gestatten. Meines Wissens haben die oben im Kap. VI. angeführten Staatsverträge noch in keinem Fall eine praktische Anwendung oder richterliche Construction gefunden, aber bei einer Betrachtungsweise, welche von der Neutralität des Schiffes ausgeht, kann man nicht anders als zu der von Hautefeuille schon geltend gemachten Aufstellung gelangen, dass selbst Militairpersonen, wenn sie nur nicht in der Art eines förmlichen Transports befördert werden, sie also nur als Individuen, Passagiere u. s. w. in Betracht kommen, am Bord eines neutralen Schiffs in ihrer persönlichen Freiheit gegen die feindliche Macht geschützt sind.

Es führt uns diess auf den letzten mit der Lehre vom Durchsuchungsrecht zusammenhängenden und bis jener ungeheuere Umschwung des Kriegsrechts, von dem schon jetzt Idealisten träumen, eingetreten sein wird, wichtigsten Reformpunkt, dessen praktische Anerkennung von Seiten

der Kriegführenden schon in einigen der jüngsten Kriege grosse Fortschritte gemacht hatte, als das Attentat auf den Trent die Leichtgläubigen, welche sich bereits unter dem Schutz eines neuen Rechtssatzes fühlten, aus ihrer Sicherheit aufschreckte. Gegen die Formen der Untersuchung, wie sie das Seerechtsherkommen festgestellt, ist nur einzuwenden, dass sie früher von den Privatkapern und neuerlich durch den Capitain des Trent nicht respectirt worden sind. Im Ganzen ist hier keine Lücke und keine Ungerechtigkeit in Geltung. Aber speciell wirft sich die Frage auf, ob die Befreiung der Staatsschiffe und der convoirten Privatschiffe von der Durchsuchung nicht einer Erweiterung durch einen dritten Fall bedarf. Haben die Postschiffe, welche den Verkehr zwischen kriegführenden, und kriegführenden neutral und neutralen, kriegführenden und neutralen Mächten vermitteln, einen Anspruch auf besondere Privilegien? Wir haben oben gesehen — und Herr Seward kommt seinerseits zu demselben Resultat, — dass die gewöhnliche Eintheilung in öffentliche und Handelsschiffe (mag man die erstere Klasse wieder nach Kriegs- und Zollschiffen unterscheiden oder nicht) die Postcontractschiffe von der Art des Trent ausserhalb der Privilegien des Staatsschiffes lässt. Aber es fragt sich, ob nicht der eigenthümliche Beruf solcher Schiffe, der kosmopolitische Zweck, dem sie dienen, an sich schon Rechtsgrund genug ist, sie von der gewöhnlichen Behandlung des uncontrollirten Einzelzwecken dienenden Kauffahrers zu privilegiren? In Betreff der Schiffe, welche zwischen den Ländern der Kriegführenden den regelmässiger Postdienst versehen, liegt es zunächst ganz allgemein in der Hand der Kriegführenden selbst, ob sie die Postverbindungen zwischen einander fortsetzen wollen, und dass

eine absolute Verkehrssperre unter Umständen für nicht im Interesse beider Theile gelegen gilt, geht aus den neueren Postverträgen hervor, welche eine Fortdauer des Verkehrs für eine gewisse Frist z. B. 6 Wochen nach der Kriegserklärung absolut vorschreiben, und sie auch später bestehen lassen, bis eine förmliche Aufkündigung ihnen ein Ende macht. (Z. B. Postconvention zwischen Amerika und England vom 15. December 1848 a 22. Martens Nouveau Rec. Général XIV. p. 266. In case of war between the two nations the mailpackets of the two offices shall continue without impediment or molestation, until six weeks after a notification shall have been made on the part of either of the two Governments and delivered to the other, that the service is to be discontinued in which case they shall be permitted to return freely under special protection to their respective ports.) Verständiger Weise können aber die Schiffe, welche diesen Dienst fortsetzen sollen, nicht wie gewöhnliche neutrale Handelsschiffe jeden Augenblick der Anhaltung und Durchsuchung unterworfen werden, ob sie etwa bei der Beförderung sich nach der einen oder anderen Seite gegen die Interessen des Kriegführenden vergehen. Die Controlle darüber ist in die Hände der am Lande befindlichen Postbeamten oder sonst damit beauftragten Autoritäten gelegt und kein Kriegs- oder Kreuzerschiff dürfte als ermächtigt gelten, solange der Verkehr erlaubt bleibt, ein solches Postschiff, sei es nun dem eignen Lande oder dem kriegerischen Gegner angehörig, auf die allgemeine Rechtmässigkeit seiner Expedition anzuhalten und durchzusuchen. Die Kenntniss, dass das Schiff eins der bekannten für den exceptionell friedlichen Verkehr selbst im Kriege bestellten Fahrzeuge

ist, würde eine jede Hinderung oder Belästigung von Seiten eines Kreuzers ausschliessen.

Ganz dasselbe muss aber auch die neutrale Handels- und Verkehrswelt für die übrigen Postschiffe fordern, welche die Verbindungen zwischen den eignen Häfen oder, soweit die Kriegführenden es gestatten, den neutralen Häfen und kriegführendem Gebiet vermitteln. Der Natur der Sache nach können solche Schiffe, wenn sie die Zwecke, wofür ihre Fahrten eingerichtet sind, erfüllen sollen, sich auf wirksame Unterstützung des Kriegführenden durch Contrebandiren und Transportdienst im Grossen nicht einlassen. Dagegen ist aber eine von Störungen freie Fahrt, die möglichst rasche Verbindung zwischen den Welttheilen und sonst entfernten Plätzen ein Interesse der gesamten Civilisation, das nicht vor einem aus ganz anderen Verhältnissen erwachsenen kriegerischen Rechte zurücktreten kann. Ebensowenig als es das Völkerrecht gestattet, in einem Kriege, der doch nur um temporäre Interessen einiger weniger Nationen geführt wird, Zerstörungen eintreten zu lassen, welche eine absolute Vernichtung von der gesamten Menschheit für die Zukunft dienstbaren Verhältnissen enthalten (die Zerstörung eines Noth- und Zufluchtshafens, welche irreparabel wäre, um eines augenblicklichen kriegerischen Zwecks Willen muss z. B. als völkerrechtswidrig erscheinen, und wenn die Sachlage bei der Verrammelung des Hafens von Charleston so gewesen wäre, würden die Klagen und Anklagen deshalb begründet sein), kann eine Behandlung für rechtmässig gelten, welche die internationalen Verbindungen der neutralen Welt der Laune und Willkür eines einzelnen Schiffsführers der Belligerenten Preis geben würde. Für die Neutralen ist es unter Umständen von der grössten

Wichtigkeit, mit dem kriegführenden Gebiet in unverfänglicher Verbinduug zu bleiben, und dieses Interesse ist schon in mehreren Kriegen sogar soweit berücksichtigt worden, dass bei förmlichen Blockaden den Postdampfschiffen dennoch Ein- und Auslaufen gestattet wurde. Diess war der Fall in den französisch-mexikanischen Streitigkeiten 1838 (*Nouveau Recueil des Traîtés* XV. p. 805 *L'entrée et la sortie des ports de Vera-Cruz et de Tampico resteront entièrement libres pour les paquebots de correspondance militaires et non commerçans*) und das Gleiche galt während des dänisch-deutschen Kriegs 1848, wo die gewöhnlichen Postdampfschiffe freie Fahrt von und nach Hamburg hatten. Während des russisch-türkischen und österreichisch-französischen Kriegs 1854 und 1855 und 1859 hat sich kein Anlass zu einem ausgebreiteten Seekriege gefunden, die Blockaden wurden so rigoros gehalten, dass man eine ähnliche Vergünstigung für blokirte russische Plätze nicht eintreten liess, aber die Bedürfnisse der Neutralen wurden auf andere Weise erfüllt, da für Korrespondenz und Reisende der Landweg durch die neutralen Nachbarstaaten freigeblieben war. Inwiefern die Neutralen ein Recht auf den ungestörten Postverkehr mit dem Kriegführenden geltend machen könnten, mag zweifelhaft sein, aber niemals ist es während der jüngsten Kriege geschehen, dass die gewöhnlichen zwischen neutralen Stationen fahrenden neutralen Postdampfschiffe angehalten und untersucht worden sind. Und wir dürfen endlich behaupten, dass auch während des jetzigen amerikanischen Bürgerkriegs, mit der Ausnahme des *Trent*, und eines zweiten Falls, eine gleiche Immunität für die grossen Oceandampfschiffe, sei es des atlantischen oder stillen Meeres, wenigstens thatsächlich anerkannt worden ist. Dieser Thatsache

den festen Boden eines Rechtssatzes zu unterbreiten, hat der Vorfall auf dem Trent die allerdringendste Veranlassung gegeben. Es kommt nur darauf an, welche von den neutralen Mächten die Initiative ergreifen will, um den Wochen langen Schwankungen des Weltfriedens, wie sie der unbesonnene Akt des Capitain Wilkes hervorrief, ein Resultat abzugewinnen, das ohne den berechtigten Ansprüchen der Kriegführenden Abbruch zu thun, eine höchst segensreiche Festigung der Rechte der Neutralen sein würde, einer jener praktischen Fortschritte, die zu erarbeiten auch unseren Tagen gegönnt ist, bis einmal jene goldene Zeit kommt, die zunächst freilich nur Ideal des Glaubens ist, wo Krieg und Kriegsrecht schweigen,

Till the war-drum thrabbed no longer and
the battleflags were furl'd

In the Parliament of man, the Federation
of the world.

N a c h t r a g *).

Bericht des Lieutenant Fairfax an Capitain Wilkes.

Vereinigtes Staaten-Dampfschiff San Jacinto
in offener See, den 12. November 1861.

Mein Herr!

Um 12 Uhr 20 M. Mittags am 8. d. M. begab ich mich an das englische Paketboot in einem bewaffneten Kutter, begleitet von Mr. Houston, dem 2. Assistenz-Ingenieur und Mr. Grace, dem Hochbootsmann. Ich ging allein an Bord des Trent, indem ich die beiden Offiziere im Boot liess mit dem Befehl zu warten, bis es nöthig

*) Die mir im Lauf der Arbeit aus Amerika und England zugekommenen Aktenstücke waren vollständig bis auf den folgenden Rapport des Lieutenant Fairfax, dessen Verfahren ich im Kap. I. nach seiner unoffiziellen Darstellung geschildert habe. Ich entnehme aus den Bericht Aegidi's und Klaunhold's Staatsarchiv, das mit löblicher Schnelligkeit im Januarheft (1862) den grösseren Theil der diplomatischen Korrespondenz mittheilt. Der Bericht ist ein offizieller Beleg für die früher gemachte Bemerkung, dass eine Captur des Schiffes niemals stattgefunden hat. Im Uebrigen stimmt die Darstellung mit unserer Schilderung in allen wesentlichen Punkten überein. Der tragikomischen Episode mit dem weiblichen Theil der Familie Slidell geschieht natürlich keine Erwähnung.

würde, einige Macht zu zeigen. Der erste Offizier führte mich auf das Quarterdeck, wo ich den Capitain traf und benachrichtigte, wer ich sei, indem ich seine Passagierliste zu sehen verlangte. Er lehnte es ab, mich sie sehen zu lassen; ich sagte ihm dann, dass ich Nachricht habe, dass die Herrn Mason, Slidell, Eustis und Macfarland in der Havannah Passage nach St. Thomas auf dem Dampfschiff genommen, und dass ich mich überzeugen wolle, ob sie sich an Bord befänden, ehe ich seinem Dampfschiffe die Weiterreise erlauben würde. Herr Slidell, der offenbar seinen Namen nennen gehört, kam auf mich zu und fragte, ob ich ihn zu sehen wünschte. Als bald kam Herr Mason auch und dann die Herrn Eustis und Macfarland, worauf ich den Zweck meines Besuchs bekannt machte. Der Capitain des Trent opponirte durchaus irgend einer Durchsuchung seines Schiffes; auch wollte er nicht einwilligen, Schiffspapiere oder Passagierliste vorzuzeigen. Die vier genannten Herrn protestirten ebenfalls dagegen, dass ich sie arretire und auf das naheliegende Vereinigte-Staaten-Dampfschiff sende. Es war um die Zeit ein beträchtlicher Lärm unter den Passagieren, und dies veranlasste die Herrn Houston und Grace, mit sechs oder sieben Mann, alle bewaffnet, an Bord zu gehen. Nach mehreren vergeblichen Bemühungen, die Herrn Mason und Slidell zu überreden, ruhig mit mir zu gehen, rief ich Herrn Houston und befahl ihm, auf das Schiff mit der Nachricht zurückzukehren, dass die vier in Ihrer Ordre vom 8. genannten Herrn sich an Bord befänden, und dass Gewalt angewendet werden müsse, um sie von dem Postschiffe zu entfernen. Ungefähr 3 Minuten nachher war noch grössere Aufregung auf dem Quarterdeck, welcher den Herrn Grace mit seiner bewaffneten Mannschaft herbeiführte. Ich hielt jedoch die

Gegenwart von irgend welchen Bewaffneten für unnöthig, und nur geeignet, die anwesenden Damen zu alarmiren, und beorderte den Herrn Grace, auf das niedere Deck zurückzukehren, wo er gewesen war, seitdem er an Bord gekommen. Es muss keine halbe Stunde, nachdem ich den Trent angebordet, gewesen sein, als der zweite Kutter unter Lieutenant Greer (es wurden nur zwei bewaffnete Böte gebraucht) beilegte. Er brachte in dem dritten Kutter acht Marinesoldaten und vier Maschinisten ausser der Bootmannschaft von ungefähr zwölf Mann. Als die Marinesoldaten und einige bewaffnete Matrosen sich gerade vor der Hauptdeckkajüte formirt hatten, wohin sich diese vier Herren begeben hatten, um ihr Gepäck zusammenzupacken, erneuerte ich meine Bemühungen, sie zu bestimmen, mich an Bord zu begleiten; als sie sich noch immer weigerten, mich zu begleiten, wenn nicht Gewalt angewendet würde, rief ich vier oder fünf Offiziere zu meiner Hülfe herein, und indem ich zuerst die Schulter der Herrn Mason ergriff, mit einem andern Offizier auf der entgegengesetzten Seite, ging ich bis in den Mittelgang des Dampfers und übergab ihn dem Lieutenant Greer, um in das Boot gebracht zu werden. Ich kehrte dann zurück, um Herrn Slidell zu holen, der darauf bestand, dass ich bedeutende Gewalt anwenden müsse, um ihn zum Mitgehen zu bewegen; indem ich wenigstens drei Offiziere hereinrief, wurde auch er in Verhaft genommen und dem Herrn Greer überliefert. Die Herren Macfarland und Eustis gingen, nachdem sie protestirt hatten, ruhig in das Boot. Es war ihnen gestattet worden, ihr Gepäck zu sammeln, aber sie wurden demselben in der Obhut des Lieutenant Greer vorausgeschickt. Ich bemühte mich persönlich um die Bagage und veranlasste, dass sie in ein Boot gebracht und unter

der Obhut eines Offiziers nach dem San Jacinto gesandt wurde. Als Herr Slidell gefangen genommen wurde, machten einige Passagiere viel Lärm, was den Lieutenant Greer veranlasste, die Marinesoldaten in die Kajüte zu schicken. Sie wurden jedoch unmittelbar befehligt, in ihre frühere Stellung draussen zurückzukehren. Ich führte meine Absicht aus ohne andere Gewalt als die in diesem Rapport angegebene anzuwenden. Der Postagent, welcher ein pensionirter Commander in der englischen Marine ist, schien betreffs der Angemessenheit meines Verfahrens allerlei zu sagen zu haben, aber ich vermied absichtlich jede offizielle Berührung mit ihm. Als ich endlich das Dampfschiff verliess, entschuldigte er sich in einer Art für sein unhöfliches Betragen und drückte mir persönlich seine Billigung der Art und Weise aus, wie ich meine Befehle ausgeführt. Wir verliessen den Trent um 3 Uhr 20 Minuten Nachmittags.

D. M. Fairfax,

Lieutenant und Executive - Officer.

Capitain Charles Wilkes

V. S. M. Befehlshaber des

San Jacinto.

Berichtigungen.

- S. 3 Z. 15 statt europäisch-o st indischen lies europäisch-west-indischen.
- S. 5 Z. 22 statt Green lies Greer.
- S. 15 Z. 29 ist das Citat Wheaton Enquiry p. 148 ausgefallen.
- S. 36 letzte Zeile statt Aufzeichnungen lies Aufzählungen.
- S. 45 Z. 10 fehlt das Citat pag. XIX.
- S. 54 Z. 22 ist sich zu streichen.
- S. 65 Z. 30 statt er lies der Richter.
- S. 160 Z. 25 ist der Satz ausgefallen „Mittlerweile waren die vier Gefangenen am 1. Januar 1862 an Bord des englischen Kriegsschiffs Rinaldo gebracht worden, von wo sie sich mit einem der nächsten canadischen Postdampfer nach England begaben.“
- S 191 Note statt Klaunhold's lies Klauhold's.
-

Im Verlage von Ferdinand Enke in Erlangen sind erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu erhalten:

Allianz, die, Oesterreichs mit Sardinien. Offener Brief an die österreichische Diplomatie, von A. G. gr. 8. 1861. 4 Sgr. od. 12 fr.

Fren, Ludwig, Frankreich's Civil- und Criminalverfassung. II. vermehrte Auflage. gr. 8. 1851. geh. 1 Thlr. 26 Sgr. od. 3 fl.

— — — die Staatsanwaltschaft in Deutschland und Frankreich. gr. 8. 1850. geh. 1 Thlr. 2 Sgr. od. 1 fl. 54 fr.

Jagemann, Dr. L. von, Criminallexicon. Nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung in Deutschland bearbeitet. Fortgesetzt von Wilhelm Brauer. Lex. 8. 1854. geh. 5 Thlr. od. 9 fl.

Janke, S., das Fruchtrecht des redlichen Besitzers und des Pfandgläubigers. Zwei civilistische Abhandlungen, unter Berücksichtigung der modernen Gesetzgebungen herausgegeben. gr. 8. 1861. geh. 1 Thlr. 16 Sgr. od. 2 fl. 42 fr.

Knapp, Ludwig, System der Rechtsphilosophie. gr. 8. 1857. geh. 1 Thlr. 10 Sgr. od. 2 fl. 24 kr.

Krug, Dr. August Otto, Ideen zu einer gemeinsamen Strafgesetzgebung für Deutschland. 8. 1857. geh. 1 Thlr. od. 1 fl. 45 fr.

Revita, Dr. J., der Proceß Doineau. Kritische Darstellung des vor dem Assisenhofe zu Orléans gegen den Capitän Doineau und achtzehn Angeklagte verhandelten Criminal-Processes wegen des Mordes eines arabischen Häuptlings, des Agah Ben Abdallah und des vor dem Cassationshofe zu Paris erhobenen Recurses. gr. 8. 1858. geh. 12 Sgr. od. 40 fr.

Marquardsen, Dr. J., der Proceß Manning. Zur Veranschaulichung des englischen Strafverfahrens nach unmittelbaren Aufzeichnungen dargestellt. gr. 8. 1850. geh. 18 Sgr. od. 1 fl.

— — — über Haft und Bürgschaft bei den Angelsachsen. Vorstudie zu einer Geschichte des Habeas Corpus Rechts. gr. 8. 1852. geh. 10 Sgr. od. 36 kr.

Mittermaler, Dr. C. J. A., die Gesetzgebung und Rechtsübung über Strafverfahren nach ihrer neuesten Fortbildung dargestellt und geprüft. gr. 8. 1856. geh. 3 Thlr. 14 Sgr. od. 6 fl.

— — — das englische, schottische und nordamerikanische Strafverfahren im Zusammenhange mit den politischen, sittlichen und socialen Zuständen und in den Einzelheiten der Rechtsübung. gr. 8. 1851. geh. 2 Thlr. 28 Sgr. od. 5 fl.

— — — die Gefängnißverbesserung, insbesondere die Bedeutung und Durchführung der Einzelhaft im Zusammenhange mit dem Besserungsprinzip nach den Erfahrungen der verschiedenen Strafanstalten. gr. 8. 1858. geh. 28 Sgr. od. 1 fl. 36 fr.

— — — der gegenwärtige Zustand der Gefängnißfrage mit Rücksicht auf die neuesten Leistungen der Gesetzgebung und Erfahrungen über Gefängnißeinrichtung mit besonderer Beziehung auf Einzelhaft. gr. 8. 1860. geh. 26 Sgr. od. 1 fl. 30 fr.

Mohl, Robert von, die Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften. In Monographien dargestellt. 3 Bände. Lex. 8. 1855/58. geh. 11 Thlr. 18 Sgr. od. 20 fl.

Oppenheim, H. B., praktisches Handbuch der Consulate aller Länder. gr. 8. 1854. geh. 1 Thlr. 22 Sgr. od. 3 fl.

Reform, die, der deutschen Bundesverfassung auf der Basis des Bestehenden und ohne Ausschluß von Oesterreich. Von einem norddeutschen Publicisten. gr. 8. 1859. geh. 15 Sgr. od. 48 fr.

Rösler, Dr. C. F. H., zur Kritik der Lehre vom Arbeitslohn. Ein volkswirtschaftlicher Versuch. gr. 8. 1861. geh. 1 Thlr. 10 Sgr. od. 2 fl. 12 kr.

Rückert, Dr. Ludwig, der Begriff des allgemeinen deutschen Privatrechts. 8. 1857. geh. 20 Sgr. od. 1 fl. 12 fr.

Marquardsen, Heinrich,

Der Trent-Fall zur Lehre von der Kriegscontrebande und dem
Transportdienst der Neutralen

Erlangen 1862

Bamberg, Staatsbibliothek -- J.gent.o.29

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11706786-7